

Politische Berichte



Aus: The Economist,
12. April 1996

Aus dem Inhalt: Widerstand gegen Kohls und Kinkels EU-Pläne S. 3 ◦ Milliarden schweres Aufrüstungsprogramm S. 6 ◦ Militärintervention in Albanien: Regierung Prodi an der Angel der Rechten S. 8 ◦ Euromärkte – Letzte Vorbereitungen S. 13 ◦ Widerstand gegen drohenden JNAufmarsch in Leipzig S. 16 ◦ VW: Mit „Ameisenpolitik“ zur „atmenden Fabrik“ S. 19 ◦ Kontroverse in der PDS Baden-Württemberg zum Fall Gürkkaya S. 25



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn 2

Widerstand gegen Kohls und
Kinkels EU-Pläne 3

Europol: Wunderwaffe? 3

Strafverteidigertag: Aufhebung des
PKK-Verbots 4

Verfassungsschutzbericht: Ver-
harmlosung der Gefahr von rechts 4

LPG-Altschulden bestätigt 5

Aufrüstungsprogramm bei
gleichzeitigen Sozialkürzungen 6

Auslandsberichterstattung

Interview Bertinotti
(Rifondazione) 8

Italien: Regierung Prodi an der
Angel der Rechten 8

Der Faschist Türkes ist tot 9

Österreich: Proteste gegen NATO-
Beitritt 9

Zaire: Mobutu vor dem Fall 10

Meldungen 11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand 12

„euro-marsch“ 13

ÖTV: Keine Senkung der

ABM-Löhne 13

Demonstration gegen „Unitarier“ 13

Zwangarbeit bei den

Adlerwerken 14

„Sozialdetektive“ 14

„Unser Heer“: Die Bundeswehr

präsentiert sich 15

O-Ton 15

Widerstand in Leipzig gegen
Neonazi-Aufmarsch am 1. Mai 16

Kommunale Politik 17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war? 18

VW: Mit „Ameisenpolitik“ zur
„atmenden Fabrik“ 19

DGB-Gipfel an Peinlichkeiten ... 19

BASF: Ergebnis nach Steuern

rasant gestiegen 20

Feiertags wg. kundenorientiert? . 20

Mercedes: Arbeitsplätze statt
Überstundenzuschläge 21

Diskussion und Dokumentation

Keine Intervention in Albanien! . 22

Kontroverse in der PDS BaWü
zum Fall Cürükkaia 25

Letzte Seiten

Broschüre zur faschistischen

Platon-Rezeption 27

Reform des Religionsunterrichts . 27

Termine 28

AKTUEL

IN BONN

KEIN KONTO? Der Zentrale Kreditausschuß des deutschen Bankgewerbes (ZKA) lehnt einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf ein Girokonto ab. Das bekräftigten Vertreter des Bankgewerbes im Finanzausschuß des Bundestages Anfang April. Banken und Sparkassen seien sich ihrer sozialen Verantwortung sehr wohl bewußt. Nach Auskunft von Schuldnerberatungsstellen laufen dagegen die – sowieso rechtlich unverbindlichen – Empfehlungen des ZKA „ins Leere“, sobald eine negative Auskunft der Schufa vorliegt. Auch bei Pfändungen lehnen die Banken häufig ab, überhaupt ein Konto zu eröffnen. Selbst ein Konto auf Guthabensbasis, für das keinerlei Überziehung eingeräumt wird, wird von vielen Banken erst nach Intervention von Schuldnerberatungsstellen eingerichtet, beklagen diese Beratungsbüros. Auch der Bundesanstalt für Arbeit entstehen durch Postbaranweisungen für z.B. Arbeitslosenhilfe an überschuldete Menschen erhebliche Kosten. SPD, Grüne und PDS treten für ein gesetzliches Recht auf ein Girokonto ein.

SCHENGEN-VISUM: Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der für Einreisen in das Vertragsgebiet der Schengen-Staaten Visumgebühren von 40 bis 400 DM einführen will. Der Innenausschuß hat dem Entwurf mit den Stimmen von Regierung und SPD bei Stimmenthaltung der Grünen und gegen die PDS zugestimmt. Jeder Tourist, der in die EU einreist, soll 40 DM Gebühren zahlen, bei Einreise für 90 Tage 90 DM, bei Einreise für ein Jahr 150 DM, für mehr als ein Jahr 400 DM. Reisefreiheit? Nicht für „EU-Ausländer“.

NATO-OSTERWEITERUNG: Die PDS-Bundestagsgruppe hat einen Antrag gegen die NATO-Osterweiterung eingebracht (Ds. 13/7297). Die Bundesregierung solle sich dafür einsetzen, die OSZE als Regionalorganisation der Vereinten Nationen zur zentralen Struktur einer europäischen Friedensordnung weiterzuentwickeln, fordert die PDS. Die NATO müsse auf ihre Verteidigungsaufgaben beschränkt und die „out-of-area“-Doktrin zurückgenommen werden. Die NATO, so die PDS, werde mehr und mehr zu einem Interventionsbündnis, das sich ordnungspolitische Funktionen weit über das eigene Territorium hinaus anmaße. Machtstrukturen des kalten Krieges, nach Osten an die Grenze Rußlands verschoben, würden wiederentstehen.

EU-ASYLRECHT: Die Bundestagsfraktion der Grünen hat sich in einem Antrag (Ds. 13/7303) gegen die Pläne ausgesprochen, bei der Reform der Maastrichter Verträge das Asylrecht von EU-Bürgern in einem anderen EU-Staat abzuschaffen. Sowohl der Europarat wie auch die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen hätten in den letzten

Jahren mehrfach schwere Menschenrechtsverletzungen auch in EU-Staaten festgestellt. Sie fordern, daß der Bundestag sicherstellt, daß bei der Reform der Maastrichter Verträge die völkerrechtlichen Verpflichtungen der EU-Staaten aus der Genfer Flüchtlingskonvention und anderen Verträgen auch gegenüber den EU-Bürgern eingehalten werden.

EURO: Die PDS-Bundestagsgruppe hat einen Antrag eingebracht, der eine Volksabstimmung über die Teilnahme an der europäischen Währungsunion und über die Reform der Maastrichter Verträge fordert (Ds. 13/7307). Derzeit sei ein Europa geplant, das nicht einmal die demokratischen Errungenschaften in den Einzelstaaten auf die EU-Ebene übertrage. Das EU-Parlament verfüge über viel zu wenig Rechte, die Währungsunion werde die Konkurrenz unter den Unternehmen verschärfen, während zugleich keine Sozialunion festgeschrieben sei, so daß mit massivem Sozialabbau zu rechnen sei.

BODENREFORM: Black out? Der agrarpolitische Sprecher der PDS-Bundestagsgruppe, Günter Maleuda, hat die Forderung des neuen Bauernverbandspräsidenten nach Aufhebung der Bodenreform scharf kritisiert. Gerd Sonnleitner, Nachfolger von Constantin Heeremann, hatte erklärt, „.... die Enteignungen zwischen 1945 und 1948 in der damaligen sowjetischen Besatzungszone müßten wieder rückgängig gemacht werden“. Dies sei hoffentlich nur ein „black out“ gewesen, so Maleuda. Er könne sich kaum vorstellen, daß der Präsident des Bauernverbands sich als „Kämpfer gegen Völkerrecht und Urteile des Bundesverfassungsgerichts profilieren“ wolle. „Noch schlimmer die Vorstellung, eine Vertrauensperson von über 600.000 Bauern würde sich zum Fürsprecher von enteigneten Nazi- und Kriegsverbrechern machen.“

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 17. April tagt in Bonn die Innenministerkonferenz. Am gleichen Tag berät der Bundestag u.a. über Reaktorsicherheit, die Sanierung der Braunkohlegebiete und den Braunkohlebergbau und über Gesetzentwürfe von Regierung und Opposition zur Energiepolitik. Die SPD beantragt die Wiedereinführung der vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die PDS will die Ausstellung über Wehrmachtverbrechen in den Bundestag holen. Am 18. April steht dann die erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Informations- und Kommunikationsdienstgesetzes auf der Tagesordnung, das u.a. von Datenschützern kritisiert wird wegen der vorgesehenen polizeilichen Kontrolle von Mailboxen. Am nachmittag stehen dann Anträge der SPD zu Agrarpolitik und EU-Osterweiterung, der Grünen zur Europäischen Währungsunion und von CDU-Abgeordneten gegen die Rechtschreibereform auf der Tagesordnung.

Widerstand gegen Kohls und Kinkels EU-Pläne

Am 5./6./7. April fand in Noordwijk (Niederlande) eine Sonderkonferenz der EU-Finanzminister und der EU-Außenminister statt. Die Presse berichtet: Sieg für Waigel, schlapper Ausgang für Kinkel. Aber was heißt das unter dem Strich?

Nach den Ergebnissen des Jahres 1997 soll Anfang 1998 entschieden werden, welche Staaten nach den „Konvergenz-kriterien“ an der Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmen und den Euro zum 1.1.1999 einführen werden. Unter dem Druck dieses Zeitplanes wurden auf der Finanzministerkonferenz am 5./6.4. weitreichende Sanktionen gegen Staaten, die sich dem „Stabilitätspakt“ nicht genügend zu beugen bereit sind, beschlossen.

Auf dem EU-Gipfel in Dublin im Dezember 1996 war dieser „Stabilitäts-pakt“ unter deutscher Führung festgeschrieben worden. Staaten, die ein „über-mäßiges Defizit“ aufweisen, deren Neu-verschulung 3 Prozent des Bruttoinlandproduktes übersteigt, und die nicht hinreichend nachweisen, daß das Defizit vorübergehend ist, sollen eine zinslose Einlage leisten. Liegt ein „vorsätzliche geplantes Defizit“ vor, so kommt ein „beschleunigtes Verfahren“ zum Einsatz. Diese Einlage soll „nach zwei Jahren in eine Geldbuße umgewandelt“ werden. (Anlage 1 zum Bericht des Rats, Dez. 96)

Die Finanzministerkonferenz in Noordwijk hat jetzt beschlossen, was mit diesen Bußgeldern geschieht. Die Siegesmeldung des *Handelsblatt* dazu: „Es gelang den Südländern nicht zu verhindern, daß die Bußen im Wiederholungsfall den auf Jahresbasis festgelegten Höchstbetrag von 0,5% des BIP durchaus überschreiten können. Ebenso wurde ihr Versuch abgewehrt, den finanziellen Ertrag der Strafgelder dem Gemeinschaftshaushalt und damit allen zukommen zu lassen. Statt dessen sollen die Mitglieder der Währungsunion ohne übermäßiges Defizit belohnt werden.“ (7.4.97) *Die Zeit* weist darauf hin (11.4.97), daß bei der gegenwärtigen deutschen Haushaltsslage schon mal 9,9 Milliarden DM in Brüssel hätten hinterlegt werden müssen. Man merkt, wie die Drohung auch nach innen wirkt.

Der Beschuß vom 5./6.4. dokumentiert, mit welcher Brachialgewalt die Vertreter der selbsternannten europäischen Kernländer abseits jeder parlamentarischen Kontrolle die Konkurrenz schüren, sich bereichern und andere Länder und



Gesellschaften mit dem „Automatismus“ der Wirtschafts- und Währungsunion beherrschen wollen. Die Kohl-Regierung bringt dafür jede Menge Erfahrungen aus dem DDR-Anschluß ein.

Dagegen läßt sich der magere bis leere Ausgang der Außenministerkonferenz für die deutsche Seite schon verkraften.

Im Juni soll auf dem EU-Gipfel in Amsterdam die Revision der Maastrichter Verträge abgeschlossen werden. Dazu wurde im März 1996 eine Regierungskonferenz zur Überprüfung des Vertragswerkes eingesetzt. Weiteres Eckdatum: Auf dem NATO-Gipfel in Madrid im Juli soll die Osterweiterung der NATO gestartet werden. Gleichzeitig beginnen die Gespräche mit ausgewählten Staaten zur Osterweiterung der EU.

Vorbereitende deutsch-französisch-niederländische Noten, Briefe und Erklärungen vom Herbst '96 hatten die Marschrichtung vorgegeben. Der Rat soll „effizienter“ werden, deshalb qualifizierte Mehrheiten und keine Einstimmigkeit, in der Kommission sollen nicht alle Länder vertreten sein, das Stimm-

Nun liegt sie vor: Die EUROPOL-Konvention. Im Sommer 1995 wurde sie – obwohl noch nicht fertig – vom Ministerrat unterzeichnet. 1996 folgte die Einigung mit Großbritannien, das sich jahrelang einer gerichtlichen Kontrolle von EUROPOL durch den Europäischen Gerichtshof widersetzt. Schließlich wurde eine Lösung gefunden, die es den Gerichten in allen Mitgliedstaaten der EU – außer in Großbritannien – ermöglicht, den Gerichtshof in Luxemburg anzuwalten. Nach den jahrelangen Diskussionen muß dieses Abkommen nun von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden.

Bundeskanzler Kohl beschwört EUROPOL als Symbol für den praktischen Nutzen des vereinten Europa. Tatsächlich macht Kriminalität vor nationalen Grenzen nicht halt, das organisierte Verbrechen ist längst international verflochten und die zunehmende Freizügigkeit für die UnionsbürgerInnen im „Europa ohne Grenzen“ schafft neue Sicherheitsprobleme. Ist EUROPOL nun die versprochene Wunderwaffe gegen die internationale Kriminalität?

Schrankenloser Datenaustausch: Besonders DatenschützerInnen, Bürgerrechtsorganisationen, kritische PolizistInnen

Europol: Wunderwaffe gegen Kriminalität?

Von Christian Sterzing, MdB B 90/Grüne

und das Europäische Parlament haben massive Bedenken geäußert. Das europäische Kriminalamt mit Sitz in Den Haag soll vor allem Ermittlungsdaten sammeln, verarbeiten, auswerten und deren Austausch zwischen den nationalen Polizeibehörden organisieren. Der Sammelwut sind kaum Grenzen gesetzt: Nicht nur personenbezogene Informationen über gesuchte Straftäter sollen verarbeitet werden, sondern auch potentielle Zeugen, Opfer sowie Kontakt- und Begeleitpersonen von Verdächtigen können schon im Vorfeld eines Ermittlungsverfahrens beobachtet und ihre Daten gespeichert werden. EUROPOL soll überall diese Personen eine Vielzahl sensibler Daten sammeln und weitergeben können – etwa über rassistische, politische und sexuelle „Auffälligkeiten“. Die Weitergabe von Daten ist auch an Geheimdienste möglich. Die in Deutschland von der Verfassung vorgeschriebene Trennung von Polizei und Geheimdiensten droht damit ausgehöhlt zu werden. Von dem Datenschatz im EUROPOL-Computer sollen auch „Drittländer“ profitieren können –

z.B. online Den Haag–Ankara. Der Datenschutz kommt bei der ganzen Angelegenheit naturgemäß etwas kurz.

Eine wirksame und unabhängige Datenschutzkontrolle sieht das Abkommen nicht vor. Die deutschen datenschutzrechtlichen Standards könnten unterlaufen werden.

Fehlende demokratische Kontrolle: ... (Weder dem EU-Parlament noch) den nationalen Regierungen gegenüber soll EUROPOL ... direkt verantwortlich sein. Ein mit deren Vertretern beschickter Verwaltungsrat soll keinen direkten Einfluß auf die konkrete Tätigkeit von Europol nehmen können. Nicht einmal über den Haushalt soll das EP ... mitentscheiden. Auch die juristische Kontrolle läßt zu wünschen übrig. Anders als im deutschen Strafverfahrensrecht soll die Polizeibehörde keinen Anordnungen der Staatsanwaltschaften unterliegen ... Betroffene BürgerInnen können sich ... nur schwer wehren. An den Europäischen Gerichtshof können sie sich direkt nicht wenden, sondern sind zunächst auf das z.T. sehr unterschiedliche nationale Polizei- und Datenschutzrecht verwiesen.

Wir sind daher der Meinung, daß EUROPOL so nicht ins Leben gerufen werden darf ... (aus: CL-Netz, gekürzt)

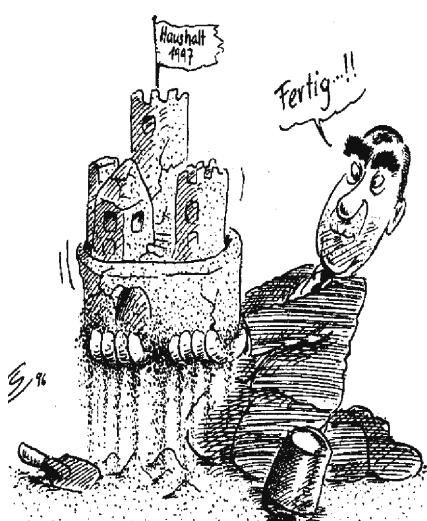
recht der beteiligten Ländern soll neu gewichtet werden, die Zahl der Verfahren mit Beteiligung des Europäischen Parlaments soll „reduziert“ werden (Kohl/Chirac), die WEU soll mit der EU verschmolzen werden (Kinkel), einzelne Länder sollen politische und militärische Aktionen durchführen können und dazu die „allgemeinen Verwaltungskosten“ (Kinkel) der EU in Anspruch nehmen, dazu soll es einen „außenpolitischen Generalsekretär“ geben, Europol soll eingeführt, das Schengener Abkommen auf mehr Staaten ausgeweitet werden.

Am 7.4. stand damit als Thema auf der Außenministerkonferenz: wie läßt sich in Europa bzw. auf dem europäisch kontrollierten Kontinent eine hierarchisch gegliederte wirtschaftliche, politische und militärische Neuordnung durchsetzen unter der Maßgabe, daß immerhin noch Staaten mit eigenen Regierungen und Parlamenten bestehen.

Finnland beklagt sich, daß es zwar alle Stabilitätskriterien erfülle, aber nicht bereit sei, die „demütigende“ Diskussion über „geschlossene“ Türen oder „anklopfen“ in Sachen NATO-Erweiterung mitzumachen (der finnische Ministerpräsident im Februar). Italien hatte einen Modifizierungsvorschlag zum Europa der „zwei Geschwindigkeiten“ vorgelegt, der keine deutsche Beachtung fand. Der britische Außenminister Rifkind war erst gar nicht zur Konferenz erschienen. Dafür hatte der Konservative bei einem Vortrag vor der Adenauer-Stiftung im Februar ausgerichtet: „Die Europäische Union kann es sich nicht erlauben, die tiefempfundenen Befürchtungen ihrer Völker vom Tisch zu wischen, bloß weil sie zufälligerweise in der Minderheit sind.“

Nichts wurde also beschlossen auf der EU-Außenministerkonferenz außer dem nächsten Termin für ein Sondertreffen. Das soll im Mai stattfinden, nach den Wahlen in Großbritannien. (chc)

Quellen: Handelsblatt 5.-7.4., Dokumente zum Fortgang der europäischen Integration, in: Internationale Politik, Nr. 3, März 1997



21. Strafverteidigertag in Kassel

Aufhebung des PKK-Verbots gefordert

Etwa 500 Anwältinnen und Anwälte haben auf dem 21. Strafverteidigertag vom 11. bis 13. April in Kassel in einer einstimmig verabschiedeten Entschließung von Bundesinnenminister Kanther die Aufhebung des 1993 verhängten Betätigungsverbots gegen die Kurdische Arbeiterpartei PKK gefordert. Hier die Entschließung.

- Obwohl in der deutschen und in der internationalen Öffentlichkeit und Politik die Kritik an menschenrechtswidrigem Vorgehen türkischer Staatsorgane gerade auch gegenüber Kurdinnen und Kurden weiter zugenommen hat,
- obwohl stichhaltige Beweise für das Niederbrennen ganzer Dörfer, die Anwendung von Folter usw. sogar schon zu entsprechenden Verurteilungen der Türkei durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte geführt haben,
- obwohl der Anspruch der in der BRD lebenden Kurdinnen und Kurden, für das Selbstbestimmungsrecht ihres Volkes einzutreten und dafür von den Grundrechten auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit Gebrauch zu machen offiziell nicht bestritten wird,

hat die polizeiliche und strafrechtliche Verfolgung von Kurdinnen und Kurden – zu erheblichen Teilen auch allein wegen Meinungsäußerungen und Versammlungsteilnahme – keineswegs abgenommen.

Im Gegenteil

- sind Hunderte von Verfahren bei Staatsschutzkammern der Landgerichte anhängig oder – bereits zum Teil mit Freiheitsstrafen – abgeschlossen wegen bloßen Parolenrufens, Tragens kurdische Symbole, Verbreitung von Flugblättern und Zeitungen etc. als Verstoß gegen § 20 Abs. 1 Nr. 4 Vereinsgesetz (angeblich durch Betätigung für die PKK und ERNK);
- sind eine Vielzahl von Verfahren wegen Nötigung (§ 240 StGB) anhängig oder (zumeist mit Geldstrafen) abgeschlossen, größtenteils wegen bloßen Aufenthalts auf Straßen/Autobahnen usw., zumeist im Zusammenhang mit Protestaktionen gegen Veranstaltungsverbote – wobei die Strafgerichte die Bundesverfassungsgerichts-Rechtsprechung zur Nichtstrafbarkeit passiver verkehrsbehindernder Aktionen als Nötigung nicht beachten;
- erlassen zahlreiche Ausländerbehörden gegen Kurdinnen und Kurden zusätzliche Verfügungen mit Betätigungsverboten – bis hin zum Verbot der „Teilnahme an öffentlichen Kundgebungen mit kurdenpolitischem Inhalt“ (so das Regierungspräsidium Tübingen in einem Widerspruchsbescheid vom 21.3.1997) – oder gar Ausweisungsandrohungen bei anerkannten Asylberechtigten;

• werden nach wie vor immer wieder Veranstaltungen mit der Behauptung der Gefahr von Werbung für die verbotene PKK und ERNK verboten – obwohl die nicht verbotenen Veranstaltungen friedlich verlaufen sind.

Daneben werden weiter – mittlerweile sogar von Kurdinnen und Kurden, denen selbst keinerlei Gewalttätigkeiten vorgeworfen werden – von der Bundesanwaltschaft Verfahren wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, § 129a StGB – mit verschiedenen fragwürdigen Varianten von „terroristischen Vereinigungen innerhalb der PKK“ betrieben. Langwierige Verfahren jeweils gegen mehrere Angeklagte sind bei den Sondersenaten in Frankfurt, Hamburg, Stuttgart, München, Düsseldorf und Celle derart anhängig oder kürzlich abgeschlossen worden.

Grundlegend ist für die genannten staatlichen Eingriffe jeweils das politisch und rechtlich heftig umstrittene Betätigungsverbot des Bundesminister des Innern vom 26.11.1993 für PKK, ERNK und andere Vereinigungen.

Das Plenum des 21. Strafverteidigertages weist darauf hin, daß das Betätigungsverbot des Bundesinnenministers sich als Mittel der Eskalation mit der zwangsläufigen Folge immer weiterer polizeilicher Maßnahmen und Strafverfolgung erweist, während Deeskalation und offene politische Auseinandersetzung auch unter Anerkennung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechtes des kurdischen Volkes gerade in der jetzigen Situation geboten wären. Nicht das starre Festhalten, sondern vielmehr die Aufhebung des Betätigungsverbots durch den Bundesminister des Inneren und die Einstellung der Verfahren gegen Kurdinnen und Kurden wegen bloßer Meinungsäußerungen und Versammlungsteilnahmen sind dringend angezeigt.

Kassel, den 13.4.1997

Verfassungsschutzbericht 1997

„Verharmlosung der Gefahr von rechts“

Der Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz verharmlost wieder einmal die Gefahr, die in der Bundesrepublik von rechtsextremistischen Kräften ausgeht, kritisiert die PDS-Bundestags-Abgeordnete Ulla Jelpke.

In der einleitenden Charakterisierung rechtsextremistischer Bestrebungen finden relevante Elemente rechtsextremer Ideologien keine Erwähnung: weder Antisemitismus, Revisionismus noch Revanchismus. Vielmehr verkündet der Bericht, die Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund seien 1996 gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Unerwähnt bleibt, daß demgegenüber die „sonstigen Straftaten“ mit rechtsextrem-



Neonazi-Aufmarsch am 1. Mai 1996 in Berlin.

mystischem Hintergrund merklich ange-
stiegen sind.

Die Existenz rechtsterroristischer Orga-
nisationen in Deutschland wird ge-
leugnet; rechtsextremistische Gewalt ge-
he von Personen aus, die nicht in politi-
schen Gruppen oder Parteien organisiert
seien. Diese vertretene Einzeltäterthese
hat politisch die Funktion, die Gefahr, die
von rechtsextremistischen Organisa-
tionen ausgeht, zu verharmlosen, und mün-
det – wie auch im Fall Thomas Lemke
oder Kai Diesner – in einer Pathologisie-
rung neofaschistischer Täter.

Völlig unbeachtet bleiben rechtsex-
trem durchsetzte Vertriebenenverbände,
Funktionäre oder Publikationsorgane,
die über den Bundesetat finanziert wer-
den. So etwa:

- „Landsmannschaft Ostpreußen“ und
ihr Publikationsorgan „Ostpreußen-
blatt“
- „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“
und ihr Publikationsorgan „Fritz“
- „AG Junge Generation im Bund der Ver-
triebenen“
- Kontakte von Vertriebenenfunk-
tionären wie BdV-Vizepräsident Paul La-
tussek ins rechtsextreme Lager oder
- die rechtsextreme Zeitschrift „Der
Schlesier“.

Ignoriert werden ferner Parteien, Ver-
eine, Forschungseinrichtungen oder
Zeitschriften, die eng mit etablierten
Parteien oder Personen verknüpft sind,
bspw.

- der revanchistische „Bund für Gesamt-
deutschland“
- der rechtsextreme „Schulverein zur
Förderung der Rußlanddeutschen in Ost-
preußen e.V.“
- die geschichtsrevisionistische „Zeitge-
schichtliche Forschungsstelle Ingol-
stadt“ und ihr Leiter Alfred Schickel
(Träger des Bundesverdienstkreuzes)
- die Verbreitung antisemitischer und re-
visionistischer Positionen im „Bayernku-
rier“ u.a. zur Goldhagen-Debatte,
- die Zeitschrift „Criticon“.

Während der VS-Bericht 1995 noch die
„Einflussnahme von Rechtsextremisten

auf Burschenschaften“ erwähnte, fehlt
im diesjährigen das Phänomen komplett.
Und dies, obwohl die geplante Neugrün-
dung des „Republikanischen Hochschul-
bundes“ durch Funktionäre der Bur-
senschaft „Normannia Leipzig zu Marburg“ ein konkreter Anhaltspunkt
für solche Aktivitäten vorliegt. (...)

Wie schon in den Jahren zuvor stehen
für Kanther und seine Dienste die Fein-
de auf der linken Seite. Dies gilt auch
dann, wenn es sich um „extremistische
Bestrebungen von Ausländern“ handelt.
Nach wie vor ist Nr. 1 auf der Hitliste die
PKK. Obwohl diese inzwischen „auf ge-
waltfreie Weise für ihre Ziele“ eintritt ...,
denkt Hardliner Kanther nicht an eine
Aufhebung des Verbots. Er braucht es
schließlich für seine türkischen Regie-
rungsfreunde und als innenpolitisches
Instrument, um je nach Interessenlage
Menschen gegeneinander aufzuhetzen.

Auffällig ist, daß auch türkische fa-
shistische Organisationen wie die
MHP/Grauen Wölfe fehlen, die sich in
„stiller“ Arbeit in Kultur- und Sportver-
einen der „Föderation der Türkisch-De-
mokratischen Idealistenvereine, kurz
Türk-Föderation (ADÜTDF) zusam-
menschließen ... Die „Grauen Wölfe“ ar-
beiten eng mit dem türkischen Geheim-
dienst MIT zusammen. Überfälle auf
kurdische Vereine, fortschrittliche türki-
sche Einrichtungen und auch auf Deut-
sche, die sich kritisch mit der herrschenden
Politik in der Türkei auseinandersetzen,
sind längst keine Einzelfälle mehr.
Auch vor Mord schrecken „Graue Wölfe“
nicht zurück ...

Der vorgestellte VS-Bericht bleibt weit
hinter den gesellschaftlichen Anforde-
rungen zurück. Die erforderliche Auf-
klärungsarbeit wird nach wie vor von
deutschen und „ausländischen“ antifa-
shistischen Initiativen, Gruppen und
Einzelpersonen geleistet.

*Ulla Jelpke ist innenpolitische Spreche-
rin der PDS-Bundestagsgruppe. Ihr Bei-
trag wurde aus Platzgründen geringfügig
gekürzt.*

Verfassungsgericht bestätigt LPG-Altschulden

PDS: „Schwierigkeiten mit dem Rechtsstaat“

Am 8. April hat das Bundesverfassungsge-
richt Klagen mehrerer LPG-Nachfolgebetrie-
be gegen die aus der früheren DDR
herrührenden „Altschulden“ abgewiesen.

Die Kläger hatten vorgebracht, ihre „Altschulden“ seien ebensowenig wie die von der Treuhand übernommenen Altschulden der früheren DDR-Industriebetriebe „Schulden“ im betriebswirtschaftlichem Sinne, sondern z.T. durch direkte staatliche Anordnung entstanden. Außerdem seien ihre verbliebenen Betriebsgrößen (Fläche, Beschäftigte usw.) gegenüber der der früheren LPG-Betriebe erheblich verkleinert und eine Schuldenrückzahlung auch deshalb wirtschaftlich für viele Betriebe nicht verkraftbar. Ihnen drohe statt dessen durch diese Regelung vielfach der Ruin. Der agrarpolitische Sprecher der PDS-Bundestagsgruppe, Günther Maleuda, kritisierte das Urteil:

„Mit großer Enttäuschung wird die Entscheidung zur Kenntnis genommen. Sie beweist einmal mehr: Kern der deut-
schen Vereinigung ist die Umverteilung von Eigentum. Schon 1995 hatte der Bun-
destag den PDS-Antrag zur Schaffung gesetzlicher Regelungen für die LPG-
Altkredite abgelehnt und damit die Ver-
antwortung an das BVG abgeschoben.
Nach Art. 3 GG, Abs. 1 ‚Alle Menschen
sind vor dem Gesetz gleich‘ hätten die
Altkredite der LPG wie die Kredite der
volkseigenen Betriebe beim Verkauf
durch die Treuhand gleichfalls gestrichen
werden müssen. Nach den Auseinander-
setzungen um die Kredite der ostdeut-
schen Wohnungsunternehmen war je-
doch klar, daß das BVG ein ‚realitätsbe-
zogenes Urteil‘ fällen würde. Angesichts
der Kriterien für die Einführung des Eu-
ro sollen weitere Staatsschulden bzw.
Einnahmeverluste verhindert werden.“

(...) Das Gericht hatte keine Schwie-
rigkeiten damit, daß es in anderen Fällen
bezüglich der Rechtsstaatlichkeit der
DDR auch schon andere Auffassungen
vertreten hat und weiter vertreten wird.
(...)

Die Entscheidung des BVG ist aus
sachlicher und rechtlicher Sicht schwer
zu verstehen. Kaum abzuschätzen sind
die zerstörerischen Auswirkungen auf
die unter großen Anstrengungen freiwillig
und nach rechtsstaatlichen Prinzipi-
en aufgebauten Agrarstrukturen in Ost-
deutschland. Tausende Bauern sollen um
den Ertrag jahrzehntelanger aufopfer-
ungsvoller Arbeit gebracht werden.
Es werden neue parlamentarische und
außerparlamentarische Initiativen not-
wendig sein, um die nachteiligen Folgen
für die mit Altkrediten belasteten Be-
triebe vor dem unverschuldeten Ruin zu
schützen.“

(PM 1485 vom 8.4.97)

Milliardenschweres Aufrüstungsprogramm bei gleichzeitigen Sozialkürzungen

Waigel hat kein Geld? Von wegen! Rüstungsprogramme im Volumen von 190 Milliarden DM sind in den Planungen der Bundesregierung vorgesehen.

Warum eine neue Bewaffnung?

Die alte Bundeswehr, die offiziell zur Landesverteidigung da war, gibt es nicht mehr. Inzwischen gibt es eine neue Bundeswehr, mit neuer Strategie, neuer Struktur und bald auch neuer Bewaffnung.

Die neue Bundeswehr hat als Schwerpunkttaufgabe weltweite Interventionen bzw. Kampfeinsätze. Die Voraustruppe für diese weltweiten Interventionen befindet sich seit dem 20. September 1996 in Calw: Das Kommando Spezialkräfte (KSK). Die neue auch offensive Strategie (siehe IMI-Infoblatt Nr. 1: Die Strategie der neuen Bundeswehr) wurde ohne viel Aufhebens durchgesetzt. Bei der Festlegung der neuen Struktur der Bundeswehr gab es schon mehr Widerstände: Es wurde Kritik geübt an der Schließung von Bundeswehrstandorten. Die neue Ausrichtung auf kleinere, mobilere schneller einsatzfähige Bundeswehreinheiten („Krisenreaktionskräfte“) war nicht im Blickfeld. Anders sieht es nun bei der derzeit laufenden Neubewaffnung aus. Hier sind die meisten Proteste zu vernehmen, auch von Gewerkschaften und Kirchen. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, daß derzeit im Sozialbereich rigoros zusammengestrichen wird.

Was wird eigentlich angeschafft?

Meistens ist bekannt, daß der Jäger 90, jetzt Eurofighter 2000, angeschafft werden soll. Das ist das teuerste Rüstungsprojekt seit Gründung der Bundesrepublik. Doch hinter den breiten Flügeln des Eurofighters läuft derzeit eine gigantische Aufrüstungswelle. Über 215 Beschaffungsprojekte können nachgewiesen werden. Am meisten Projekte werden im Bereich der Kommunikationstechnik und elektronische Systeme angeschafft. So lassen sich allein 50 Projekte in den Bereichen Simulatoren, Überwachungssysteme, Radar, Kommunikationssysteme und Rechner nachweisen. Zentral sind hier die Gesamtsysteme der Satellitenkommunikation der Bundeswehr (abgekürzt heißt das dann SATCOMBW) und das Fernmeldesystem Heer.

Die teuersten Projekte sind vor allem bemannte, aber auch unbemannte Flugsysteme (Drohnen). Zentral sind hier der Kampfhubschrauber Tiger, der NATO-Hubschrauber NH 90, das Future Large

Aircraft (FLA, auch Future Transport Aircraft / FTA genannt). Sie stellen auch entweder die zentralen Kampfinstrumente der Krisenreaktionskräfte dar oder mit ihnen sollen Truppen und Waffen in die zukünftigen Kriegsgebiete gebracht werden.

Für einen Teil dieser Rüstungsprojekte sind die Beschaffungsentscheidungen noch nicht gefallen. Wenn für die neue Bundeswehr zentrale Projekte wie der Kampfhubschrauber Tiger oder das Satellitenkommunikationssystem gestoppt werden, kann die weltweite Einsatzfähigkeit der neuen Bundeswehr eingeschränkt werden. Wir müssen die Dimension der Aufrüstung den Sozialkürzungen entgegensetzen. Wollen wir neue Waffen oder wollen wir Sozialeistungen?

Sonderfinanzierung des Eurofighters

Auch die Beschaffungsentscheidung für das teuerste Rüstungsprojekt, den Eurofighter 2000, wird immer wieder verschoben. Für das 20 (*Frankfurter Rundschau*) bis 26 Milliarden DM (*Welt am Sonntag*) teure Projekt hat die Bundesregierung eine äußerst ungewöhnliche Finanzierung vorgesehen: Im Jahr 1998 soll zusätzlich zur Finanzierung aus dem Verteidigungshaushalt eine Milliarde direkt aus dem Finanzministerium kommen. Damit haben die Kürzungen im Sozialbereich und die Finanzierung des Eurofighters direkt miteinander zu tun.

Die derzeitigen Finanzierungspläne gehen von einem offiziellen Stückpreis des Eurofighters von 125,4 Millionen DM aus, darin ist allerdings die Bewaffnung nicht enthalten. Vom Eurofighter will Deutschland 180 Stück anschaffen, 140 davon als Abfangjäger, 40 als Jagdbomber. Selbst Militärs sehen im Eurofighter 2000 weniger ein Militärprojekt als ein Großprojekt zur Unterstützung der Rüstungsindustrie, allen voran der Daimler-Benz Aerospace (DASA). Setzen wir uns dafür ein, daß der Eurofighters 2000 nicht gebaut wird!

Wo fließt das viele Geld hin?

1. Die Zahlen der auf der folgende Seite abgedruckten Tabelle sind die Zahlen, die die Bundesregierung selbst bei der Vorlage des Bundeswehrplanes 1997 genannt hat. Bei den in der Tabelle genannten Rüstungsprojekten handelt es sich lediglich um die 26 wesentlichen Großvorhaben.

2. Die wesentlichen Großvorhaben machen laut Bundeswehrplan 1997 zwei Drittel des finanziellen Gesamtvolumens für militärische Beschaffungen aus: 128,5

Milliarden DM. Rechnet man dies hoch, dann ist nach den offiziellen Plänen von Gesamtkosten für die Beschaffungsvorhaben von 192,7 Mrd. DM auszugehen!

3. Bei den genannten Summen der Einzelrüstungsprojekte handelt es sich jeweils nur um den deutschen Anteil an den jeweiligen Gesamtkosten. Die meisten Rüstungsprojekte werden von mehreren (meist europäischen) Staaten als Auftraggeber getragen.

4. In den genannten Zahlen ist die „Nutzung“, sprich der Unterhalt der Kriegswaffen bzw. der anderen Beschaffungsprojekte einschließlich der Wartung, des Verbrauches an Treibstoff, Munition und Material nicht mit eingerechnet. Ich gehe davon aus, daß ein Verhältnis zwischen Forschung / Entwicklung / Erprobung : Beschaffung : Nutzung von 1:4:7 anzusetzen ist. Militärnahe Quellen sprechen bezüglich des Eurofighters 2000 sogar von einem Verhältnis 1:4:11.

5. Teuerungsraten der Rüstungsprojekte, die während der zum Teil sehr langen Forschungsphase bzw. während der ebenfalls manchmal jahrelangen Beschaffungsphase „entstehen“, sind in den Zahlen der Bundesregierung praktisch nicht berücksichtigt.

6. Ca. ein Drittel der Rüstungsausgaben (42,6 Mrd. DM) für die wesentlichen Großvorhaben sind nach dem Bundeswehrplan 1997 bis zum Jahr 2001 eingeplant, zwei Drittel für den Zeitraum danach.

Planungen und Realität

Nach den jetzt vorliegenden Zahlen des „Verteidigungshaushaltes“ 1997 wird deutlich, daß die Bundeswehr ihre eigenen Planungen nicht mehr einhalten kann. So sind statt 6,48 Milliarden DM für militärische Beschaffungen jetzt im Haushalt 5,4 Milliarden DM eingesetzt. Für Forschung, Entwicklung und Erprobung von militärischem Material waren nach Bundeswehrplan 1997 für 1997 3,264 Milliarden DM vorgesehen, jetzt sind im Bundeshaushalt 1997 2,79 Milliarden DM eingestellt. In der Summe waren ursprünglich 9,744 Milliarden DM für Militärgerät vorgesehen, verfügbar sind nun 8,4 Milliarden DM. Das sind merkliche Reduzierungen. Zwei Fragen bleiben offen: Wie entwickeln sich in den nächsten Jahren die verfügbaren Gelder für Rüstungsgeräte? Und wie wirken sich diese Reduzierungen auf die einzelnen Rüstungsprojekte aus? Klar ist: Die militärisch zentralen Rüstungsprojekte wird die Bundeswehrführung mit Zäh-

Tabelle: Investitionen für die wesentlichen Großvorhaben der Bundeswehr 1996-2001 und danach

(Datengrundlage: Bundeswehrplan 1997 mit dem Zeittableau für die wesentlichen Großvorhaben / Anlage zum Ressortkonzept Materialplanung) © 1997 Tabelle: Tobias Pflüger und Claudia Haydt

Bundeswehr-Rüstungsprojekte (Kosten in Millionen DM)	FEE = Forschung, Entwicklung und Erprobung	Beschaffung
1. Vorhaben der Streitkräfte insgesamt		
Satellitenkommunikation Bundeswehr (SATCOMBW)	732,0	2.732,0
Operative Abbildende Aufklärung (AGS)	42,3	600,0
Operative signalerfassende Aufklärung (BR 1150 SIGINT, NDV u. Nachfolge)	0	347,6
NATO Frühwarnsystem (AWACS)	0	671,7
Neuer Transporthubschrauber (NH 90/MH 90)	708,6	11.306,9
Feldlager/Lazarett	6,0	3.280,5
Neues Transportfahrzeug mit modernem Umschlagsystem (MULTI)	11,9	1.483,0
2. Vorhaben des Heeres		
Fernmeldesystem Heer (FmSysH)	253,1	5.297,5
Führungsinformationssystem (FüInfosysH)	1.284,0	3.106,0
Panzerhaubitze (PzH 2000)	580,7	5.645,9
Suchzündermunition Artillerie (SMART 155mm)	346,0	745,3
Kleinfluggerät Zielortung (KZO)	287,6	791,5
Gepanzertes Transport Kfz (GTK)	143,0	6.046,0
Unterstützungshubschrauber (UHU/TIGER)	2.476,6	11.050,9
Panzerabwehraketensystem lange Reichweite (PARS 3 LR)	956,1	907,2
Neue gepanzerte Plattform (NGP)	33,8	240,0
3. Vorhaben der Luftwaffe		
Eurofighter (EF 2000)	8.296,0	19.320,1
Luft/Luft Lenkflugkörper mittlere Reichweite (FMRAAM/AMRAAM)	375,0	2.204,4
Luft/Luft Lenkflugkörper kurze Reichweite (FSRAAM)	270,0	970,0
KWA Flugabwehraketensystem PATRIOT	241,4	1.566,0
Taktisches Luftverteidigungssystem (TLVS/MEADS)	1.216,1	5.000,0
Modulare Abstandswaffe (MAW)	309,7	3.895,0
Zukünftiges Transportflugzeug (FLA)	304,0	4.320,0
Langstreckenflugzeug (A 310)	0	462,0
4. Vorhaben der Marine		
Fregatten F 124/F 125	479,0	6.400,0
Korvette	4,9	5.250,0
Unterseeboot U 212	248,0	2.671,1
Seefernaufklärungsflugzeug (MPA 2000)	3,2	1.750,0
Einsatzgruppenversorger (EGV)	2,5	580,0
SEA LYNX 4. LOS	0	250,0
Gesamtsumme in Millionen DM	Summe	Summe
128.502,1	19.611,5	108.890,6

nen und Klauen verteidigen. Spannend wird es bei den Projekten, die nicht direkt in das neue Militärkonzept passen. So etwa das teuerste Rüstungsprojekt, der Eurofighter. Innerhalb der Militärs ist nach Hinweisen aus diesen Kreisen eine heftige Diskussion am Laufen, welche Rüstungsprojekte Priorität haben sollen.

Die politische Einschätzung bleibt aber stehen: Eine gigantische Aufrüstungswelle ist am Anlaufen, Milliarden werden in Kriegsgerät gesteckt. Das muß aufhören.

Neue Waffen: zuerst nach Calw!

Das Einsatzbereitschaft des Kommando Spezialkräfte wird mit oberster Priorität vorangetrieben. Damit das Kommando Spezialkräfte in den Krieg ziehen kann, braucht die neue Truppe neue Waffen. Mit

dabei sind die beiden Hubschrauber Tiger und NH 90, das neue Sturmgewehr G 36, Scharfschützenwaffen, Nachsichtgeräte und Blendgranaten. Spezialmaterial vor allem im Kommunikationsbereich für die verschiedensten Einsatzoptionen ist bei den Calfern teilweise schon eingetroffen. Allein für Spezialausrüstung, die nur für das Kommando Spezialkräfte vorgesehen ist, werden 1997 bis 1999 41,1 Millionen DM ausgegeben. Es scheint, für das KSK ist genügend Geld da, 75 Millionen DM gehen z.B. in den Ausbau der Calwer Kaserne (davon allein 14 Millionen DM für das Offizierskasino).

Politische Schlußfolgerung

Die Bundesregierung läßt derzeit ein gigantisches Aufrüstungsprogramm anlaufen, das dazu da ist, die Bundeswehr

für ihre neuen, weltweiten Einsätze auszurüsten. Die neuen Ziele der Bundeswehr sind mit neuen Waffen umsetzbar. Der Bundesregierung sind diese auch offensiven Zielen Milliarden wert. Milliarden, die an anderer Stelle gekürzt („eingespart“) werden. Notwendig ist ein Abbau der Bundeswehr und die Verhinderung von weltweiten „Interventionsfähigkeiten“/Kampfeinsätzen. Das Kommando Spezialkräfte ist die Elitetruppe für diese neuen Interventionen, die nicht mehr als „Hilfe“ oder „humanitär“ deklariert werden können. Es geht hier offen um Kriegseinsätze.

Die Friedensbewegung will keine Kriegseinsätze. Deshalb: Baut das Militär ab, nicht die sozialen Leistungen, sofortige Auflösung des Kommando Spezialkräfte (KSK)!

Interview

Fausto Bertinotti, Sekretär von Rifondazione comunista (Interview)

Gehen wir von dem dramatischen Schiffbruch vom vergangenen Freitag aus. Wer ist schuld?

Bertinotti: Die materielle Schuld muß zur Gänze ermittelt werden, dafür schlagen wir die parlamentarische Untersuchungskommission vor. Aber die Regierung hat sehr ernste Fehler gemacht, ihre politische Verantwortung ist schwer. So schwer einen prekären Wanderungsprozeß zu entmutigen, der mit solchen Notmitteln stattfand, mit Leuten, die dort drauf verzweifelt zusammengepfercht waren, das setzt dich nachdrücklich der Gefahr einer Tragödie aus. Die tatsächlich leider nicht ausgeblieben ist. (...)

Aber die Blockade geht weiter ...

Bertinotti: Und sie darf nicht weitergehen. Man muß diese Geschichte mit den Patrouillenfahrten radikal zur Diskussion stellen. Und in der Zwischenzeit die Blockade aussetzen.

Aber in der Zwischenzeit bereitet Italien sein militärisches Eingreifen vor.

Bertinotti: Und wir werden dagegen stimmen, und ich bin sicher, wir werden in diesem Kampf nicht allein sein. Warum? Schon ein Grund würde genügen, aber ich will zwei sagen: Der erste ist in Wirklichkeit eine Regel, die rät, nicht in den Ländern zu intervenieren, mit denen man so enge politische und wirtschaftliche Beziehungen hat, wie wir sie mit Albanien haben. Eine im wesentlichen italienische Militärintervention darf zu diesem Zeitpunkt nicht gemacht werden, sowohl wegen der albanischen Reaktion als auch wegen der Gefahren, die sie mit sich bringt.

Und der zweite Grund?

Bertinotti: Der zweite Grund heißt Berisha. Ich will damit sagen, daß eine Mission unsererseits einen Sinn nur dann haben könnte (ich unterstreiche: könnte), wenn sie nach der politischen Desavouierung Berishas erfolgen würde.

Rifondazione comunista wird also dagegen stimmen, die Rechte wahrscheinlich dafür. Wird über Albanien eine neue Mehrheit entstehen?

Bertinotti: Das ist schon über andere Fragen geschehen, vom Fernsehen bis zu den Privatisierungen.

Aber ihr werdet die Olivenbaum-Regierung nicht in die Krise stürzen?

Bertinotti: Das ist eine Frage, die ich mir beim jetzigen Stand der Dinge noch nicht gestellt habe.

Auszug aus einem Interview mit il manifesto vom 2. April 1997

Militärintervention in Albanien

Regierung Prodi an der Angel der Rechten

Die internationale Militäraktion in Albanien ist angelaufen. Dabei ist Italien die treibende und stärkste Kraft unter den beteiligten sieben Ländern. Nach der Besetzung durch italienische Truppen 1914, durch das faschistische Italien 1939 und durch die deutsche Wehrmacht 1943 stehen wieder ausländische, darunter italienische Truppen im Land.

Ausgerechnet die Mitte-Links-Regierung des Ministerpräsidenten Prodi mit der Demokratischen Partei der Linken (PDS), also den früheren Kommunisten,

die albanischen Flüchtlinge. Zeitungsüberschriften wie „nationaler Staatsnotstand“ (*la Repubblica*), „Verbrecherinvasion“, „eher Mafiosi als Flüchtlinge“ (*L'Espresso*), „Die Flüchtlingswelle schockt den Tourismus“ (*Il Tempo*) waren eher die Regel als die Ausnahme. Die ausländerfeindliche und rassistische Propaganda aus den rechten Parteien wie der Lega Nord erreichte einen neuen Höhepunkt. „Schmeißen wir die Albaner ins Meer“, hetzte die frühere Parlamentspräsidentin Irene Pivetti, seinerzeit Mitglied



Kundgebung am 6. April in Brindisi für die Aufklärung der Versenkung des albanischen Flüchtlingsboots, gegen Rassismus, Seeblockade und Militärintervention. Der Widerstand gegen die reaktionäre Albanienpolitik – z.B. von Antirassismusnetz, kritischen Medien wie *il manifesto* oder Parteien wie Rifondazione comunista – erweist sich als schwierig, hat aber an Kraft gewonnen. Der Gewerkschaftsverband CGIL hat nach der Versenkung des Flüchtlingsboots gegen die Seeblockade Stellung genommen. Eine Intervention in Albanien will er nur unter UN-Führung sehen.

betreibt nun wieder die militärische Kontrolle des kleinen Nachbarlands auf der anderen Seite der Seestraße von Otranto.

Und schon hat sich die innenpolitische Lage verändert. Die parlamentarische Opposition, die konservative Rechte um Berlusconi und die nationalistische Rechte, sind Prodi für sein Albanien-Abenteuer zu Hilfe gekommen, als die Regierung am Widerstand von Rifondazione comunista und Grünen zuscheitern drohte.

Rifondazione comunista hat gegen massiven Druck die Zustimmung verweigert. Dieser Druck kam einerseits aus der Regierungsmehrheit, vor allem von den Linksdemokraten, die Rifondazione entweder zum Kniefall zwingen oder als Schuldigen am Scheitern aus der Regierung drängen wollten. Der Druck kam aber auch von außen in Form einer bislang ungekannten Hetzkampagne gegen

der Lega. Diese Hetze sei nur mit der antijüdischen Kampagne der faschistischen italienischen Presse 1938 zu vergleichen, urteilte die Wochenzeitung *Avvenimenti*.

Die Regierung hatte sich mit der Verhängung einer Seeblockade gegen albanische Schiffe in der Straße von Otranto an der aufgeladenen Kampagne beteiligt, was am Ostersamstag zur Versenkung eines Flüchtlingsboots und zum Tod von 85 Menschen führte. Ob nun die italienische Korvette das Boot absichtlich rammte oder aus Versehen, die Signale von italienischen Medien, Parteien, Verwaltungen, Regierung und Militärs hießen: Albaner, bleibt weg! Und jetzt wird mit der Militärintervention die Abwehrlinie sozusagen vom Meer nach Albanien selber hineinverlegt.

Die Probleme Albaniens kann diese Aktion nicht lösen – im Gegenteil. Der albanische Staatspräsident Berisha, dessen Rücktritt die Aufständischen fordern

und der auch international der Wahlfälschung bezichtigt wird, wird durch die Militäraktion gestützt. Nachdem er die Kontrolle über Armee und Polizei verloren hat, übernehmen jetzt die ausländischen Militärkräfte die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und erlauben ihm, seine Machtorgane neu aufzubauen. Die Aussicht auf eine demokratische Lösung durch Rücktritt Berishas und Verständigung mit den Aufständischen wird dadurch nur erschwert.

Zur eigenständigen Entwicklung Albaniens trägt die Intervention nicht bei. Die ausländischen Streitkräfte übernehmen die Kontrolle des Landes für fremde Interessen. Albanien droht neuerlich der Status eines italienischen Protektors. Maßgebliche Kräfte in Italien stützen Berisha, weil er sich mit seinen Clans im Norden Albaniens in den Dienst dieser Interessen stellt.

Die Mitte-Links-Regierung Prodi hat sich über das Militärabenteuer in die Abhängigkeit der Rechten begeben. Sie mag rechnen, daß sie bei allen Unwägbarkeiten und möglichen militärischen Eskalationen die Kontrolle in der Hand behalten kann. Sicher ist das nicht. Es wäre – auch in Italien – nicht das erste Mal, daß eine Regierung im Zug militärischer oder kolonialer Abenteuer von rechts gestürzt wird. Nur Widerstand gegen die Militarisierung der Außenpolitik, für die Einstellung der Albanienintervention, gegen rassistische Konzepte kann diese Entwicklung verhindern.

rok

Blutspur in der Geschichte Der Faschist Türkес ist tot

Deutschen Medien berichteten letzte Woche über den Tod des Vorsitzenden der türkischen Partei MHP, Alparslan Türkес. Die MHP ist hier unter dem Namen Graue Wölfe oder Türk-Föderation bekannt. Kaum wurde dabei über die faschistischen Anschläge und Morde der MHP oder den Terror der türkischen Konterguerilla in Kurdistan berichtet.

Vielmehr wurde „die Trauer der türkischen Staatsführung“ und der „Mehrheit der nationalorientierten Bevölkerung“ vermeldet (Bad. Neueste Nachrichten). Mit Türkес verlor die CSU einen Freund von Strauß, die deutschen Faschisten einen Kameraden und die deutsche Großmachtpolitik einen, der 60 Jahre lang einer ihrer Garanten in der Türkei war.

Über 20 Prozent der Abgeordneten des türkischen Parlaments stammen von den Grauen Wölfen. Nach den letzten Wahlen umwarben Außenministerin Ciller (DYP) und Oppositionsführer Yilmaz (ANAP) Türkес und die MHP. Auch die Catli-Affäre, die das System der Türkei erschüttert, ist eng mit seinem Namen verbunden.

Türkes, 1917 in Zypern geboren, trat 1938 in die türkische Armee ein. Er wurde einer der Verbindungsmänner der deutschen Faschisten, die starkes Interesse an der Türkei als Flankenschutz gegen die Sowjetunion und an dem kriegswichtigen Rohstoff Chrom aus der Türkei hatten. Außenminister Ribbentrop, Staatssekretär von Weizsäcker und Botschafter von Papen förderten seit 1939 den Aufbau der türkischen faschistischen Bewegung. Für Bozkurt (Grauer Wolf) stellte das Auswärtige Amt mehrere Millionen Reichsmark zur Verfügung. Ziel dieser Bewegung war die Errichtung eines großtürkischen Reiches vom Mittelmeer bis an die chinesische Mauer. Das türkische Militär beurlaubte ab 1941 Offiziere zur Aufstellung turkstämmiger Wehrmacht- und SS-Einheiten. Mobilisiert wurden rund 200.000 turkstämmige Soldaten, die in sechs Legionen kämpften. Die letzten 6 Bataillone fielen im „Endkampf“ vor Berlin. Der Chef der Sicherheitspolizei berichtete an das Auswärtige Amt noch 1944 über Türkес als Führer der panturanischen Bewegung.

Mitte 1944 brach die Türkei ihre Beziehungen zu Deutschland ab. Türkес wurde zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er versucht habe, die Türkei an der Seite des Großdeutschen Reiches in den Krieg zu ziehen. Schon im April 1945 wurde das Urteil aufgehoben und Türkес samt Anhängern freigesprochen. Sie erklärten: „Ich betrachte es als Ehre, wegen Turanismus und Rassismus verurteilt zu werden. Die Verwaltung des Staates durch Menschen türkischer Rasse ist lebensnotwendig. Die in der Türkei lebenden Nicht-Türken mit türkischer Staatsangehörigkeit sind Tscherkessen, Bosniaken, Lazen, Albaner, Kurden usw. Sie soll man in die Länder schicken, wo sie hingehören.“ (J. Roth, Die Türkei, Bornheim 1981, S. 112f.)

Türkes wurde zur türkischen Militärmmission nach Washington kommandiert, bereitete dort den Eintritt der Türkei in die Nato vor und knüpfte Verbindungen zum CIA. Er war Mitglied der Gesellschaft zum Kampf gegen den Kommunismus, deren Terrorkommandos gegen Oppositionelle, Gewerkschafter, aber auch auf Zypern und in Kurdistan gegen Bauernunruhen aktiv wurden. 1958 besuchte Oberst Türkес die Schule für Atom- und Nukleartechnik in der Bundesrepublik. 1960 gehörte er zu den 32 Offizieren, die den Militärputsch organisierten. Türkес wurde Sekretär von General Gürsel, des Putschführers und neuen Präsidenten. Der französische Botschafter kritisierte 1960 die Kurdenpolitik der Militärjunta. Diese antwortete: „In der Türkei existiere nichts, was mit kurdisch oder kurdischem Nationalismus bezeichnet werden könne.“ „Wenn diese Bergtürken nicht Ruhe geben, wird die Armee nicht davor zurückschrecken, ihre Städte und Dörfer zu bombardieren. Es wird ein solches Blutbad geben, daß sie mit ihrem ganzen Land von der Bild-

fläche verschwinden.“ (ebenda, S. 114)

1965 wurde Türkес Vorsitzender der Republikanischen-Nationalen Bauernpartei CKMP, aus der 1969 Milliyetci Hareket Partisi (MHP) hervorging. Der amtierende Staatspräsident Demirel bildete mit Türkес und dem heutigen Ministerpräsidenten Erbakan 1975 bis 1978 die „Nationalistische Front“-Regierung. Türkес war stellv. Ministerpräsident. Die MHP stellte Minister in den Ressorts Polizei, Bildung und Verwaltung. In dieser Zeit wurde die Jugendbewegung Graue Wölfe gegründet. Aus ihr gingen die Terrorkommandos hervor, die bis heute verantwortlich für Tausende Morde an Oppositionellen und für Massaker, Morde und Verschleppungen in Kurdistan sind. Seit den 60er Jahren sind Schlüsselstellungen von Polizei, Militär und Geheimdienst in Händen von MHPlern.

Türkes und seine MHP waren bzw. sind Garant des türkischen Systems und seines Völkermords in Kurdistan. Nun hat er ein Staatsbegräbnis erhalten. rub

Österreich

Proteste gegen NATO-Beitritt

In Österreich wird von verschiedenen politischen Seiten an einem NATO-Beitritt gearbeitet. Sowohl der konservative Außenminister Schüssel wie auch der sozialdemokratische Kanzler Klima haben in den letzten Wochen das Thema in die Debatte gebracht.

Während Schüssel sich ganz offen für den NATO-Beitritt ausspricht, ziert sich die SPÖ noch ein wenig. Der österreichische Kanzler schlug vor, daß über einen NATO-Beitritt per Volksabstimmung beschlossen werden sollte. Dies lehnt Schüssel mit der Begründung ab, daß die Festlegung der Neutralität auch nicht per Volksbeschuß gefaßt wurde.

Zur sogenannten „immerwährenden Neutralität“ hatte sich Österreich per Verfassungsgesetz als Preis für den Staatsvertrag und den Abzug der sowjetischen Truppen bekannt.

Außenminister Schüssel sagte aber jüngst auf einer Tagung in Bonn, daß Österreich seine Neutralität „immer sehr dynamisch“ interpretiert habe, was Gelächter im Publikum verursachte. Die SPÖ geht bisher davon aus, daß die Neutralität bei einem NATO-Beitritt nicht außer Kraft gesetzt werde.

Die SPÖ-Linke hat sich auf dem vor kurzem stattfindenden Parteitag auch massiv gegen eine Änderung der Haltung der SPÖ zur NATO geäußert. Sie will nun stärker darauf drängen, daß Österreich zur „immerwährenden Neutralität“ steht.

Von außerparlamentarischen Initiativen bekommt die SPÖ zudem noch Druck, bei ihrer alten Position zu bleiben. Die Österreichische Neutralitätsbewe-

gung veranstaltet am Freitag, den 16. Mai 1997 eine Demonstration in Linz. In einem Aufruf heißt es dazu:

„Nein zu NATO und WEU! Für Frieden und Neutralität!“

NATO und WEU sind Militärblöcke. Sie rüsten für weltweite Militäreinsätze. Sie verfügen über die meisten Atomwaffen. Militärblöcke führen zu Unsicherheit, Aufrüstung und Krieg. Neutralität dagegen ist die Verpflichtung, sich an keinem Krieg zu beteiligen und sich international für Frieden und Abrüstung zu engagieren.

Wir fordern daher von der Österreichischen Bundesregierung:

- Schluß mit der schrittweisen Demonstration der Neutralität. Kein Beitritt zu NATO bzw. WEU!
- Stopp den österreichischen Aufrüstungsplänen! Wir brauchen soziale Sicherheit. Wir brauchen keine Abfangjäger, Panzer und Raketen!
- Blockierung aller Bestrebungen, die EU in einen Militärblock zu verwandeln!
- Aktive Friedens- und Neutralitätspolitik, die zwischen Konfliktparteien vermittelt und sich für Abrüstung, Abbau aller Atomwaffen und Überwindung von Militärblöcken stark macht!

hav

Mobutu vor dem Fall Entscheidungen in Zaire

Eine schnelle Entwicklung ist in dem afrikanischen Land zu erkennen. Vor sechs Monaten befand sich das Regime des seit 30 Jahren diktatorisch regierenden Mobutu scheinbar noch unanfechtbar an der Macht; heute liegt es nahezu am Boden, die Familien der regierenden Clans haben bereits ihre Pfründe in Sicherheit gebracht und sich ins Ausland abgesetzt.

Machtkämpfe in der Hauptstadt zwischen Mobutu, den Militärs und der gemäßigten, jedoch ebenso angeschlagenen Opposition, eine ständig in der Defensive befindliche Präsidentengarde (die allein noch die Offensive der ADFL aufzuhalten versucht) und eine die Änderung erwartende Zivilbevölkerung – diese Eckpunkte bilden vorübergehend die Entwicklung im Land. In der Hauptstadt regiert der neue Premierminister Bolongo, der jeder „demokratischen Erneuerung“ eine Absage erteilt hat, da die ADFL diese blockiere, Demonstrationen sind untersagt, das Gesetz solle befolgt werden. Die letzten Züge einer militärisch besiegt Leoparden-Mütze.

Die neue Entwicklung beginnt im Aufbau von Strukturen im Osten des Landes, über die derzeit nicht viel bekannt ist. Die ADFL gründete sich auf einer Koalition von vier Parteien (PRP, CNRD, MRLZ, ADP), öffentlich bekannt blieb in den Medien bislang lediglich die PRP von Ka-

bila. Raphael Ghenda, Mitglied der neuen „Generalkommission“, lebte die letzten 20 Jahre in Belgien; der für Wirtschaft und Finanzen zuständige Mawapanga war zuvor Professor in Kentucky, andere kommen aus der Provinz (Süd-)Kivu, einer der Hauptbasen der ADFL.

Als erste Maßnahme in den eroberten Gebieten wurde eine Reduktion der Import- und Exportsteuern um 70% dekretiert, um die Initiative der lokalen Wirtschaft zu unterstützen. Die Mehrheit der alten Administration wurde – unter großer Zustimmung der Bevölkerung – entlassen, die anderen haben sich einer „Reorientierung“ zu unterziehen, d.h. die Geschichte des Landes und seiner Befreiung (u.a. durch Lumumba) zu studieren. Wer diese Kurse absolviert hat, wird für lokale Sicherheitsaufgaben eingesetzt, die Bevölkerung hat in Volksversammlungen Mitspracherecht.

ADFL kündigt Übergangsregierung an

Es wird berichtet, daß kein klares Verhältnis gegenüber den Kräften existiere, die sich seit 1990 um eine Änderung in Zaire, insbesondere in Kivu bemüht haben. Angekündigt hat die ADFL eine Übergangsregierung für die Dauer von etwa einem Jahr, in der die bisherigen Parteien keine Rolle mehr spielen sollen, da ihre Verwicklungen mit dem Mobutu-Regime hinderlich sind.

Es wird sich dann auch herausstellen, wie die Kooperation zwischen den jetzt militärisch in der Offensive sich befindenden Kräften der ADFL und jenem Teil der Opposition in Kinshasa aussehen wird, die seit sechs Jahren in einer Nationalkonferenz einen sogenannten „friedlichen Wandel“ (mit Unterstützung der Kirchen) einleiten wollten, damit aber – wie bekannt – offenkundig keinen Erfolg hatten.

Progressive Kirchenvertreter sehen in dem derzeitigen Verbot für andere politischen Parteien (außer der ADFL) ein Indiz für die Unsicherheit über den künftigen Weg, da eine Demokratisierung des Landes die „grassroots“-Bewegungen aufnehmen müßte, um eine möglichst breite Beteiligung der Bevölkerung zu erreichen. Wären neuerlich Menschenrechtsverletzungen – wie bereits in einem UN-Bericht veröffentlicht – die Basis für die „andere“ Herrschaft, würde dies zwar dem bisherigen System des korruptiven Engagements entgegenkommen, jedoch keinen grundlegenden Wandel einleiten. Hierin sind sich die jeweiligen Informationsquellen jedoch nicht einig, denn der Vorwurf eines Massakers an Hutu-Flüchtlingen in Ostzaire durch die ADFL-Kräfte wird z.B. von dem Bischof von Goma nicht geteilt, wenngleich eine in Kinshasa ansässige Organisation (AZADHO) ihrerseits diese These aufrechterhält.

International gesehen hat sich ebenfalls ein erstaunlicher Wandel vollzogen; Südafrika hat die Rolle eines Vermittlers zwischen den Fronten übernommen, dem

wird von der ADFL lediglich taktischer Wert beigemessen.

Rivalität USA / Frankreich

Die USA haben am offensichtlichsten Position für die Kabila-Kräfte bezogen, wohl auch in der Aussicht, endlich den französischen Einfluß in Zentralafrika zu reduzieren und besseren Zugang zu den Bodenschätzen in der Shaba-Provinz zu bekommen. Der ehemalige Afrika-Berater von Reagan, Crocker, hatte schon im Dezember 1996 in einer Anhörung eingestanden, daß die USA Miterantwortung für die Entwicklung in Zaire tragen würden, indem sie die Hutu-Milizen zur Destabilisierung eingesetzt haben und die „politischen Faktoren des Konfliktes in Zaire“ nicht erfaßt hätten. Man gibt dort inzwischen gerne zu, daß Mobutu in den vergangenen Jahrzehnten systematisch die Rechte der 46 Mio. EinwohnerInnen verletzt habe, das Regime selbst zu keiner Reform fähig sei und nun der (möglichst breite) Übergang geschafft werden müsse – eine Erkenntnis, die nicht viel kostet, aber Sympathien einbringt. Frankreich bekennt inzwischen, daß es keine Seite mehr unterstützt: „Was wir unterstützen ist Zaire und die Zukunft des Volkes“, so Außenministersprecher Rummelhardt in Paris. Auch so kann man sich von Mobutu absetzen. Auch die ehemalige Kolonialmacht Belgien bestätigt mittlerweile, daß die Zeit Mobutus vorüber sei, es bleibe aber festzuhalten, daß „Mobutu noch da ist und um sich herum eine Clique sei, die noch einiges zu verlieren habe“; sie würde den „demokratischen Prozeß“ unterstützen.

Bonn reagiert ausweichend

Besonders ausweichend stellt sich die BRD-Regierung an, die noch jetzt in einer Antwort auf eine Grünen-Anfrage erklärt, nichts davon zu wissen, ob Mitte Januar etwa 300 Söldner über den Frankfurter Flughafen nach Zaire geflogen seien. „Im übrigen seien die deutschen Strafverfolgungsbehörden im Rahmen des Legalitätsprinzips zur Verfolgung von Söldnern ... verpflichtet, soweit diese sich nach deutschem Recht strafbar gemacht haben. Im übrigen legt die Regierung Wert auf die Feststellung, sie vermöge mangels Kenntnis verläßlicher Tat- sachen zum Sachverhalt der Anfrage nicht zu beurteilen, ob es sich bei den Personen, die von den Bündnisgrünen als Söldner bezeichnet werden, überhaupt um solche ... handelt.“ Auch in Sachen Abschiebeschutz für Zaire kann die Regierung keinen Handlungsbedarf erkennen: „Mit einem weiteren Aufenthalt im Bundesgebiet kann ein abgelehrter Asylbewerber aus Zaire nicht rechnen. Am 19. März lehnte der Petitionsausschuß des Bundestags seine Eingabe mit der Stimmenmehrheit von CDU/CSU und F.D.P. ab. Damit konnten sich SPD, B '90/ Grüne und PDS nicht mit ihrer Forderung durchsetzen, das Asylverfahren für den Zairer wiederaufzunehmen.“ *mc*

Mazedonien: Militärhilfe

Vor 14 Tagen weilte Bundesverteidigungsminister Rühe in Mazedonien. Dort unterzeichneten er und sein mazedonischer Amtskollege Handjiski eine Vereinbarung, nach der die Bundeswehr den Aufbau der mazedonischen Armee organisiert. Zu diesem Zweck werden u.a. ähnlich wie schon mit der albanischen Armee praktiziert, mazedonische Soldaten in der BRD geschult. Zur gleichen Zeit reiste der mazedonische Ministerpräsident Crvenkovski nach Bonn. Dort gab es ein Abkommen über den Bau einer für die Bundesregierung strategisch wichtigen Eisenbahnverbindung zwischen Mazedonien und Bulgarien, Wert: 30 Millionen DM. Ein weiteres Finanzabkommen sieht vor, daß die BRD 174 Millionen DM der Auslandsschulden Mazedoniens übernimmt.

Rumänien: Deutsche Rekolonisierungspläne

Intensiv bemüht sich die Bundesregierung um eine Rekolonisierung Rumäniens. Vor zwei Wochen war der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Spranger vor Ort in der rumänischen Stadt Sivu (ehemals Hermannstadt), um die Bedingungen für die Wiederansiedlung Deutscher in der Region auszuloten. Ihm folgte eine Woche später der parlamentarische Staatssekretär des Innern Waffenschmidt. Und vor einer Woche wurde der rumänische Ministerpräsident Ciorbea zum Rapport nach Bonn zitiert, um sich die Bedingungen für die Wiederansiedlung anzuhören.

Im Mittelpunkt des Aufenthalts von Spranger standen Gespräche mit Vertretern der Evangelischen Kirche A.B. (Augsburger Bekenntnis), die eine Schlüsselrolle bei der geplanten Wiederansiedlung spielt. Mit Unterstützung der Bundesregierung versucht diese, den unter der sozialistischen Regierung verstaatlichten Haus- und Grundbesitz zurück zu bekommen. Bischof Klein sagte Spranger, ein Verein „Arche Noah“ organisiere die Rückführung und Wiederansiedlung von Deutschen in Rumänien. Der zentrale Punkt sei aber, daß die Deutschen ihren ehemaligen Besitz wieder bekommen müßten.



Am 1. April zerstörte ein nach fachkundigen Angaben professionell installierter Sprengsatz das Denkmal des letzten Zaren Nikolaus II. Die 18 Meter hohe Statue war vor einem Jahr von dem monarchistischen Bildhauer Klykow in einem Moskauer Vorort aufgestellt worden. Bekannt zu dem Anschlag hat sich eine „Rote Arbeiter - und Bauernarmee“.

Um diese Frage zu klären, war der rumänische Ministerpräsident nun in Bonn. Er erklärte: „Dort, wo die Gebäude nicht besetzt sind, können sie, so denke ich, gleich zurückgegeben werden.“ Man sei auch bereit, in den Fällen, in denen die Häuser nur zeitweilig von anderen Bewohner besetzt seien, zu versuchen, „den Deutschen den Besitz zurück zu erstatte“. Ende Mai reist Kinkel nach Rumänien.

Deutsche Kolonatoren auch in der Steiermark.

„Sie sind im Laufe der Jahre in der deutschen Bevölkerung aufgegangen“, meint Werner Reiter, der Bürgermeister von Bad Radkersburg, über die seiner Meinung nach nicht mehr vorhandenen steirischen SlowenInnen. Zu dieser Stimmung passen auch die Sprüche ganz gut, die am Rathausturm und auf einem Torbogen in Bad Radkersburg noch immer zu lesen sind: „Des Führers der uns ward, seid deutsch – bleibt einig.“ „... daß Steirer Steirer bleiben – und Steiermark des Reiches Mark.“ Und: „... Auf ehrlich Deutschem Grunde ...“

Grüne und Liberales Forum haben im Steirischen Landtag

den Antrag eingebracht, die Tafeln durch die Anbringung eines zusätzlichen Hinweises als „Mahnmal einer unseligen Epoche“ erkennbar zu machen. Diese Aktion soll als Beitrag des Landes Steiermark zum Europäischen Jahr gegen Rassismus gelten. Die Steiermark hat als einziges Bundesland noch keinen Beitrag zu dieser Europäischen Antirassismus-Initiative vorgelegt. Der schon erwähnte Bürgermeister von Bad Radkersburg meint wohl, es sei ja alles nicht so schlimm, wenn er darauf hinweist, daß es sich bei den Tafeln nicht um NS-Schriftdokumente handelt, sondern diese aus der Zeit des „Abwehrkampfes“ stammen. Laut Tagblatt des Jahres 1929 sind die Tafeln jenen RadkersburgerInnen gewidmet, „die bereit waren, ... die südsteirische Heimat mit ihrer deutschen Kultur aus dem Slavenjoch zu befreien.“ (TATblatt, gekürzt)

Albanien: Geschaßter König kommt zurück

Der selbsternannte Thronpräsident Albaniens, Leka I., hat sich in Albanien zurückgemeldet und alte Machtansprüche reklamiert. Sein Vater Zogu I.

hatte sich 1928 zum König von Albanien ernannt, mußte aber 1939 beim Einmarsch der Italiener samt seinem Sohn ins Exil gehen. Dieser ernannte sich 1961 nach dem Tode seines Vaters zum König von Albanien. Auf internationaler Ebene ist Leka I. als illegaler Waffenhändler bekannt und berüchtigt. 1977 wurde er nach Durchsuchung seines Hotelzimmers aus Thailand wg. illegalen Waffenhandels ausgewiesen. 1979 mußte er Spanien verlassen, nachdem in seinem Haus ein illegales Waffenlager entdeckt wurde. Sein Hauptdomizil hatte er jahrelang bei dem Siedlerregime in Rhodesien. Dort zog er fluchtartig ab, nachdem die Befreiungskräfte der Patrioten Front gesiegt hatten und das Siedlerregime zum Teufel jagten. Leka I. ging in den Apartheidstaat Südafrika. 1982 schickte er eine Söldnertruppe an die albanische Küste, um einen Umsturz herbeizuführen. Das Unternehmen scheiterte. Diesmal steht zu befürchten, daß sein Vorhaben erfolgreicher sein wird. Seine Exil-Partei „Legaliteti“ ist in Albanien inzwischen zugelassen und stellt in der Übergangsregierung des Sozialisten Fino den Justizminister. Dieser hat nun durchgesetzt, daß im Sommer eine Volksabstimmung in Albanien stattfindet, ob die Monarchie wieder eingeführt werden soll.

Bundeswehr: Mit dem Eurokorps nach Afrika

Auch in Afrika tun sich für die BRD wieder neue alte Ziele auf. Diesmal europäisch verkleidet. Der kommandierende General des Eurokorps hält es für möglich, daß seine Truppe auch außerhalb Europas eingesetzt werden könnte. Vor der Münchner Gesellschaft für Auslandskunde sagte der französische General auf die Frage, ob er von Überlegungen wisse, daß angesichts der Entwicklungen in Afrika das Eurokorps als „Afrikakorps“ Verwendung finden könne: „Das ist eine Frage der Politik. Wir schärfen unser Werkzeug für verschiedene Aufgaben, entscheiden muß die Politik.“ Neben Frankreich, Spanien, Belgien und Luxemburg stellt auch die Bundeswehr starke Kontingente fürs Eurokorps.

(Zusammenstellung: hav)

Thüringer Demonstration gegen rechte Gewalt am 10. Mai in Erfurt

ERFURT. In dem ausführlichen Aufruf heißt es u.a.: Auch in Thüringen herrscht rechte Gewalt. Wöchentlich werden Anschläge auf AusländerInnen und Linke verübt. Am 28. März wurde ein Togoer am Erfurter Bahnhof von fünf Deutschen angegriffen und mit Messern schwer verletzt. Neuerdings verfügt die Thüringer Anti-Antifa über eine „Todesliste“, die sich, wie Innenminister Richard Dewes (SPD) gegenüber dem MDR berichtete, „augenfällig nur gegen Aktive der linken Szene richtet“.

Die Zerschlagung des „Sozialstaates“ zugunsten des Großkapitals lässt im täglichen Kampf ums Überleben in der allgegenwärtigen Angst um den Arbeitsplatz Toleranzgrenzen verschwinden oder einer Gleichgültigkeit à la Rostock weichen. Ausschreitungen von einheimischen Bauarbeiteuren gegen ausländische Kollegen sind Ausdruck dafür.

Am 1. März wurde bei der rechten Demonstration gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ der offene Schulterschluß zwischen neofaschistischem Terrorismus und Nationalkonservativen vollzogen (Röder – Mechtersheimer – Gauweiler – Lummer). Hinter den Kulissen formiert sich eine neue nationale Rechte. Die Bundestagsmehrheit hat sie durch die Zerschlagung des Asylrechtes, die Visaverordnung für Kinder und Jugendliche ohne deutschen Pass und andere fremdenfeindliche Gesetze in ihrem Tun bestärkt.

Wir wollen dem nicht mehr nachgeben und rufen deshalb am 10. Mai 1997 zu einer thüringenweiten Demonstration auf. Gegen rechte Gewalt! Gegen Rassismus in Staat, Medien und Gesellschaft! Für ein ausländerfreundliches Klima in Thüringen! A.L., CL-Netz

21 Haushalte beteiligen sich an der Agenda 21

MÜNCHEN. 21 Haushalte wollen ab Mai ein Jahr lang nach den Leitlinien der Agenda 21 leben und zeigen, wie eine umwelt- und sozialverträgliche Haushaltsführung in Zukunft aussehen kann. Die Stadt München hat sie aus 100 Be-



SUHL. Särgen gleichen die schwarzen Kisten der Kontrabässe in der Suhler Thüringen-Philharmonie. Mit einem Hungerstreik wollen 20 der 75 gekündigten Musiker den Erhalt des Orchesters erreichen. Viele Suhler Bürger und Künstler haben sich solidarisch erklärt. Nach einer Woche Hungerstreik bietet der Stadtrat schließlich 1,5 Mio. DM an. Suhl ist gespalten, denn andere werden nun notfalls bluten müssen, Kindergarten, Bibliothekare ... Das Land Thüringen will nur noch 49% mitfinanzieren.

werbungen ausgewählt. Sie führt das Projekt zusammen mit dem Bund Naturschutz, der Münchner Volkshochschule und dem Bundesdeutschen Arbeitskreis für umweltbewußtes Management durch. Die Haushalte werden u.a. Produkte aus ökologischem Anbau testen, die Arbeitsteilung im Haushalt prüfen, Car-Sharing ausprobieren sowie spezielle Münchner Angebote wie den Reparaturführer kritisch unter die Lupe nehmen. Ihre Erfahrungen sollen später anderen Haushalten als Hilfestellung dienen. *MLB 8/97*

Kurdische und türkische Mütter gemeinsam gegen Verschwindenlassen

STUTTGART. Am 5. April beteiligten sich rund 120 Menschen an der Aktion der Samstagsmütter in Stuttgart. Die Initiative der Istanbuler Samstagsmütter besteht nun seit 97 Wochen. In Stuttgart veranstalteten Frauen aus sieben kurdischen und türkischen Organisationen und Vereinen gemeinsam die nun zum fünften Mal stattfindende samstägliche Protestkundgebung. Mit großen Fotos wurde auf die Verschwundenen aufmerksam gemacht. Allein im Monat März „verschwanden“ in der Türkei zwölf Menschen. In den Redebürgen wurden einige der Opfer des Verschwindenlassens dargestellt. In einem

Beitrag wurde gegen die häufigen rassistischen Brandanschläge gegen ausländische Menschen in der BRD protestiert und dazu aufgerufen, sich gemeinsam – Deutsche und ImmigrantInnen – dagegen zur Wehr zu setzen. Die Samstagsmütter werden am 31. Mai eine Informationsveranstaltung im Alten Feuerwehrhaus in Heslach durchführen.

b.w.

„Erfolgs“meldung der Republikaner im Stuttgarter Gemeinderat

STUTTGART. „1,2 Millionen über Asyl, Personal und Werbung eingespart“, laut Infoschrift 1/97 der Reps „Aus dem Gemeinderat“ zwar nur ein kleiner, aber doch ein Erfolg, den sie sich auf ihre Fahnen schreiben.

Denn sie forderten u.a. eine Reduzierung der Aufwendungen für abgelehnte Asylbewerber um 8,5 Millionen Mark und die Kürzung der Ausgaben für Asylbewerberunterkünfte um 4,5 Millionen Mark.

Platte Vergleiche wie: 36 Millionen für den Lebensunterhalt von Asylbewerbern und Flüchtlingen und nur 19 Millionen für Bau und Erhalt der Kindergärten sollen wieder einmal Haß schüren. Klar, auf einmal sind dann auch die Republikaner gegen die Erhöhung der Kindergartengebühren, obwohl sie doch sonst gerade zur außerfamiliären Erziehung ein schlechtes Verhältnis haben.

Dagegen gehen sie mit den Armen nicht zimperlich um: „Besonders die Linken im Gemeinderat glauben, mit kostenträchtigen Betreuungsangeboten auch noch den letzten vermeintlichen Hilfsbedürftigen einfangen zu können.“

unb

Protest gegen neue Domplattenverordnung

KÖLN. Am ersten April trat eine neue Nutzungsverordnung für die Domplatte in Kraft. Diese Nutzungsverordnung richtet sich gegen



Arme und Obdachlose. Die von der neuen Verordnung betroffenen Menschen protestierten vor Ort. Eine originelle Idee war die symbolische Reinigung der Domplatte mit Wasser und Schrubber. Von Wohnungslosigkeit Betroffene und Mitglieder verschiedener Obdachloseninitiativen führten diese „Putzaktion“ sehr medienwirksam durch. Am Nachmittag bis in den Abend trafen sich MontagsdemonstrantInnen, Gaukler, Pflastermaler, Musiker, Anhänger der Klagemauer und viele andere. Sie demonstrierten mit Kaffee, Tee, Bier, Brötchen, Sitz- und Stehdemonstrationen, daß die städtische Aktion „Saubermann“ für die Domplatte von den EinwohnerInnen und Einwohnern Kölns nicht geduldet werden muß.

uld

Letzte Vorbereitungen getroffen ...

MANNHEIM. In Mannheim trafen sich am 4. und 5.4. rd. 120 VertreterInnen und Vertreter von regionalen und örtlichen Initiativen „Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung“ zur Beratung der letzten Vorbereitungen des großen Marsches mit Abschluß in Amsterdam.

Die TeilnehmerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet einschließlich der neuen Bundesländer berichteten von den bisherigen Aktivitäten. Obwohl insgesamt noch nicht eine „Massenstimmung“ für den Marsch geschaffen werden konnte – das wird sich in den nächsten Wochen vor dem Beginn gewaltig ändern, wie fast alle Teilnehmer berichteten – gewinnt die Bewegung an Breite, vor allem auch durch das teilweise Einklinken von großen Gewerkschaftsgremien.

In München, Mannheim und Frankfurt z.B. gab es Beschlüsse der Vertreterversammlungen der IG Metall, den „euro-marsch“ zu unterstützen. Zustimmungs- und Unterstützungsdeklärungen der Gewerkschaft Medien lagen der Konferenz ebenso vor wie solche aus dem DGB Karlsruhe und einigen anderen Großstädten der BRD. In vielen Großstädten werden im Rahmen der Mai-kundgebungen der Gewerkschaften Informationsstände und andere Aktivitäten der Initiativen zum „euro-marsch“ stattfinden. So z.B. auch in Mannheim, wo das Bündnis „euro-marsch“ die offizielle Genehmigung des DGB bekam, am 1. Mai auf dem Kundgebungsplatz einen großen Informationsstand zu errichten.

Festgelegt wurden auch die letzten Einzelheiten der fünf bundesdeutschen Marschsäulen nach Amsterdam, wo dann am 14. Juni eine große Demonstration mit Abschlußkundgebung stattfindet. Diese Kundgebung soll vor allem die TeilnehmerInnen und Teilnehmer der am 16. und 17. Juni in Amsterdam stattfindenden Maastricht-II-Beratung der Regierungen der EU darauf aufmerksam machen, daß sich in der EU die soziale Situation dramatisch verschlechtert hat, daß es im Europa der EU rd. 20 Millionen Erwerbslose und über 50 Millionen unter der Armutsgrenze lebende Menschen gibt.

Letzte Einzelheiten des Marsches von Basel nach Amsterdam wurden festgelegt. Haltestops und öffentlichkeitswirksame Aktionen finden u.a. in Freiburg, Colmar, Strassbourg, Karlsruhe, Mannheim, Frankfurt/M, Mainz, Koblenz Schengen (Luxemburg), Aachen, Liège, Maastricht statt. Die TeilnehmerInnen aus Bayern und Württemberg treffen in Mannheim am 16.

Mai mit denen der Rheinschiene aus Basel zusammen.

Weitere Marschsäulen beginnen am 31. Mai in Demmin (Mecklenburg), am 1. Mai in Frankfurt/Oder und treffen am 23. Mai in Stadthagen (Niedersachsen) auf die Marschsäule Westfalen, die dann über Bielefeld, Dortmund, Bochum, Oberhausen, Duisburg nach Köln zieht, von wo sie mit dem Schiff nach Nijmegen (Holland) fährt.

Die Konferenz verabschiedete trotz teilweise unterschiedlicher Meinungen in politischen Detailfragen ein „Abschlußkommuniqué“, in dem noch einmal die gemeinsamen Ziele des „euro-marsches“ betont, aber auch neue Entwicklungen seit der gemeinsamen „Brüsseler Konferenz“ von Februar diesen Jahres angesprochen und bewertet werden. So wurde die bisherige Haltung der DGB-Spitze und einiger Einzelgewerkschaften scharfer Kritik unterzogen.

Nicht die Suche nach einer gemeinsamen Haltung der Gewerkschaften zum EURO müsse im Mittelpunkt gewerkschaftlicher Aktivitäten stehen, sondern vor allen der gemeinsame Kampf gegen das wachsende Elend in der EU.

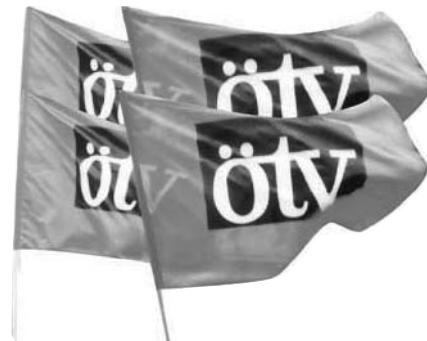
Zu Beginn der Konferenz sprachen Léon Crémieux (Paris) von der französischen Erwerbslosenbewegung und Angelika Klein vom zentralen Bundesbüro „euro-marsch“ in Berlin. Die TeilnehmerInnen verließen die Konferenz mit der Gewißheit, daß der „euro-marsch“ gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung die erste große internationale gemeinsame Aktion der europäischen Linken sein wird, der noch viele weitere folgen sollen.

uz/WE, Kommunal-Info Mannheim



sprächen mit allen Trägern von AB-Maßnahmen in Essen und der Politik nach einer Lösung gesucht wird, ehe es zu einem Beschuß im Stadtrat kommt, „heißt es in einer Stellungnahme. Nach dem Willen der SPD sollen auch im Programm Arbeit statt Sozialhilfe die Löhne auf 80% abgesenkt werden. Ausgerechnet in dem Programm, in dem Land und Kommunen das alleinige Sagen haben, läuft die SPD ohne Not der Bundesregierung hinterher.

Ein Antrag der Grünen, der die weitere Lohnabsenkung ausdrücklich verhindern sollte, wurde von der SPD im Stadtrat abgelehnt: „Hier wird die Not der Betroffenen in rücksichtloser Art und Weise ausgenutzt, um sie für Dumpinglöhne arbeiten zu lassen. Gleichzeitig werden



tariflich gesicherte Beschäftigungsverhältnisse auch bei der Stadtverwaltung weiter abgebaut. SPD und Verwaltung haben damit das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ endgültig über Bord geworfen“, heißt es in einer Pressemitteilung der Grünen.

Die ÖTV weist darauf hin, daß bei einer auf 80% abgesenkten Bezahlung viele Beschäftigte ergänzende Sozialhilfe bräuchten. Der „Einspareffekt“ könnte so für die Stadt Essen zu einem Schuß nach hinten werden. Zudem könne keiner garantieren, daß die Bundesregierung die Förderhöhe im nächsten Jahr nicht noch weiter absenkt und damit den Druck auf die Arbeitslosen verschärft und das bestehende Tarifsystem weiter unterhöhlt. Die ÖTV sucht eine Einigung auf dem Verhandlungsweg mit der Stadt. Sollte sie nicht gefunden werden – daran läßt die ÖTV keinen Zweifel – will sie über den Personalrat der Stadt die AB-Maßnahmen blockieren.

syb

ÖTV

Keine Senkung der ABM-Löhne

ESSEN. ABM-Beschäftigte sollen nur noch 80% des tariflichen Entgeltes erhalten. Dies ist eine Folge des Arbeitsförderungsreformgesetzes, das am 1.4.1997 in Kraft trat. Mit dem neuen Arbeitsförderungsgesetz verschärft die Bundesregierung ihren Angriff auf die Arbeitslosen. Mit ihrer Bundesratsmehrheit haben die SPD- und rot-grün-regierten Länder erfolglos versucht, das Gesetz zu blockieren. Auf kommunaler Ebene spart die SPD in Essen dagegen an der nötigen Gegenwehr.

Als Affront wertet die ÖTV das Verhalten der SPD-Ratsmehrheit: „Wir waren davon ausgegangen, daß erst in Ge-

Unitarier

Demonstration gegen das Bundestreffen

HAMELN. Vom 1. bis 4. Mai 1997 veranstaltet die DUR in Hameln ihren „Unitarientag“. Zu diesem Zweck stellt die Stadt Hameln ihr das städtische Weserberglandzentrum zur Verfügung und der Oberstadtdirektor Werner Lichtenberg (SPD) richtet ein Grußwort an die völkisch-rassistische Sekte.

Die DUR wurde 1947 bei Hameln von hochrangigen Nazifunktionären gegrün-



in Mannheim am 16.

Demo gegen den § 218 am 26. April in Passau

Zu einer bayernweiten Demo ruft das feministische Frauenzentrum Chrysalis in Schweinfurt auf. Ihre Forderungen: Ersatzlose Streichung des § 218! Keine bayerische Sondergesetzgebung! – Auch bei der FDP tut sich was: Sie beschloß auf ihrem Landesparteitag in Amberg die Einleitung eines Volksbegehrens gegen den bayerischen Sonderweg.



CSU/CDU gegen eine solidarische Stadt

„Sozialdetektive“

Der sozialpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe in Bonn, Ramsauer, forderte letzte Woche eine gesetzliche Verpflichtung der Kommunen, Ermittler für die Sozialämter einzustellen. Kauder, CDU-Generalsekretär in Baden-Württemberg, drängt sich gleich zu ihm: „Der Einsatz von Sozialdetektiven muß in einem bundesweiten Modellversuch für zwei Jahre erprobt und bei entsprechenden Ergebnissen gesetzlich vorgeschrieben werden.“ Wie die neue Berufsbezeichnung schon sagt, soll Sozialhilfeempfängern nicht bei den schwierigen Unterstützungsanträgen geholfen werden werden, sondern „Detektiv“-Arbeit wird verlangt, Beobachten, Aufspüren und Aufdecken von „Sozialhilfetrügern“. Logischerweise stehen dabei auch nicht Problemlösungen an, sondern Anprangerung, Isolierung oder gar Bestrafung von Hilfsbedürftigen.

Natürlich wurden gleich Beispiele gefunden, wo dies ja schon im Keim funktioniere. So das Bad Reichenhaller Landratsamt, das vier fröhpensionierte Polizei- und Zollbeamte auf 610-Mark-Basis als „Ermittler“ ausschickt. Einer von ihnen ist Johannes Tschamler. Er betonte gegenüber der Presse, daß er niemanden heimlich überwache, vielmehr ganz offen ermitte und direkt auf die Betroffenen zugehe. Sein Beispiel zeigte aber das Gegenteil: „Letzten war ich bei einer Frau, bei der wir Zweifel hatten, ob die noch Anspruch auf Sozialhilfe hat“, erzählt er. Da habe er geläutet und gefragt, wann er die Frau sprechen könne. Daraufhin habe ihr Lebensgefährte geantwortet: „Immer nachmittags um halb zwei.“ Tschamler fragte nach, ob sie da von der Arbeit heimkomme. Der Mann bejahte und Tschamlers Ermittlungen waren abgeschlossen.

Angeblich sollen mit den „Ermittlungen“ Kosten eingespart werden. Als Paradebeispiel tauchen immer wieder die jeweils 250.000 Mark auf, die zwei „Außenermittler“ im Main-Kinzig-Kreis in der Nähe von Frankfurt an zuviel gezahlten Leistungen hereingeholt hätten. Doch selbst dieses Amt hält nichts von dem CSU/CDU-Ausforschung-Plan. Der Mißbrauch der Sozialhilfe sei nachrangig im Vergleich zur steigenden Zahl der Menschen, die Leistungen beantragen. In ganz Deutschland liegt die „Mißbrauchs-Quote“ nach Meinung des Deutschen Caritasverbandes bei etwa 2,5 bis 5 Prozent.

Der CSU/CDU-Vorschlag fördert vielmehr eine Blockwart-Mentalität und zielt auf das Aufbrechen einer solidarischen Stadtgemeinschaft. Auf dieser Basis kann Waigel jetzt auch die weitere Sozialhilfe-Attacke ankündigen: „Die grundsätzliche Frage muß erlaubt sein, ob Ausländer bei der Leistungshöhe mit deutschen Staatsbürgern gleichbehandelt werden müssen.“ baf

Zwangarbeit bei den Adlerwerken

Dresdner Bank muß Verantwortung übernehmen

FRANKFURT. Zur Zeit des Nationalsozialismus beantragte auch die Leitung der damaligen Adlerwerke in Frankfurt Zwangsarbeiter für ihre Produktion und ließ gar auf ihrem Gelände ein KZ mit dem Decknamen Katzbach errichten.

Der Verein Leben und Arbeiten im Gallus und in Griesheim (LAGG), der aus einer Betriebsratsinitiative bei Triumph Adler hervorgegangen ist, hat 1995 anlässlich des 50. Jahrestags der KZ-Evakuierung und des damit verbundenen Todemarsches nach Buchenwald eine Demonstration durchgeführt und dadurch dieses Kapitel der Geschichte der Adlerwerke und Frankfurts erst bekanntgemacht.

Letztes Jahr hatte der Verein und eine neu gegründete „Initiative gegen das Vergessen“ einen Wettbewerb für einen Denkstein für die 528 ermordeten Zwangsarbeiter der Adlerwerke und des KZ Adlerwerke (Katzbach) ausgeschrieben.

Ausgewählt wurde eine Arbeit des Frankfurters Dieter Bührmann. Im Sommer ist die Einweihung auf dem Hauptfriedhof geplant, der Antrag an das Friedhofamt ist gestellt.

Um die elf noch überlebenden ehemaligen Zwangsarbeiter zur Einweihung einzuladen zu können, werden Institutionen, Gruppen und Einzelpersonen gesucht, die Patenschaften und damit einen Teil der Reisekosten übernehmen.

Die Forderung des Vereins an Triumph Adler und an den früheren Mehrheitsaktionär Dresdner Bank ist seither, den elf überlebenden Zwangsarbeitern eine angemessene Entschädigung zu zahlen.

Der Verein hat inzwischen ein Aktienpaket der Dresdner Bank gekauft, um bei der Jahreshauptversammlung am 23. Mai Anträge stellen zu können. Ein Antrag wurde vorbereitet, der die Aktionäre auffordert, der Zuführung von einem Pfennig der beantragten Renditeerhöhung pro Aktie (von 1,35 auf 1,55 DM) in einen Fonds zur Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter der Adlerwerke zuzustimmen. Die Dresdner Bank war Aktionär der Adlerwerke und im Vorstand vertreten. udi

det. Sie grenzte sich von Beginn an von anderen unitarischen Glaubensgemeinschaften ab und verstand sich im Gegensatz zu ihnen als speziell deutsche, nicht-christliche Organisation. Doch nicht nur ihre Gründung zeigt die Traditionslinie von der Deutschen Glaubensbewegung um Jakob Wilhelm Hauer auf, in der diese völkisch, nationalistisch und rassistisch motivierte Gemeinschaft steht: Ihre Kontakte reichen weit hinein in die NPD, die „Republikaner“ und das vom Verfassungsschutz Hamburg 1995 als „national-völkischer Kulturverein“ bezeichneten „Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes“. Ihre Räumlichkeiten stellte die DUR regelmäßig dem „Freundeskreis Filmkunst“ (FKFK) und auch der „Gesellschaft für freie Publistik“ (GfP) zur Verfügung. Die GfP wurde vom Bundesamt für Verfassungsschutz in dem jüngsten Bericht als „größte rechtsextreme Kulturvereinigung“ bezeichnet. In einem offiziellen Publikationsorgan der DUR fand sich denn auch seinerzeit der Aufruf „Freiheit für Rudolf Heß“, inhaftierter Kriegsverbrecher und Hitler-Stellvertreter.

Daß die DUR nach wie vor zu ihrer Tradition steht, was sie durch die Ehrung ihrer Vorkämpfer, den Nachdruck von oder die Werbung für einschlägige rechte Literatur dokumentiert, faßte auch das Landgericht Berlin 1990 zusammen. Die DUR hatte erfolglos versucht, gegen auf sie gemünzte Bezeichnungen wie „Nazi-Sekte“, „völkisch-rassistische Sekte“ und „nazistische Tarnorganisation“ gerichtlich vorzugehen. Ihre Kritiker überzieht sie regelmäßig mit juristischen Verfahren, um ihre Geschichte und Ideologie zu verschleiern und um sich in der Mitte der Gesellschaft etablieren zu können. Das Landgericht Berlin stellte hingegen fest, „daß bis in jüngste Vergangenheit beim Kläger [der DUR] in maßgeblichen Positionen solche Personen tätig waren, die eben nationalsozialistisches Gedankengut vertreten haben“.

Wir wenden uns hiermit entschieden gegen die gesellschaftliche Aufwertung der „Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft“ und fordern alle Menschen auf, sich unserem Protest anzuschließen und öffentlich gegen dieses Treffen Stellung zu beziehen.

Antifaschistische Infogruppe Celle

Demonstration am 3. Mai in Hameln, Treffpunkt: Busparkplatz hinter der Rattenfängerhalle, 13.00 Uhr.

Die Bundeswehr präsentiert sich bundesweit

KÖLN. „Verständnis wecken statt Zähne zeigen“ unter diesem Motto warb die Bundeswehr in der Lüttich-Kaserne in Köln-Longerich am Wochenende mit einem Tag der Offenen Tür. Nach Presseangaben kamen 20 000 Besucher. Zu Erbseneintopf und Platzkonzert wurde militärisches Großgerät gezeigt, z.B. der „Spähpanzer Luchs (z.Z. auch im ehemaligen Jugoslawien eingesetzt)“, wie der Aussteller stolz mitteilt.

„Wir wollen damit keine militärische Stärke demonstrieren, sondern Ausrüstung zeigen“, erklärte die Pressestelle der Lüttich-Kaserne ganz frech. War nicht der Einsatz kürzlich in Albanien eine militärische Demonstration? In der Bundesrepublik will man vorerst eine Art Lagerstimmung erzeugen: „Dazu gehören Stationen wie Leben im Felde, Überwinden der Hindernisbahn, Waffenstationen ...“

Die Ausstellung ist die größte mobile Ausstellung und der Beginn einer bundesweiten Rundreise der Ausstellung „Unser Heer“, die in Köln stationiert ist. Zahlreiche Orte in NRW, Hessen, Niedersachsen und Thüringen folgen:

17.4. Iserlohn, 24.4. Velbert, 1.5. Paderborn, 8.5. Warburg, 6.6. Cuxhaven, 12.6. Stade, 19.6. Celle, 26.6. Wolfsburg, 3.7. Einbeck, 29.8. Mühlhausen, 4.9. Altenburg, 11.9. Gera, 18.9. Weimar, 25.9. Eisenach.

Vor allem Schüler versucht die Ausstellung anzusprechen. Daß die Tour nach den Ostermärschen beginnt, ist bestimmt kein Zufall. Oberstleutnant Ernst-Volker Langemeyer, der die Ausstellung leitet, erklärte: „Wir gehen ganz bewußt in die Öffentlichkeit und wollen uns der Bevölkerung zeigen.“ In letzter Zeit war es um die Ausstellung ruhig geworden, weil an vielen Orten immer wieder Protestaktionen stattfinden. Nachdem die Bundeswehr jetzt immer weiter weltweit eingesetzt wird, will man diese Einsätze verstärkt auch propagandistisch nutzen: „Unser Ziel ist es, dieses Informati-



onsdefizit im offenen und ehrlichen Gesprächen zwischen Bürgern und Soldaten abzubauen“, ist die Begründung für das rührige Treiben der Kölner Einsatztruppe. Lang her ist es, daß die Bundeswehr in Köln so frech auftreten konnte. Die Ankündigung kam für die Kölner Linke etwas überraschend. Dagegen leistete die DFG/VK-Ortsgruppe Velbert/Heiligenhaus (bei Wuppertal) bereits schon lange Widerstand. jöd

Der Rat der Stadt Velbert hat in seiner im Jahre 1996 letzten Ratssitzung mit einer 3-Stimmen-Mehrheit von CDU und „Velbertanders“ einen Beschuß aufgehoben, in dem es heißt: „Der Rat der Stadt mißbilligt die Durchführung von Manövern und kriegsverherrlichenden Waffenschauen (z.B. „Unser Heer“) auf dem Stadtgebiet.“ Damit ist dem Wunsch der Bundeswehr Folge geleistet worden, eine Wehr- und Waffenschau auf Velberter Gebiet durchführen zu können.

Diese findet nun voraussichtlich vom 22. bis 28. April auf dem Pilgerparkplatz in Velbert-Neviges statt. So weit bekannt ist, ist dies bundesweit der erste „erfolgreiche“ Versuch, einer Stadt oder Gemeinde, die sich in den achtziger Jahren zur atomwaffenfreien Zone erklärt hat, diese Selbstverpflichtung auf parlamentarischem Wege wieder ab-

zusprechen. Vertreter von CDU und „Velbert anders“ haben in den Ausschusssitzungen erklärt, daß sie voll und ganz hinter der Bundeswehr stehen. Die Bundeswehr selber braucht, um ihre neue außenpolitische „Kriegspolitik“ in Ruhe durchführen zu können, eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung. Um diese zu erreichen, wurde in den letzten Jahren eine riesige Werbekampagne u.a. in den Medien gestartet (1995 für 160 Mio. DM). Nach mehreren öffentlichen Veranstaltungen in den fünf neuen Bundesländern ist 1997 mal wieder schwerpunktmaßig Westdeutschland dran. Im ersten Halbjahr „beglückt“ die Bundeswehr da insbesondere NRW. Mit ihren Kampagnen versucht die Bundeswehr gerade bei jüngeren Menschen einen positiven Eindruck zu hinterlassen. au CL-Netz

aus dem Flugblatt von DFG/VK

○ Soll die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ nach Potsdam?

Am 11. März beriet die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung über einen PDS-Antrag, die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ als Dauerausstellung nach Potsdam zu holen. Aus Moskau und Minsk liegen bereits Bewerbungen vor. FDP, CDU, SPD und Grüne stimmten gegen den Antrag, der so scheiterte. Ein SPD-Stadtverordneter meinte, die Ausstellung greife die ganze Wehrmacht und also auch Ex-Hauptmann Helmut Schmidt und Ex-Hauptmann Richard von Weizsäcker an. Hier der Antrag und Auszüge aus der Rede des PDS-Sprechers Scharfenberg.

Antrag: Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ als Dauerausstellung nach Potsdam zu holen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Voraussetzungen für eine solche dauerhafte Ansiedlung zu prüfen und die notwendigen Gespräche mit den Verantwortlichen der Ausstellung zu führen.

Aus der Rede von Dr. Scharfenberg:

„... die ... Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ ist wohl zur politisch umstrittensten Ausstellung dieses Jahrzehnts geworden. ... wird anhand historischer Dokumente der Nachweis geführt, daß Angehörige der Wehrmacht an entsetzlichen Verbrechen des 2. Weltkriegs beteiligt waren. Die „Zeit“ schrieb ...: „Da zerrinnt die Legende von der sauberen Wehrmacht, die fern von allen Naziverbrechen nur tapfer und treu das Vaterland verteidigt hat.“ Diesen Teil der deutschen Vergangenheit, die unser aller Vergangenheit ist, zur Kenntnis zu nehmen und nicht zu verdrängen, ist wichtige Voraussetzung dafür, daß sich so etwas nicht wiederholt. Die Ausstellung soll in diesem Sinne Mahnung und gesellschaftlicher Diskurs für heutige und künftige Generationen sein. Warum soll ausgerechnet Potsdam der Ort für eine dauerhafte Ansiedlung dieser Wanderausstellung sein, die übrigens bis ins Jahr 1999 hinaus ausgebucht ist? Es gibt eine Offerte von Hannes Heer, dem Leiter der Ausstellung, der Potsdam als geeigneten Ort ansieht. Das allein sollte Anlaß sein, sich zu dieser Frage zu äußern. Die Stadt Potsdam ist in besonderer Weise mit der Entwicklung des Faschismus in Deutschland verbunden. Hitler holte sich unter großem Pomp in der Potsdamer Garnisonkirche die höhere Weihe als Diktator mit ungeheurer Machtfülle. Der Ruf Potsdams als Stadt preußischer Traditionen, insbesondere als Stadt des Militärs, wurde dabei bewußt genutzt und in Anspruch genommen. Der wirkt auch heute noch vor allem in der Außenansicht nach ...“

„Gemeinsames Handeln gegen Faschismus, Rassismus und Nationalismus“

Bundesweit mobilisieren derzeit neofaschistische Kreise zu einer „Demonstration des nationalen Widerstands“, zu der die „Jungen Nationaldemokraten“ zum 1. Mai nach Leipzig aufrufen. Die neofaschistischen Veranstalter selbst haben der Polizei großmäig erklärt, sie rechneten mit 10.000 Teilnehmern. Bei Redaktionsschluß stand angeblich ein Verbot des Aufmarsches der JN unmittelbar bevor. In diesem Fall wird in verschiedenen Städten, u.a. in Berlin, mit Ausweichaktionen der Neofaschisten am 1. Mai gerechnet. Vermutlich auf Druck der Landesregierung unter CDU-Rechtsaußen Biedenkopf sollte angeblich auch das Verbot einer antifaschistischen Gegendemonstration, zu der u.a. der PDS-Landesvorstand Sachsen aufruft, unmittelbar bevorstehen. So jedenfalls berichtete am 7. April die „Berliner Zeitung“. Dann bliebe noch immer die DGB-Kundgebung in Leipzig, zu der mehrere zehntausend Teilnehmer erwartet werden und die sicher auch keine Propaganda neofaschistischer Kreise dulden wird, als Ort der Gegenwehr und des Protests gegen die Neofaschisten.

Wir dokumentieren Aufrufe aus der IG

Dokument 1:

Das Nazi-Flugblatt

Der Text unter dem Kopf des untenstehend dokumentierten JN-Flugblatts lautet: „Die liberalkapitalistischen Systemparteien in der BRD sind unfähig und of-



fenbar auch unwillig, die soziale Not in Deutschland zu beheben. Ergebnis ihrer Politik: *Eine rapide zunehmende soziale Verelendung von Teilen unseres Volkes*, die alle Bonner Parteien in den letzten Jahrzehnten gleichermaßen herbeigeführt haben! Massenarbeitslosigkeit, Massenkriminalität, Tausende von Selbstmorden jährlich. Versagens der etablierten Politiker in Bonn. Ungesuchte Praktiken. Machtgier und kalter Egoismus sind ihre niederen Beweggründe.

Metall Leipzig, des PDS-Landesvorstands und Auszüge aus einem Bericht der Zeitung „Leipzigs Neue“ über den Widerstand gegen den geplanten JN-Aufmarsch.
(rül)

(Dokumente aus: Leipzigs Neue, Nr. 7/97)

„Leipzigs Neue“ zu den Vorbereitungen in Leipzig gegen den Neonazi-Aufmarsch

Der diesjährige 1. Mai wird für die Region Leipzig ein außerordentlicher Tag: Rechtsextreme blasen deutschlandweit zum Sturm, um in Leipzig unter Mißbrauch des Begriffs „Widerstand“ und mit dreister sozialer Demagogie massiv aufzumarschieren. Zunächst hatten sie den Wilhelm-Leuschner-Platz als Treffpunkt auserkoren; im Augenblick haben sie das Völkerschlachtdenkmal im Visier. Ihre erklärte Absicht: „die Straße zurückzuerobern“ und Etappe für Etappe einen Erdrutsch nach rechts in Gang zu setzen. Dieses Ziel kann – unabhängig vom möglichen und nötigen Verbot des Naziaufmarschs – politisch nur durchkreuzt werden, wenn alle demokratisch und humanistisch gesinnten Leipziger

am 1. Mai auf den Beinen sind und Flagge zeigen.

Die IG Metall Leipzig lud schon im März zu einer Zusammenkunft ein

Von dieser Überlegung ging die IG Metall Leipzig aus, als sie nach einer Betriebsrätekonferenz Vertreter von Gewerkschaften, Parteien, Kirchen und Verbänden am 20. März zu einer Zusammenkunft einlud.

„Daß die IG Metall diese initiierte“, sagte die 1. Bevollmächtigte, Sieglinde Merbitz, „hat vor allem den Grund, daß wir als Gewerkschafter mit dem Versuch der Rechtsextremen, sich den 1. Mai anzueignen, besonders herausgefordert werden“.

Nach eingehender, teilweise auch kontroverser Diskussion über Wege und Akzente des Widerstands gegen die Nazi-provokation verständigten sich die Teilnehmer der Zusammenkunft auf die Aktion „Zivilcourage“. Der 1. Mai soll unter dem von Nikolaikirchen-Pfarrer Christian Führer angeregten Motto „Leipziger aller Meinungen vereinigt euch – es geht ums Ganze!“ als Tag des Kampfes für so-

kultureller Verfall sind die sicheren Anzeichen totalen Versagens der etablierten Politiker in Bonn. Ungebremste Profitsucht, Machtgier und kalter Egoismus sind ihre niederen Beweggründe.

Unter der Losung „Demonstration des nationalen Widerstands“ geht es dann im Nazi-Jargon weiter mit: „Jetzt die nationale, antikapitalistische Wirtschaftsordnung schaffen! Vorwärts im Kampf gegen die Macht der herrschenden Politiker!“

Dokument 1:

Die IG Metall Leipzig mobilisiert

Die Sache ist ernst! Auch wenn der Vergleich mit der Weimarer Republik schon arg strapaziert ist, genau so hat es schon einmal angefangen! Die wirtschaftlichen Probleme von heute sind in vielem mit den damaligen vergleichbar. Die Arbeitslosigkeit hat dramatische Dimensionen angenommen. Perspektivlosigkeit unter den Jugendlichen und den ins soziale Aus Gedrängten, Firmenschließungen und Massenentlassungen sind Dauerthemen auch in der Leipziger Region. Der Nährboden für faschistisches Gedankengut, für Ausländerhaß und Demokratiefeindlichkeit ist außerordentlich fruchtbar ...

Was uns vielleicht auch sonst trennen mag, die Angst um unsere Demokratie und der daraus wachsende Wille, sie zu

verteidigen, muß uns darin einig sein lassen, am Tag der Arbeit 1997 den Hetzern und Demagogen eine konzertierte Aktion aller Leipziger Demokraten entgegenzusetzen ...

Gerade an diesem 1. Mai 1997 darf nicht zugelassen werden, daß rechtsextreme Kräfte die Stadt besetzen. Und das funktioniert nur, wenn die Bürger Leipzigs an diesem Tag auch in ihrer Stadt auf den Füßen sind.

Zeigen sie ZIVILCOURAGE, ein geschlossenes Handeln der Bürger ist dringlichst geboten. Dieser ungeheuerliche Angriff auf unsere Stadt geht uns alle an, unabhängig von ihrer Stellung in der Gesellschaft. Alle Demokraten und Humanisten müssen verhindern, daß Nationalismus, Rassismus und Fremdenhaß in dieser Stadt nur den Funken einer Chance erhalten. Schon dem Versuch, in Leipzig aufzumarschieren, muß widerstanden werden.

(Sieglinde Merbitz, IG Metall Leipzig, am 20. März)

Dokument 2:

Erklärung des PDS-Landesvorstandes Sachsen

Die neofaschistische NPD und ihre Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ mobilisieren gegenwärtig bundesweit Anhänger für eine „Demonstra-

ziale Sicherheit und demokratische Grundwerte durchgeführt werden.

Ein „Bündnis gegen rechts“

Mit ähnlicher Zielstellung wendet sich ein von jungen Leipzigern im „Bündnis gegen rechts“ initierter Aufruf „an alle Antifaschistinnen, Antifaschisten, Demokratinnen und Demokraten: „Die Geschichte lehrt uns, daß ein gemeinsames Handeln gegen Faschismus, Rassismus und Nationalismus das Gebot aller demokratischen Kräfte sein muß“. Den Aufruf unterzeichneten bis zum 26. März bereits über 100 Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen, darunter PDS-Landesvorsitzender Reinhard Lauter, der Leipziger Stadtvorstand und die Stadtratsfraktion der PDS, Bündnis 90/Grüne in Leipzig, Grünes Jugendbündnis Sachsen, die IG-Metall-Jugend, Die Linke StudentInnengruppe „Conne Island“ u.v.a.m.

Was ist geplant für den 1. Mai in der Messestadt? Vor allem eine große Kundgebung auf dem Sachsenplatz. 9 Uhr beginnt hier das Vorprogramm; gegen 10 Uhr sprechen Prof. Porsch, Fraktionschef der PDS im Sächsischen Landtag, und Hajo Lucassen, DGB-Landesvorsitzender ... Am zeitigen Nachmittag geht's vom Sachsenplatz aus zum Ring – es wird mit einer mächtigen Demonstration gerechnet, die eindeutig klärt, was die Leipziger vom Angriff der Nazis auf ihre Stadt halten.

G. Braun in „Leipzigs Neue“, geringf. gekürzt

tion des nationalen Widerstands“ am 1. Mai 1997 in Leipzig.

Die Forderung der Nazis, „die nationale, antikapitalistische Wirtschaftsordnung jetzt (zu) schaffen“, ist der Versuch, mit sozialer Demagogie und in scheinbarer Solidarität mit den am stärksten von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau betroffenen Teilen der Bevölkerung den wachsenden Widerstand gegen die Bonner Kürzungs- und Demontagepolitik zu mißbrauchen und für ihre Ziele nutzbar zu machen.

Mit ihrem Aufruf für „soziale Gerechtigkeit“ und zum „Kampf gegen die Macht der herrschenden Politiker der Systemparteien“ stellen sie sich bewußt in die Kontinuität des „Feiertages der nationalen Arbeit“ von 1933.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften, Antifaschisten und anderen demokratischen Kräften werden wir friedlich und solidarisch für soziale Gerechtigkeit, Arbeit und Mitbestimmung demonstrieren. Wir werden in einem breiten Bündnis die geplante Nazi-Provokation verhindern.

Beteiligt euch am 1. Mai 1997 auf dem Sachsenplatz, auf dem Leipziger Ring und an anderen Plätzen der Stadt an den Kundgebungen gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Rechtsextremismus!

Wehren wir uns jetzt! Keinen Fußbreit den Faschisten!
(Redaktionell gekürzt)



SOZIALHILFE-KÜRZUNGEN:

Bonn. Engelbert Recker vom Deutschen Landkreistag äußerte zu Waigels Begründung, es müsse bei der Sozialhilfe weiter eingespart werden, um das Maastrichter Defizit-Kriterium zu erreichen: „Waigel will die Sozialhilfe nicht kürzen, um die Gemeinden zu entlasten. Er will vielmehr Spielraum gewinnen, damit die Arbeitslosenhilfe und die niedrigen Lohngruppen gesenkt werden können, ohne das Lohnabstandsgebot zu verletzen.“ Die Pläne von Seehofer, bundeseinheitliche Pauschalen für Kleidung und Möbel zu zahlen, stießen ebenfalls auf Ablehnung. So sollen etwa die Einmaleistungen für Bekleidung und Schuhe von durchschnittlich 609 auf 570 DM sinken. Viele Kommunen zahlen jetzt schon Pauschalen. So erhält etwa in Kassel, wo jeder zehnte Einwohner auf Sozialhilfe angewiesen ist, eine Frau 766 DM, ein Mann 692 DM und ein Kind 446 DM Bekleidungsbeihilfe. Die Kasseler Sozialdezernentin Ilona Caroli (SPD) meint, diese Sätze seien bereits „sehr, sehr knapp“.

KOMMUNALE FINANZKRISE: Hannover.

Der Präsident des Landkreistages, Axel Endlein erklärte, trotz eines rigorosen Sparkurses in den Kreisverwaltungen sei es 1997 in Niedersachsen praktisch keinem Landkreis möglich, mit den laufenden Einnahmen die laufenden Ausgaben zu decken. „Selbst wenn sich die Landkreise von allen freiwilligen Aufgaben zurückziehen würden, müßte sich der größte Teil der Landkreise verschulden, nur um bundes- und landesgesetzliche Aufgaben zu erfüllen. Nach Angaben des Städte- und Gemeindebundes, wirft der Landesregierung vor, den kommunalen Finanzausgleich zu Lasten der Städte und Gemeinden verändert zu haben. Habe das Land 1993 noch 19,1 % seiner Einnahmen an die Kommunen weitergegeben, so seien es im laufenden Jahr nur noch 14,1%.

GEGENWEHR: Essen. Statt sich auf „unabsehbare Zeit“ den in Bonn und Düsseldorf verordneten Spardiktaten zu unterwerfen, fordern die Grünen eine stärkere Gegenwehr der Stadt Essen. Entsprechend dem Duisburger Vorbild sollte sie sich der gesetzlichen Verpflichtung zur Aufstellung eines Konsolidierungskonzeptes widersetzen und den Haushalt der Stadt auch ohne die erforderliche Genehmigung des Regierungspräsidenten in Kraft setzen. Wie schon vorher Oberstadtdirektor Harwich, kritisieren die Grünen, daß die Gesamteinnahmen

des Verwaltungshaushalts in Höhe von 2,7 Mrd. DM im Jahre 1997 noch nicht einmal ausreichen, um die rechtlichen Verpflichtungen der Stadt zu erfüllen. Diese liegen bei 3 Mrd. DM. Damit wird deutlich, daß eine Haushaltssolidierung allein durch die Stadt Essen nicht möglich ist. In Dortmund erwägt die SPD ähnliche Schritte, in Essen schweigt sie bisher.

WEHRMACHTSAUSSTELLUNG: München.

300.000 Mark Überschuß flossen durch die fast 90.000 Zuschauer bei der sechswöchigen Wehrmachtausstellung in die städtischen Kassen. OB Ude (SPD) gab nun bekannt, daß dieses Geld zum Startkapital für einen Verein werden soll, der sich um die Opfer der Wehrmachtsschrecken kümmert. Träger des Vereins wird die Stadt und das Hamburger Institut für Sozialforschung von Jan Philipp Reemtsma sein, der eine zusätzliche Summe drauflegen will. Der Bund Freier Bürger forderte daraufhin die Stadt auf, selbst eine „historisch fundierte“ Wehrmachtausstellung zu entwickeln, weil die eben gezeigte eine „demagogische Inszenierung“ gewesen sei.

MIGRANTEN-BESCHÄFTIGUNG: Berlin.

Die in Berlin lebenden Migranten sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen; die bestehenden arbeitsmarktpolitischen Programme vermochten es nicht, ihre miserable Situation zu verbessern. Die PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus hat im Ausländerausschuß einen Antrag eingebracht, nach dem künftig die öffentliche Auftragsvergabe durch das Land an die Bedingung geknüpft sein soll, daß die Unternehmen die Beschäftigung und Fortbildung von Migranten fördern. Dazu sollen die Vergaberichtlinien der Landeshaushaltssatzung entsprechend geändert werden. Die PDS folgt damit einem Vorschlag, den die Internationale Liga für Menschenrechte vor einiger Zeit der Finanzsenatorin Fugmann-Heesing unterbreitet hatte, auf den jedoch keine Reaktion des Senats erfolgt ist.

ERHALTUNGSSATZUNG: Stuttgart.

Der Gemeinderat lehnte mit der Stimmenmehrheit von CDU, FDP und „Republikanern“ den Antrag der SPD-Fraktion ab, für das Nordbahnhofviertel eine Erhaltungssatzung zu beschließen. Durch eine Erhaltungssatzung würden Luxusmodernisierungen und die Verdrängung der ansässigen Mieter verhindert. Im Rahmen der Planungen für „Stuttgart 21“ wird das Gebiet direkt an die Innenstadt angeschlossen und damit aufgewertet. OB Rommel hatte die Erhaltungssatzung versprochen, um die besorgten Mieter zu beruhigen. Der neue OB Schuster (CDU) erinnerte seine Partei vergeblich an diese Zusage.

Zusammenstellung: ulj

HAFENARBEITER:

Lohnerhöhung unterhalb der Inflationsrate. Ange-sichts der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen zwischen den verschiedenen deutschen Seehäfen und auch innerhalb der verschiedenen Betriebe in den Häfen hatte sich die Bundestarifkommission erstmalig nicht auf eine konkret bezifferte Lohnforderung einigen können. Es sollte jedoch die Teuerung ausgeglichen und ein Teil vom Produktivitätszuwachs abgeschöpft werden. Auch die Arbeitgeber reagierten erstmalig nicht nur mit einem Null-Angebot als Einstieg, sondern mit einer Forderung, die Löhne zu senken, höchstens jedoch den Tarifvertrag um 12 Monate zu verlängern. Nach einigen Verhandlungen, in der Staffelerhöhungen, Einmalzahlungen und ähnliche nicht in die Lohntabelle einzuarbeitende Geldzahlungen abgewehrt wurden, einigten sich schließlich die ÖTV-Bundestarifkommission und der Verband der deutschen Seehafenbetriebe auf eine Lohnerhöhung um 1,5% ab 1.4.1997 und weitere 1,8% ab 1.4.1998 mit einer Gesamtauflaufzeit von 24 Monaten. Nicht so sehr der niedrige Lohnabschluß für dieses Jahr stieß unter den Hafenarbeitern auf Kritik, sondern vor allem die lange Laufzeit von 24 Monaten, die vor dem Abschluß wenig unter den Mitgliedern diskutiert wurde. Dabei muß man aber zur Kenntnis nehmen, daß die ÖTV vor drei Jahren einen ähnlichen Abschluß abgelehnt hatte. Für das zweite Jahr war das Arbeitgeberangebot 3,4% gewesen. Das wurde abgelehnt. Ein Jahr später erreichte die ÖTV Seehäfen dann nur 2,1%. Diese nach hinten gehende Schuß war sicherlich eine Erfahrung, die zum Abschluß 1997 beigetragen hat. *obj*

SCHLECHTWETTERGELD: Regelung gefunden, Schlichtung für Lohn auf dem Bau. Am 11. April scheiterten die Tarifverhandlungen für die Bauindustrie. Die Kapitalisten wollten weiterhin keine Zugeständnisse machen beim gekündigten 13. Monatseinkommen, bei der Lohnfortzahlung und bei Lohnerhö-

hungen. Für das Schlechtwettergeld ist vorgesehen „Arbeitszeitkonten“ einzurichten, auf denen Überstunden angesammelt werden, die dann bei wetterbedingtem Arbeitsausfall abgefeiert werden (bis zu 50 Stunden); bei darüber hinausgehendem Ausfall tritt dann zunächst eine von den Bauunternehmern finanzierte Umlage ein und schließlich das Arbeitsamt. Schlichter: H. Geißler (CDU)

STEUERREFORM: IG Medien fordert Aktionen. Die Durchführung einer „zentralen Demonstration in Bonn und einen konkreten Aktionsplan“ gegen die von der Bundesregierung geplante Steuerreform fordert der Gewerkschaftsrat der Industriegewerkschaft Medien vom DGB. Insbesondere gegen die Besteuerung der Zuschläge für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit müsse Widerstand entwickelt werden. „Die besonders betroffenen Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeiter in allen Branchen müs-

sen und damit die Gestaltungsfähigkeit der Städte und Gemeinden, der Länder und des Bundes weiter beschnitten würden. Damit werde eine Entwicklung forciert, die den Sozialstaat aushöhle und die Demokratie gefährde.

IG Medien, 10. 4.

PENSIONSALTER: 43 Prozent wegen Dienstunfähigkeit in Pension. 1995 hatten laut Statistischem Bundesamt nur rund ein Viertel aller in den Ruhestand getretenen Beamten die jeweilige Altersgrenze erreicht. 43 Prozent schieden vorzeitig aus wegen Dienstunfähigkeit, 31 Prozent aufgrund von Vorruststandsregelungen. Vor allem die Privatisierung & Rationalisierung von Post und Bahn gingen auf diese Weise von statthaften. Bei der Bahn erreichten nur 7, bei der Post nur 3 Prozent der pensionierten Beschäftigten die Altersgrenze.

BAHN AG: Weitere Entlassungen. Nächstes Jahr läuft das „Bündnis für Arbeit“ bei



Über 1000 beteiligten sich am Fackelumzug des DGB am 19.3. in Freiburg gegen die Besteuerung der Schichtzuschläge.

sen sich solidarisch unter der Führung der Gewerkschaften gegen die Politik der Bundesregierung zur Wehr setzen“, heißt es in dem Beschluß. Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit dürfe nicht durch Einkommensverluste für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bestraft werden. Der Vorschlag einiger Politiker, die Verluste durch eine höhere Entlohnung auszugleichen, sei angesichts der realen Machtverhältnisse Zynismus. Gefährlich sei diese Steuerreform auch, weil dadurch die finanziellen Spielräume der öffentlichen Hände

der Bahn aus; es sah Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen bis 1998 vor. Die Bahn AG schlägt jetzt eine Fortsetzung vor: Abbau von Überstunden, mehr Teilzeit, Ausbau der Vorruststandsregelungen im großen Umfang. Der Preis: „wettbewerbsgerechte“ Festlegungen der Entgelte, z.B. keine Zuschläge bei der Lohnfortzahlung berücksichtigen, den Krankenstand auf unter 5,5 Prozent drücken. Die Gewerkschaft GdED zu den Vorschlägen: „Sie bedeuten mehr Leistung bei geringem Einkommen und höherem Arbeitsplatzrisiko.“

CDA: „Sozial ist was Beschäftigung schafft“. Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft fordert einen „neuen Aufbruch für die Soziale Marktwirtschaft“. Die alte Leier von der Sozialpartnerschaft? Schlimmer. „Jeder muß an seinem Platz alles daran setzen, daß sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt rasch und nachhaltig verbessert ... das amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell lehnen wir für die Bundesrepublik Deutschland ab... Gesellschaftsvertrag für Vollbeschäftigung.“ Wenn’s dann aber praktisch wird, zeigt sich, wer „die Bereitschaft zum Verzicht“ aufzubringen hat und daß das ständig erwähnte „Prinzip des Gebens und Nehmens“ mehr zur Beruhigung der Schafe denn als Verpflichtung der Reichen gedacht ist. 30 Punkte zählt das Papier auf: Nr. 1 bis 3: „Lohnpolitik mit Augenmaß“, „Investivlohn“, Flächentarif mit Betriebsöffnung – ziemlich klar, wer geben soll. Die Gegenleistung soll sein: „Soziale Verpflichtung der Wirtschaft“: *Eigentum verpflichtet (kursiv im Original)* – aber wozu? Es kommen erstmal vier weitere Punkte, die die Unternehmen den Beschäftigten „ermöglichen“ sollen, bei denen aber ohne Absicherungen die Kosten einseitig bei den Lohnabhängigen liegen: Mehr Teilzeit, weniger Überstunden; flexible Arbeitszeiten, Familie und Beruf besser verbinden, Zeitarbeit. Ab Punkt 9 dann das, was die Unternehmen sollen: Produktionsinnovation, neue Märkte erschließen – ei, da wird das Unternehmerherz bluten, wenn es sich so ins Joch genommen sieht, zumal wenn dann da steht, der Staat solle ihm mehr Forschung finanzieren. Und mit den neuen Märkten – das ist auch mehr fürs Geldverjuxen: die CDA sieht solche Innovation z.B. bei den Haushaltshilfen ... Die übrigen 20 Punkte sind dann vom Typus „mehr Risikokapital“ (selbstverständlich staatlich abgesichert), weniger Bürokratie, weniger Steuern (für Unternehmer) usw. Ach ja, eine „Deutschland-Investitions-GmbH“ (mit Beteiligung des DGB) soll auch noch ausländische Investoren anlocken.

Zusammenstellung: alk

Mit der „Ameisenpolitik“ zur „atmenden Fabrik“

„Ich nenne es unsere Ameisenpolitik, Arbeitsplatz um Arbeitsplatz wirtschaftlich zu machen und zu halten“, benannte Dr. Peter Hartz, Personalvorstand der Volkswagen AG auf der letzten Betriebsversammlung in Wolfsburg seine Taktik. Nächste Gelegenheit dazu: Am 17. April gehen die Verhandlungen über eine Altersteilzeitregelung zwischen IG Metall und VW weiter. Was als partieller Durchbruch der IG Metall für einen zukunftsweisenden Ersatz der Vorruhestandsregelung geplant war, ist durch inzwischen breit veröffentlichte Vorstellungen des Konzerns über eine konzerneigene Zeitarbeitsfirma jetzt zu einer Frage über die Zukunft des Flächentarifvertrags geworden.

Der Konzern beabsichtigt, Bereiche wie Werkschutz und Küchenbetriebe in eine konzerneigene Dienstleistungsgesellschaft zu überführen. Dort soll nicht der VW-Haustarif gelten, sondern der niedersächsische Metalltarif. Stundennäßig dürfte dieser zwischen vier und fünf DM niedriger liegen. Für kampagnenweise benötigte Beschäftigte in den verschiedensten Werken könnte diese Dienstleistungsgesellschaft als Verleiher fungieren. Nebeneinander an den Bändern beschäftigte Arbeiter könnten dann erhebliche Lohndifferenzen ausweisen, der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ – zumindest innerhalb des Betriebes oder des Gültigkeitsbereichs des Tarifvertrags, wäre in einem Kernbereich gewerkschaftspolitischer Regelungsmacht gebrochen. Der jeweilige Betriebsrat des Produktionsbetriebs hätte gegen ein solches konzerneigenes „inneres Arbeitsamt“ kaum Abwehrmöglichkeiten, die Entleihung zu verhindern. Entlassungen bei der Dienstleistungsgesellschaft wären die Folge, deren Betriebsräte sind in die Konzernvertretungsstruktur eingebunden. Die großen Versetzungsaktionen um 1994, Hunderte VW-Beschäftigte waren aus Emden und anderen Orten nach Hannover „verliehen“ worden und in leerstehenden Kasernen untergebracht, hatte viel Ärger gemacht, war schwer durchzusetzen gewesen und obendrein noch teuer. Solchen Ärger hätte sich VW mit einer Dienstleistungs GmbH vom Hals geschafft.

Allerdings sieht Hartz für die Produktion auch andere „Kompromißlinien“ der Verbilligung der Arbeitskraft. In einer Einarbeitungszeit könnte niedriger entlohnt werden als es der Haustarif vorsieht, der Haustarif könnte „nach unten geöffnet“ werden. In jedem Fall aber sollen neue Beschäftigte künftig bereit sein, in jedem der sechs VW-Werke zu arbeiten.

ten. Der „atmenden Fabrik“ – Ansaugung und Abstoßen von Arbeitskräften je nach Konjunktur und Modellwechsel – als VW-Organisationsvorstellung wäre erheblich näher gekommen und Franz Josef Degenhardt's 20 Jahre alte Prognose auch: „Der Arbeiter 2000, der wird wieder Nomade sein. Mit Sack und Pack und Campingwagen zieht er durch die Welt ...“

Neben dieser Formierung der Randbelegschaft haben sich Vorstand und Aufsichtsrat Bindendes für die Kernbelegschaft ausgedacht. Eine Anleihe soll aufgelegt werden, die Belegschaft kann diese zeichnen, Leitende je hundert, die übrigen je zehn Anteile zu 50 DM. Diese Anteile berechtigen nach einer gewissen Zeit zum Bezug von VW-Aktien. Steigt der Aktienkurs, kann der Inhaber der Schuldverschreibung sein Wahlrecht nutzen und seine billig erworbene Aktie teuer verkaufen, ist der Kurs unattraktiv, kann er die Anleihe zurückbezahlt bekommen. Das steigende Interesse am Aktienkurs – wesentlich auf die nicht kleine Zahl von Aufsichtspersonen gezielt – wird mit die Mannschaft hervorbringen, die am Aushöhlen des Flächentarifs und an Personalabbau vehementes Durchsetzungsinteresse entwickeln wird und trotz aller Flexibilität die Funktionen sichern soll.

Der Bezug dieser Anleihe soll gekoppelt werden mit dem Bezug von Zeitwertpapieren. Überstunden, Boni, Zuschläge, Weihnachts- und Urlaubsgeld sollen als Guthaben erworben werden können, in einen Fonds angelegt und verzinst werden. Ab einem Alter von 55 Jahren sollen diese Zeitwertpapiere eingelöst werden, damit der Beschäftigte aus dem Unternehmen ausscheiden kann. 5000 Stunden sollen dafür angesammelt sein.

Hintergrund dieser Regelungen ist die nach wie vor rapide anwachsende Produktivität im Konzern. Allein im Werk Hannover soll die Stückzahl dieses Jahr um 36.000 Einheiten erhöht werden bei gleicher Personalzahl. Die Konzernplanung sieht bis zum Jahr 2001 in der VW AG den Abbau von 15.000 Arbeitsplätzen vor. Würden alle VW-Beschäftigten bis zum 65. Lebensjahr arbeiten, entstünde ein Personalüberhang von 18.000 Stellen. Gleichzeitig dürfte es wegen des Einflusses der niedersächsischen Landesregierung und den Mitbestimmungsregelungen im Konzern wenigstens zur Zeit nicht opportun sein, den Personalabbau via Massenentlassungen oder Werksschließungen durchzuführen. Allerdings kann durch die geplante Änderung des

Aktienrechts und des VW-Gesetzes dieses Hemmnis in den nächsten Jahren fallen, so daß auch die Kreativität der hauseigenen Personalpolitik jäh enden würde.

Die Öffnung des VW-Haustarifvertrages, ein Sündenfall liegt mit dem Ausschluß von VW Sachsen aus dem Haustarif bereits vor, würde spiralförmig über die logistische Kette auf die Zulieferer wirken und auch in den anderen Automobilkonzernen eine entsprechende Dynamik in Gang setzen. Die Bezirksleitung Hannover der IG Metall führt zur Zeit eine Kampagne „Tarifverträge schützen“ gegen die Aushöhlung des Flächentarifs durch. Kein Redner auf einer IGM-Funktionärskonferenz vor drei Wochen in Hannover, der nicht in Richtung Frankfurter IG-Metall-Zentrale geschimpft hätte, von der Signale über Gesprächsbereitschaft zu möglichen Branchenfesten und Öffnungsklauseln gekommen waren. Das jetzt von der Bezirksleitung bei VW zu erzielende Verhandlungsergebnis wird für die zukünftige Gestaltung des Flächentarifs und der innergewerkschaftlichen Debatte große Bedeutung haben. „Wenn sich die VW-Spitze durchsetzt, wird sie die Aufweichung des Haustarifs fortsetzen. VW ist keine Insel der Seligen mehr“, schrieb die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* gka

Eindrücke vom DGB-Beschäftigungsgipfel

Gipfel an Peinlichkeiten

Man merkt es gleich. Die Teilnehmerin war nicht begeistert. Noch erfreut über die Tatsache, daß sie bei der handverlesenen Auswahl ehren- und hauptamtlicher Funktionäre zu diesem wichtigen Thema mit dabei war, endete diese beim Betreten des Gebäudes. Wer nicht von der Presse war, mußte sehen, wie er Unterlagen und Platz bekam.

Bereits im Vorfeld des Beschäftigungsgipfels gab es Streit im DGB. Man hatte (wieder einmal) vergessen, ostdeutsche Interessenvertretungen einzuladen. Schließlich fand man dann noch die Bürgermeisterin aus Wismar. Und auch das verteilt Papier zum „Aufbau Ost“ scheint von vielen, aber nicht von den DGB-Bezirken Ostdeutschlands zu stammen.

Unter den eingeladenen Diskussionsparteien fand sich weder eine Arbeitsloseninitiative noch sonst ein Selbsthilfeprojekt. Auch vergessen? Sie durften sich stattdessen auf einem „Markt der Arbeitsperspektiven“ im Nebenraum tummeln. Es ist schließlich leichter, über die armen Arbeitslosen zu reden als mit ihnen.

Man kann ja viel ertragen, wenn wenigstens der Eindruck entsteht, es geht voran. Wie soll es, wenn mehrere hundert Gewerkschaftsmitglieder 5 Politikern

zuhören müssen, die absolut nichts Neues erzählen.

Und als krönender Abschluß Zwickels Vorstoß für die 32-Stunden-Woche?! (Alte Kampagnenpolitiker werden sich freuen, daß sie jetzt mit dem mächtigen IGM-Chef auf einer Linie sind – oder umgekehrt). Die Verblüffung war dennoch relativ groß, schließlich steht im „Protokoll“ des zuvor abgehaltenen „tarifpolitischen Forums“ als gemeinsame Position von Gewerkschaften und Arbeitgebern: „Einigkeit bei der Einschätzung bestand auch im Hinblick auf die Rolle von Arbeitszeitverkürzungen... Hier wurde übereinstimmend betont, daß eine Wiederholung der Debatte um sogenannte große Lösungen – wie in den 80er Jahren geführt – unter den Bedingungen der 90er Jahre nicht sinnvoll wäre.“ Teilnehmer dieses Forums waren u.a. Riester (IGM) und Terbrack (IG CPK), beides die Tarifexperten ihrer jeweiligen Gewerkschaft.

Egal, ob Zwickels Vorschlag nun abgesprochen war oder seiner Eitelkeit geschuldet ist. Natürlich würde die 32-Stunden-Woche etwas bewirken, wenn sie rasch und „am Stück“ eingeführt würde. Aber zu viel mehr als zur Beschäftigungssicherung wird es kaum reichen. Arbeitszeitverkürzungen dieser Art sind etwas für private und öffentliche Großbetriebe. Insofern macht Zwickel Klientelpolitik, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Die 4,5 Millionen Arbeitslosen wird man so nicht in Beschäftigung bringen. Aber irgendwelche Ansätze zu Ideen, mit neuen Organisationsformen – z.B. (kleine) genossenschaftliche Selbsthilfeprojekte, Nachbarschaftshilfen – den Leuten Arbeit zu verschaffen, von der sie leben können, ohne auf Sozialhilfe angewiesen zu sein, davon war nichts zu hören. har

BASF Ludwigshafen

Ergebnis nach Steuern rasant gestiegen

Auf seiner Bilanzpressekonferenz am 2. April 1997 verkündete der BASF-Vorstand erneut Rekordgewinne für das vergangene Geschäftsjahr 1996.

So wird die Dividende für die Aktionäre je 5-DM-Aktie um 21,4 % erhöht. Die Dividendausschüttung steigt damit von 854 Millionen DM im Jahr 1995 auf 1,051 Mrd. DM. Besonders der Ertrag nach Steuern ist interessant. Dieser stieg nämlich um über 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr, während das Ergebnis vor Steuern um 3,7 Prozent geringer ist als im Vorjahr. Nur ein Prozentsatz im Geschäftsbericht liegt höher: in die Rücklagen wird 30 % mehr Kapital überführt.

Die Profite der Konzerne steigen in schwindelnde Höhen, während zugleich ihre Steuerzahlungen zurückgehen.

Dafür hat die Bundesregierung in den letzten Jahren gesorgt – und dieser Trend soll sich so fortsetzen. Im Falle der BASF können dafür u.a. Verlustvorträge der an einen koreanischen Konzern verkauften Tochter Magnetics in Höhe von 300 Millionen DM genutzt werden, um die Ertragssteuern zu senken. Selbstredend wurden Jahre zuvor die roten Zahlen bei der Magnetics schon dazu genutzt, die Löhne der dortigen Beschäftigten zu senken und die Arbeit zu intensivieren, begleitet von Versprechungen und Hoffnungen.

Die fehlenden Milliarden in der Staatskasse treibt Waigel von den Lohnempfängern ein, deren Nettolöhne fast genauso rasant nach unten gedrückt werden wie die Gewinne steigen. So bedeutet die geplante Einführung der Besteuerung der Nacht- und Schichtzulagen für einen Facharbeiter bei der BASF 300–400 DM netto im Monat weniger auf dem Konto.

Frage sich nun, wie profitieren die Ludwigshafener BASF-Beschäftigten von dem Rekordergebnis. Selbst die Tagesschau berichtete: gar nicht. Dort geht der Personalabbau weiter, zunächst um mindestens 800 Leute. Dabei wird es trotz anderslautender Behauptungen voraussichtlich nicht bleiben. Der Betriebsrat und die IG Chemie Ludwigshafen fordern angesichts der Ergebnisse einen „Beschäftigungspakt“. Den macht der Vorstand von den noch unklaren „Rahmenbedingungen“ abhängig. Dies erstaunt, denn von den Tarifvertragsparteien liegt der Rahmen bereits vor. Bekanntlich ließ sich die IG Chemie für das Jahr 1997 auf eine 1,5prozentige Tariferhöhung, gekoppelt an ein vages Beschäftigungsversprechen ein. Also welcher Rahmen fehlt dem Vorstand noch? Die sogenannte Steuerreform etwa? Dann soll hier suggeriert werden, daß nur bei einer weiteren deutlichen Senkung der Unternehmenssteuern, der Arbeitsplatzabbau aufgehalten werde.

Im übrigen ist es für Vorstandsvorsitzenden Strube ganz selbstverständlich, daß „die Aufwertung der DM gegenüber den 18 wichtigsten Partnerländer durch Produktivitätszuwächse mehr als ausgeglichen werden müßte“ (Rheinpfalz, 3.4.1997). 1995 stellte der Deutsche Industrie- und Handelstag in einer Analyse fest: „DM-Aufwertung führt zu weiterer Produktionsverlagerung ins Ausland“. Niedrige Lohnabschlüsse aber sind gerade eine Ursache der DM-Aufwertung, betonen zahlreiche Wirtschaftsexperten. Gleichzeitig erlaubt die starke Mark den deutschen Konzernen, im Ausland billiger einzukaufen. Die BASF will in den nächsten Jahren allein in Nanjing in der VR China 6 Milliarden DM investieren. „Unsere Finanzausstattung erlaubt uns größere Aquisitionen“, sagte Strube. Demgemäß wurde zum Beispiel für eine Milliarde DM ein britischer Pharmakonzern gekauft. Auf diese Weise profitieren deutsche Multis durch eine aufgewertete

DM doppelt: Sie muß herhalten für eine Intensivierung der Arbeit (die Zahl der Unfälle im Werk Ludwigshafen stieg im übrigen „geringfügig“ an), und sie erlaubt zugleich eine gewaltige Verlagerung von Kapital ins Ausland durch dortige Firmenaufkäufe und Neuinvestitionen. Diese werden wiederum als Beleg dafür herangezogen werden, daß die deutschen Arbeitskosten zu hoch seien und deshalb Arbeitsplätze hierzulande abgebaut werden müssen. 1990 waren im Werk Ludwigshafen der BASF 57.909 Leute beschäftigt, 1997 sind es nur noch rund 42.000.

Sehen wir uns die Jahresprämie von 1996 für die Beschäftigten an, so liegt diese bei 21,22 % des Ergebnisses vor Steuern während die Aktionäre immerhin 47,45 Prozent des Ergebnisses vor Steuern an Dividende einschieben. Im Zeitalter der Globalisierung und des vergötterten Shareholder Values ist dies eine Selbstverständlichkeit. Es soll an dieser Stelle doch festgehalten werden, daß zum Beispiel im Spitzenjahr 1989 die Beschäftigten mit einer Jahresprämie von 21,3 Prozent am Ergebnis (vor Steuern) „beteiligt“ waren und die Aktionäre mit „nur“ 35,2 Prozent.

Für das kommende Jahr stellte Vorstandsvorsitzender Strube den Aktionären noch mehr in Aussicht. Die ersten drei Monate dieses Quartals deuten bereits darauf hin, daß das Jahr 1997 noch besser wird als 1996.

ede, *Kommunal-Info Mannheim*

Sick AG: Globalisierung

Bald feiertags wegen „kundenorientiert“?

„Brückentage erneut in Gefahr! Bald auch Feiertagsarbeit bei Sick??“ Unter dieser Überschrift weisen die Vertrauensleute der IG Metall bei der Sick AG, Waldkirch (Südbaden), in ihrem neuesten VK-Info auf Pläne hin, die Flexibilisierung und Verfügbarkeit von Belegschaftsteilen weiter auszudehnen.

Bei der Sick AG Waldkirch gibt es seit den 70er Jahren eine Betriebsvereinbarung zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung, gemäß der durch tägliche Vorarbeit (zwischen 8 und 12 Minuten täglich) die Zeit für Brückentage (sogenannte „Sick-Tage“) geleistet wird. Seit letztem Jahr schon gibt es Bestrebungen, diese Betriebsvereinbarung zu kündigen bzw. zu verändern. Ziel ist letztendlich, auf jeden „Kundenwunsch“ in jedem Winkel der Welt noch am selben Tag reagieren zu können.

Im VK-Info heißt es dazu: Vielleicht erinnert Ihr Euch noch: bereits letztes Jahr gab es Versuche von Vorstand und Personalleitung, die Errungenschaft der Sick-Tage abzuschaffen bzw. nur dann beizubehalten, wenn dafür die Gleitzeit einge-

Arbeitsplätze statt Mehrarbeit



bracht wird. Dank massiver Proteste auf der letztjährigen Betriebsversammlung im Frühjahr konnte die Kündigung der Betriebsvereinbarung über die Sick-Tage verhindert werden.

Jetzt droht eine noch viel weitergehende Aushebelung dieser Freizeit- und Erholungstage: nicht nur an den Brückentagen, sondern gleich auch noch an bestimmten Feiertagen sollen in der Firma „Notdienste“ eingerichtet werden.

Betreiber dieser Notdienste kommen vor allem aus den Geschäftsbereichsleitungen und dort vor allem aus dem Vertrieb. Ihre Argumentation lautet: „Unsere Kunden haben kein Verständnis für Sick-Brückentage, wenn die am Freitag einen Maschinenstillstand haben, müssen wir sie beliefern können, um konkurrenzfähig zu bleiben.“

Oder aus dem Außendienst kommen Stimmen wie: unsere Kunden verstehen die Waldkircher Fasnacht nicht! Und weiter: „Unsere Töchter in Österreich und Belgien haben keine eigenen Lager mehr, für die müssen wir auch an BRD-spezifischen Feiertagen und Brückentagen präsent sein.“

Völlig schrankenlos wird diese Argumentation im Hinblick auf zahlreiche Märkte, auf denen Sick als „Global Player“ weltweit tätig ist: warum sollen unsere saudi-arabischen oder auch türkischen Kunden noch Verständnis dafür aufbringen, daß an Weihnachten oder Ostern nicht gearbeitet wird?!

Was wir dem entgegenhalten? Erstens wer zwingt Kunden mit sensiblen Anlagen, wo eine einzige Lichtschanke Maschinenstillstand produzieren kann, nicht wenigstens 2 bis 3 Stück auf Lager zu halten? Wer zwingt unsere Töchter in Belgien und Österreich (und demnächst womöglich in ganz Europa?), keinerlei Lagerhaltung für wirkliche Notfälle aufrecht zu erhalten?

Warum sollen dafür „Notdienste“ in Waldkirch herhalten, die – das ist auch sonnenklar – keineswegs auf die Auftragsbearbeitung, das Lager, die Packerei und den Versand beschränkt bleiben werden, sondern irgendwann auch die Produktion betreffen werden.

aus AN Waldkirch

In der Märzausgabe des „Scheibenwischer“, IG-Metall-Zeitung bei Mercedes Benz, beschreibt Dieter Gerlach, IG-Metall-Betriebsrat im Werkteil Stuttgart-Hedelfingen, die Diskussionen über eine Betriebsvereinbarung mit der befristete Arbeitsverhältnisse in unbefristete verwandelt werden beim Verzicht auf Überstundenzuschläge.

In der betrieblichen Diskussion um die abgeschlossene Betriebsvereinbarung, die das Programm 1997, die 16. Schicht im Motorenwerk Bad Cannstatt sowie die Wandlung von 500 befristeten Beschäftigungsverhältnissen in befristete regelt, stößt die darin enthaltene Regelung zur Mehrarbeit auf überwiegend massive Kritik und Ablehnung.

Die künftige Regelung zur Mehrarbeit sieht vor, daß bis maximal 10 Überstunden im Monat mit den entsprechenden Zuschlägen ausbezahlt werden. Darüber hinausgehende Mehrarbeitszeit sollte dann jeweils zur Hälfte in Freizeit abgefeiert und die andere Hälfte ausbezahlt werden. Für Mehrarbeit an den Wochenenden gilt abweichend, daß hier immer die Hälfte der Zeit ausbezahlt werden kann, die andere Hälfte aber immer abgefeiert werden müßte.

Ein Beispiel: Ein Wechselschichtler hat in der ersten Spätschichtwoche eine Überstunde pro Tag. Das sind 5 Stunden in der Woche. In der zweiten Spätschichtwoche wiederholt sich diese Situation und damit sind am Ende des Monats 10 Stunden Mehrarbeit zusammengekommen, die er auf Wunsch vergütet bekommen würde. Hier liegt eine kleine, aber entscheidende Änderung. Bislang ist es so, daß bei Mehrarbeit ausdrücklich gesagt werden muß, wenn man diese Zeit in Freizeit abfeiern will. Mit der neuen Regelung wäre es genau andersherum, nämlich: Man müßte sagen, daß man die Vergütung in Mehrarbeit will (...)

Damit die Zahlen etwas griffiger werden, strapazieren wir weiter unseren Beispielkollegen. Nehmen wir an, er ist in einem großen Bereich mit 150 anderen Kolleginnen/Kollegen tätig. In den beiden Spätschichtwochen haben er und diese 150 anderen zusammen 1500 Mehrarbeitsstunden im Monat geleistet. Geteilt durch die durchschnittliche monatliche Arbeitszeit von 152,52 Stunden ergäbe dies rein rechnerisch rund 10 Arbeitsplätze. Der konsequente Einstieg in den Abbau der Mehrarbeitszeiten steht damit in direktem Zusammenhang mit der Wandlung der 500 Befristeten in Unbefristete, denn nur durch die Wandlung von „Auszahlen von Mehrarbeit“ zu „Abfeiern der Mehrarbeit“ entsteht überhaupt erst ein Beschäftigungseffekt.

Gleichwohl ist der vorgesehene Einstieg in den konsequenten Abbau von

Mehrarbeit in der betrieblichen Diskussion heftig umstritten, vornehmlich bei den Kollegen der Werkinstandhaltung. Die eine Gruppe von Kritikern befürchtet eine weitere Leistungsverdichtung, weil durch das Mehr an Freizeit einfach die anwesende Gruppe ausgedünnt wäre und gleichzeitig die Arbeit nicht weniger werden würde. Oder daß die Freizeitausgleichs-Konten astronomisch anwachsen, ohne die realistische Chance, jemals wieder von diesem Stundenberg herunterzukommen (...)

Andere Kritiker wiederum argumentieren, daß wenn Überzeiten oder sammstags gearbeitet werden muß, dafür auch die „Kohle“ rüberwachsen soll. Aus persönlicher Sicht läßt sich so argumentieren. Die dramatische Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt jedoch verbietet ein Wegsehen vor den immensen Überstunden. Der Betriebsrat ist deshalb gefordert, dafür Sorge zu tragen, daß auch in den indirekten Bereichen zusätzliches Personal zum Einsatz kommt, um dort die neue Regelung leben zu können (...)

Selbstkritisch muß der Betriebsrat anmerken, daß er sich zu lange um die Auseinandersetzung mit diesem Thema herumgedrückt hat. In einer Balance zwischen allen Beteiligten wurde das letzjährige Produktionsprogramm bewältigt (das höchste in der Mercedes-Benz-Geschichte). Die Firma wollte das Programm, die Meister brauchten dazu die Kollegen, der Betriebsrat wollte für die Sondermaßnahmen die Freiwilligkeit, und die Beschäftigten schließlich waren bei zusätzlicher Bezahlung zur Mehrarbeit bereit. Die vorgesehene Betriebsvereinbarung brächte diese Balance nun unwiderruflich durcheinander.

Ein anderer Kritikansatz geht in die Richtung, daß durch diesen Zwang zum Abfeiern der Druck in Richtung weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit zunehmen würde. Befürchtet wird dabei insbesondere eine Ausweitung der Nacharbeit und verstärkt der Einsatz von 2x9-Stunden-Schichtmodellen. Hier sitzt in der Tat ein beträchtliches Risiko. In dem Maße, wie sich die individuelle Arbeitszeit verkürzt hat, nahm die gleichzeitige Flexibilisierung der Arbeitszeit zu. Platt ausgedrückt: Die häßliche Seite der Arbeitszeitverkürzung ist die Flexibilisierung der Arbeitszeit. In diesem Zusammenhang muß man allerdings den Umstand ins Bewußtsein rufen, daß die bisherige Überstundenpraxis auch nichts anderes darstellte als eine Arbeitszeitflexibilisierung – der Unterschied lag in der Bezahlung. Damit war der persönliche Effekt ein höhere Einkommen. Künftig würde der Effekt auf einem Mehr an Beschäftigung liegen.

aus Kommunale Bericht Stuttgart

Keine Intervention in Albanien !

Am 4. 4. 97 führte „Welt in Umwälzung (Wildcat Mannheim/Ludwigshafen)“ in Mannheim eine Veranstaltung zu Albanien durch. Wir dokumentieren im folgenden in ungewöhnlicher Länge (aber trotzdem gekürzt) zwei dort gehaltene Redebeiträge, weil wir der Meinung sind, daß auch hier wieder eine umfassende Informationsblockade wirkt. Wildcat stützt sich auf griechische Quellen, auf Meldungen linker internationaler Beobachter in Albanien sowie auf die internationale Presse.

Ergebnis der Veranstaltung war der Beschuß, einen Infostand und eine Kundgebung gegen die militärische Intervention in Albanien vor der italienischen Konsulagentur in Mannheim (am 15.4.) durchzuführen.

Eine kleine Broschüre mit den vollständigen Redebeiträgen der o.g. Veranstaltung ist zu beziehen über Wildcat, Tel. (06 21) 65 77 46, Fax: 65 77 47. Die im folgenden abgedruckten Texte sind ein Vorabdruck aus Wildcat-Zirkular 36/37.

„tht, aus: Kommunale Berichte Mannheim

Lieber das Chaos der Rebellion als die (Welt-)Ordnung der Herrschenden!

Die Albaner sind kriminell, gewalttätig und skrupellos. Sie sind extrem verarmt und deshalb geldgierig; das noch auf eine naive Art, wie ihre massenhafte Beteiligung an dubiosen Pyramiden zeigt. Es sind unzivilisierte Bergstämme, die die Blutrache praktizieren; durch 50 Jahre stalinistische Herrschaft sind sie unfähig zu Demokratie. Sie sitzen in den Häfen von Durres und Vlore, auf dem Sprung in den Westen, wo sie alsbald Drogenhändler und Handlanger der Mafia werden.

Wir machen diese Veranstaltung deshalb, weil wir dem rassistischen Vorteil gegen die albanische Bevölkerung was entgegensetzen wollen. Zumal diese Vorurteile, teilweise etwas diskreter formu-

liert, durchaus auch in der *taz* verbreitet werden. Oder etwa ein Flugblatt französischer AnarchistInnen, das ich letzte Woche in die Hand bekam: Dort wurde der Aufstand in Albanien grad mal so gleichgesetzt mit den Konflikten in Jugoslawien.

Der derzeitige Rassismus dient der Legitimation des Vorgehens gegen Flüchtlinge; wir haben alle die Ereignisse in Italien mitgekriegt. Bei gerade mal 10 000 Flüchtlingen wird der Notstand ausgerufen. Was diesen Rassismus zusätzlich brisant macht: Er dient gleichzeitig der ideologischen Vorbereitung der Intervention. Diese ist schon voll im Gange. Sie kommt als humanitär daher. Hilfslieferungen mit militärischer Absicherung. Man gibt vor, verhindern zu wollen, daß die Hilfslieferungen von marodierenden Banden kassiert werden. Bei den Beschlüssen von OSZE und UN-Sicherheitsrat geht es nicht um Hunger. Es geht, wie der Name schon sagt, um die Aufrechterhaltung der Sicherheit in Europa, sprich der Sicherheit des Kapitalismus. Die Hilfslieferungen werden zur Wiederherstellung der staatlichen Autorität in Albanien eingesetzt werden, indem sie dosiert vergeben werden über diejenigen, die die Herrschenden wieder aufpäppeln wollen. Und sie dienen zur Legitimation der militärischen Präsenz. Sie sind ganz unmittelbar Aufstandsbekämpfung. Deshalb ist ein klares Nein auch zu dieser humanitären Intervention sehr wichtig. Um so mehr, als das Internationale Rote Kreuz den militärischen „Schutz“ nicht wünscht.

Wir machen die Veranstaltung wegen der politischen und geschichtlichen Dimension, die der albanische Aufstand selbst hat. Wann ist es in Europa zum letzten Mal vorgekommen, daß die Bevölkerung einer ganzen Region den Staat außer Kraft gesetzt hat?

Albanien 97 : Geschichte eines Aufstandes

Mitte Januar kollabiert als erste Pyramide die kleine Firma Sude. Daraufhin sperrt die Regierung sofort die Konten von zwei der fünf größten Anlagefirmen Xhaferri und Populli. Gegen beide gibt es schon seit längerem Gerichtsverfahren, aber nur, weil sie sich nicht als Firma, sondern als Stiftungen eingetragen hatten.

Daraufhin versammeln sich die Einleger in mehreren Städten und verlangen ihr Geld zurück. Polizei erscheint. Am 19. Januar durchbrechen 3 000 Menschen den Polizeikordon und ziehen auf den Skanderberg-Platz in Tirana. Auseinandersetzungen mit der Polizei gibt es auch anderswo, und es wird schnell klar, daß es den Leuten um ihr Geld geht, aber auch um viel, viel mehr. Anfangs sind sie wütend auf Berisha, weil er sie mit der Sperrung der Konten um einen Teil ihrer Einnahmen bringt; dann aber kapieren sie sehr schnell, was mit ihnen tatsächlich geschieht. Ihre Ersparnisse sind möglicherweise weg, die Wirtschaft funktioniert doch nicht, und sie denken vielleicht an die Löhne, die in den paar italienischen Textilfabriken gezahlt werden - wenn man überhaupt einen Job im Land findet. Und sie denken an die Brutalität von Polizei und Geheimdienst SHIK, vor denen, wie früher, jeder Angst hat. Mal wieder hat ihnen der Staat klar gemacht, was sie sind und was sie zu sein haben: Menschen, die nichts haben außer einer fast wertlosen Arbeitskraft, Proletarier eben. Und deshalb wird der noch amtierende Ministerpräsident Meksi kurz vor seinem Rücktritt auch zu Recht sagen: „Aber es handelt sich in Ausmaß und Form um einen Bürgerkrieg, um eine proletarische Revolution, um den gewalttätigen Kampf um die Macht.“ (Voice of America, 13. 2. 97). (...) Koha Jone, die



Albaner bewacht den Strand



Italienische Soldaten vor der Verschiffung nach Albanien

größte unabhängige Zeitung Albaniens, veröffentlicht am 30. Januar ein Manifest von unabhängigen Intellektuellen, das die Stimmung im Land wohl auf den Punkt bringt: „Es ist klar, daß sich die Wut des Volkes gegen einen Staat richtet, der sich zum Richter erklärt, nachdem er die Arbeit des Diebes erledigt hat.“

Alle Welt ruft zur Vermeidung von Gewalt auf – auch die eben erwähnten Intellektuellen. Wen die drei Religionsführer meinen, deren Aufruf jetzt tagelang im TV gezeigt wird, kann man sich vorstellen. Der Geheimdienst jedenfalls fühlt sich nicht angesprochen. (...)

Das überzeugt schon allein deshalb niemanden, weil just am selben Tag die zweitgrößte Pyramide, die in Vlore ansässige Gjallica, ihre völlige Zahlungsunfähigkeit erklärt. Der 5. Februar 97 wird zum historischen Datum, es ist der erste „Tag des Protestes“ in Vlore. 10 000 laut AP, 30 000 laut *Koha Jone*, versammeln sich in einer Stadt, die etwas über 60 000 Einwohner hat. Noch sind es die Oppositionsparteien, die die Redner stellen und wie gewöhnlich Aufrufe gegen Gewalt verlesen. Aber die Parole der Menschen ist klar zu hören: „Nieder mit Berisha.“ (...)

Am nächsten Tag gehen die Proteste weiter, und ganz Albanien wird ab jetzt die Tage mitzählen, und die Zeitungen werden aufmachen mit Schlagzeilen wie „Der 5. Tag des Protestes“ oder „Vlore, 17. Tag“. Man trifft sich vormittags um 10 zur Demo und abends um 17 Uhr zur Vorbereitung der Demo des nächsten Tages. Tag für Tag wird die Polizei brutaler. (...) Auffallend ist, daß Aufrufe der Parteien kaum befolgt werden. So sollen zu einer Demo des Forums für Demokratie, zu dem sich mittlerweile alle Oppositionsparteien zusammengeschlossen haben, in Tepelene grade mal 60 Leute gekommen sein. In vielen Städten finden Massenverhaftungen statt, allein in Berat sitzen über 200 Demonstranten hinter Gitter. In Tirana mobilisiert die Partei Berishas, natürlich unbehelligt von der Polizei, 1 000 Leute für eine Kundgebung für Demokratie und Gewaltlosigkeit. (...)

Am 10. Februar sind es dann 40 000; das Hauptquartier der PD geht in Flammen auf. Diesmal sind sie auch von weiter her gekommen: 5 000 aus Fier, viele Hunderte aus Berat, Tepelene und anderen Städten. In Gjirokaster gibt es die bislang größte Demo. Sogar in Tirana, das sich schon lange im unerklärten Ausnahmezustand befindet, können die Ordnungskräfte das Zusammenrotten nicht ganz verhindern. „Vlore, Vlore!“ wird zum Schlachtruf im ganzen Land.

Die Regierung Meksi beantragt im Parlament das Kriegsrecht für Vlore. Die Vertreter der PD aus Vlore sind aber dagegen, weil sie wissen, daß im Moment militärische Gewalt nichts erreichen kann. So lehnt also das Parlament den Antrag mit der formellen Begründung ab, die Verhängung von Kriegsrecht in nur einer Stadt sei in der Verfassung nicht vorgesehen. Die kleine Republikanische Partei zieht sich aus der Koalition zurück und verlangt den Rücktritt der Regierung.

In den nächsten Tagen, wir sind so in der Woche nach dem 12. Februar, beginnt sich die Bewegung auszubreiten. (...)

Berishas Diplomatie

Berisha hat derweil rege diplomatische Tätigkeit entfaltet, unter anderem ist sein Innenminister in Deutschland und unterschreibt ein Abkommen, nach dem die BRD 1 Million DM zur Ausrüstung der albanischen Polizei verspricht. Auch andere Regierungen stärken Berisha den Rücken. Hatte er noch vor ein paar Tagen die Polizei angewiesen, friedliche Demos zuzulassen, scheint er jetzt davon überzeugt zu sein, daß Repression die richtige Politik ist.

Am 28. Februar versucht in Vlore eine Gruppe von Zivilpolizei und SHIK, das Gebäude zu stürmen, in dem sich die Hungerstreikenden befinden. Es kommt zur Schießerei, 3 Leute aus Vlore und ein Polizist werden getötet. Dieser Angriff des Staates macht den 28. Februar zum letzten Tag des Protestes und zum ersten Tag des Aufstands. (...)

Am nächsten Tag tritt die Regierung

zurück. Am 2. März demonstrieren 6 000 in Tirana, es gibt schwere Zusammenstöße, Kameraleute aus Italien und Deutschland werden verprügelt. In Sarande werden die Gebäude der Polizei, des SHIK und das Gericht abgefackelt, das Gefängnis geöffnet. In Gjirokaster ist Generalstreik. Am 3. 3. verhängt Berisha den Ausnahmezustand, die Leitungen der Satelliten-TVs werden unterbrochen, ebenso Telefon in den Süden. Die Redaktionsräume der *Koha Jone* werden – offensichtlich vom Geheimdienst – zerstört, das Gebäude brennt ab.

Tags drauf nimmt die Bevölkerung von Sarande den Militärstützpunkt ein und bildet eine autonome Gemeindeverwaltung. „Die Leute befürchteten, Berisha würde seine Polizei und bewaffnete Einheiten schicken, und begannen zu diskutieren, wo sie Waffen herkriegen könnten, um sich zu schützen. Sie entschieden, zur Polizeistation, zur Armee und zum Marinestützpunkt zu gehen, um Waffen zu erhalten. Wirklich die ganze Stadt ging, alte Leute, Kinder, Frauen und Männer, alle gingen.“ So erzählt ein Mitglied des Komitees (Interview in *The Militant*, 7. 4. 97) Die Polizeistation war verlassen, und im Flottenstützpunkt waren nur noch wenige Offiziere, die die Soldaten nach Hause geschickt hatten. (...)

In den nächsten Tagen ergreift der Aufstand immer mehr Städte und Dörfer. (...) „Das Vordringen der Rebellen erfolgt nicht durch Offensivstöße, die Bevölkerung der Städte im Süden fordert Polizei und Armee einfach auf, zu verschwinden“, so beschreibt *Die Welt* vom 12. 3. die Ereignisse. Nur in Permet gibt es einen Schußwechsel, dann läuft aber eine ganze Brigade zu den Rebellen über. (...)

Das „Nationale Komitee zur Rettung des Volkes“

In den Städten des Aufstandes bilden sich überall Komitees, um das Zusammenleben und das Überleben zu organisieren, Kinder entwaffnen, Lebensmittel organisieren, Verteidigung vorbereiten usw. In Berat zum Beispiel übernehmen die Ärzte des Spitals die Initiative, trommeln Vertreter verschiedener Parteien und Gruppen zusammen, und wenige Stunden nach Beginn der Revolte trifft sich das „Komitee zur Rettung von Berat“ im ehemaligen Rathaus; ein Lehrer wird Vorsitzender. Auch Leute von der PD sind dabei. Die Bevölkerung wird aufgefordert, das Schießen einzustellen. Das Komitee fordert den Rücktritt von Sali Berisha. In Vlore sind keine Parteien beteiligt, dort ist der Vorsitzende ein junger Arbeiter, der in Griechenland gearbeitet hat. Nach allen Berichten, die uns vorliegen, werden die wichtigen Beschlüsse nicht von den Komitees, sondern von den Versammlungen getroffen. Es ist am Anfang öfter vorgekommen, daß einzelne Mitglieder des Komitees Sachen unterschrieben oder ausgehandelt haben, die dann von den Versammlungen nicht bestätigt worden sind.



Albanische Flüchtlinge gedenken der Ertrunkenen

Am 12. konstituieren Vertreter aus acht befreiten Städten das „Nationale Komitee zur Rettung des Volkes“, nachdem zuvor schon das militärische Oberkommando in Tepelene eingerichtet worden war. So ab Mitte März tritt so etwas wie der „Alltag im Aufstand“ ein, das Gebiet der Rebellen umfaßt jetzt gut ein Viertel des Landes.

Währenddessen berappelt sich in Tirana und im Norden der Staat. Berisha hat am 11. eine Regierung aus allen Parteien ernannt mit dem SP-Mann Fino an der Spitze. Der war noch kurz zuvor Bürgermeister von Gjirokaster gewesen. Er rekrutiert Verstärkung für die Polizei, indem er die Gehälter verdreifacht. Es gelingt, den Abfall von Durres zu verhindern, dabei werden 3 Demonstranten erschossen.

Militärische Intervention

Derweil setzt hektische internationale Aktivität ein. So gut wie alle Parteien in Tirana, Griechenland und Italien fordern sofortige militärische Intervention. Aber gegen ein Volk, das bis unter die Stirn bewaffnet ist? Gegen eine Bevölkerung, die jahrzehntelang auf Partisanenkampf vorbereitet worden ist? Vor allem Großbritannien und Deutschland sind dagegen. Als Kompromiß beschließt die EU, eine bewaffnete Sicherungstruppe zu schicken, um humanitäre Maßnahmen und den Wiederaufbau staatlicher Strukturen zu sichern. Am 17. treffen sich EU-Vertreter mit Berisha, während die USA ihn auffordern, zurückzutreten.

Um die Dramatik der Lage ins rechte Licht zu rücken, erklärt die italienische Regierung am 20. den Notstand für den italienischen Südosten, der von 10 000 Flüchtlingen angeblich überflutet wird. Gleichzeitig wird angekündigt, ab Montag eine Seeblockade gegen Albanien und die Flüchtlinge zu verhängen. „Warten wir halt darauf, bis die ersten hundert ertrunken sind. Erst dann wird sich was bewegen“, zitiert die *taz* vom 17. den Chef der Küstenwache, Oberstleutnant De Paolis.

Nun, einer seiner Kapitäne hat am 29. nachgeholfen und ein Flüchtlings Schiff versenkt – mindestens 80 Tote. Das hat jetzt aber weder die Beliebtheit der zukünftigen italienischen Interventionstruppen noch die von Berisha gestärkt.

Der französische Außenminister hat am 20. dem albanischen Botschafter versichert, daß Frankreich nur die legalen Institutionen Albaniens anerkennt, und er bot finanzielle, humanitäre und militärische Hilfe an. Am 28. hat der Wissensicherheitsrat der OSZE das Mandat für eine bis zu 3 000 (inzwischen ist von 6 000 die Rede!) Mann starke Sicherheitstruppe erteilt.

Wie ist die Situation bei der aufständischen Bevölkerung im Moment?

Wir wissen es natürlich nicht genau. Griechische Kontakte haben uns vor ein-

paar Tagen folgende Einschätzung geschickt:

„Es sieht so aus, als würde sich die Situation im revoltierenden Süden Albaniens verschlechtern. Die Leute haben die Hoffnung verloren, sie sehen keinen Ausweg, und sie trauen sicherlich auch nicht der Regierung Fino. Sie bestehen auf dem Rücktritt Berishas, aber sie glauben nicht, daß sich dadurch ihr Leben irgendwie verbessern wird. Sie wollen ihn einfach deshalb weghaben, damit er keine Möglichkeit mehr hat, Rache zu nehmen.“

Die albanische Revolte war spontan, die Leute waren außer sich vor Wut und revoltierten; aber nach dem ersten Enthusiasmus wußten sie in Wirklichkeit nicht mehr, was zu tun sei. Sie haben den Kapitalismus mit Berisha und den Pyramiden identifiziert und den Kommunismus mit Hoxha und Alia – und das ist keine tolle Auswahl.“

Nun, ich glaube nicht, daß man einen derart breiten und konsequenten Aufstand einfach mit einer spontanen Gefühlsregung erklären kann – dann würde man Anlaß und Ursache gleichsetzen. Bis zu einem gewissen Grad wußten die Leute, auf was sie sich da eingelassen haben. Natürlich wußten sie, daß die Mächte Europas hinter Berisha stehen. Was sie vielleicht falsch eingeschätzt haben – aber das hat mit Unwissen oder Dummheit nichts zu tun – war:

1. daß alle Parteien, von den ehemaligen Kommunisten bis hin zu den Monarchisten, gegen eine Erhebung des Volkes sich sofort ebenfalls um Berisha scharen würden, in dem klaren Bewußtsein, daß sie überflüssig werden könnten und ihre Pöstchen verlieren könnten.

2. daß die kapitalistischen Mächte Europas eine Politik der direkten und militärischen Bereinigung der Situation durchzuziehen bereit sind, oder wenigstens bereit sind, eine solche Lösung in Kauf zu nehmen. Anders kann weder die weiterhin volle Rückendeckung für Berisha, noch die Beibehaltung eines italienischen Oberbefehls über die Truppe verstanden werden. Das ist keine Politik, die sich um Ausgleich in Albanien bemüht, sondern eine Politik, die die Konfrontation geradezu sucht. Dies ist keine Politik, die von den realen Machtverhältnissen ausgeht. Dazu müßten die Interventionstruppen die Existenz der Komitees und die Entscheidungsgewalt der Versammlungen im Süden respektieren. Darauf deutet wenig hin. Es scheint sich eher um eine Politik zu handeln, die die bestehenden Verhältnisse richten will. Es geht offensichtlich nicht um die „Wiederherstellung von Recht und Demokratie“, sondern um die Wiederherstellung der Ordnung Berishas. Wobei nicht ausgemacht ist, daß die Person Berisha immer noch erste Wahl der europäischen Mächte ist – es geht um die Installation einer Entwicklungsdemokratie und die Beseitigung der Macht einer aufständischen Bevölkerung. Man hat im Fernse-

hen deutlich gesehen: Die Menschen in Albanien haben kapiert, mit welch gedenklosem antialbanischem Rassismus derzeit in Europa hantiert wird. Sie haben verstanden, daß sie nicht nur von Berisha als kriminelle Mafiosi, Gangster, Schmuggler, Verrückte und terroristische Banden beschimpft werden. Sie haben jetzt wohl kapiert, was da auf sie zukommt. Aber nicht nur, daß Berisha fremde Söldner zur Sicherung seiner Herrschaft ins Land holt – sondern auch, was sie im Falle eines Sieges Berishas zu erwarten haben.

Resigniert haben sie jedenfalls noch nicht; dazu besteht auch kein Anlaß. Noch am Ostermontag haben die Leute in Gramsh das letzte Waffendepot der Armee, das sich dort befunden hat, ausgeräumt. Am 21. März haben sich Vertreter von 21 Komitees in Tepelene getroffen und die Bildung einer Übergangsregierung mit ihrer Beteiligung gefordert. Beim Treffen der Nationalen Front zur Rettung des Volkes am 28. 3. waren nicht nur Vertreter der Oppositionsparteien eingeladen, sondern es nahmen auch VertreterInnen von fünf Verteidigungskomitees aus dem Norden teil. Während bei diesem Treffen die Vertreter der Parteien eine Erklärung mit der Forderung nach Rücktritt Berishas und der Bildung einer Übergangsregierung mit unterschrieben, lehnt die Regierung Fino weiterhin jede Zusammenarbeit mit dem Nationalen Komitee zur Rettung des Volkes ab. Sie behauptet, jetzt wieder etwa 15 000 Bewaffnete (Polizei, Geheimdienst, Reste der Armee) zur Verfügung zu haben. Aber damit muß sie erst mal drei Viertel des Landes unter Kontrolle halten – es wird wohl nicht so sein, daß die Menschen in Tirana, Durres oder im Norden jetzt vollen Herzens hinter Berisha stehen. Im Gegenteil: Es wird berichtet, daß sich die Bullen in Tirana nachts nicht blicken lassen – aus Angst.

Was ist das in Albanien?

Aufstand, Revolte, Rebellion, Revolution. Man wird hinterher eine Schublade finden, das ist jetzt nicht wichtig, die Entwicklung ist offen. Hinter dem Aufstand steht nicht nur die Erfahrung der Unterdrückung und des Betrugs. „Albanien muß klein und einfach anfangen, wie es die asiatischen Tiger gemacht haben,“ hat der Vertreter der Weltbank in Tirana gesagt (*Wall Street Journal*, 2. 8. 96). Das haben sie erfahren in der alltäglichen sozialen Situation in Albanien, aber auch auf ihren miesen und prekären Jobs in Griechenland und Italien. Der Aufstand richtet sich gegen die ihnen zugesetzte Rolle von europäischen asiatischen Billiglöhnnern. Das ist ein Aufstand gegen einen Kapitalismus, der seine Versprechen nicht erfüllt – und in diesem Sinn steht er in einer Reihe mit den Unruhen in Indonesien, mit den Kämpfen in China und Thailand, mit den Streiks in Südkorea, Rußland und anderswo. □

Günter Wallraff hat in der Linken einen guten Namen. Die Zeit stellt sich hohe journalistische Ansprüche. Dennoch haben beide, der Schriftsteller und die Redaktion der Zeitung, in der Auseinandersetzung mit der PKK den journalistischen Diskurs, der zivilisiert ist, wenn er die berechtigten Interessen Dritter berücksichtigt, vermengt mit der literarischen Fiktion, die anderen Regeln folgt.

Wallraff, der nach Angaben der Zeit den früheren PKK-Funktionär Cürük-kaya zeitweise beherbergt und ihm geholfen hat, sein Buch *Die PKK*. Die Diktatur des Abdullah Öcalan herauszubringen, glaubt seinem Freund, daß die PKK ihn mit dem Tode bedroht, und fährt in den Mittleren Osten zu Abdullah Öcalan. Es kommt zu einer Diskussion mit vielen Beteiligten und an die hundert Zeugen. Auch fertigt die PKK bei solchen Gelegenheiten Tonbandmitschnitte an. Alles zusammen ergibt: Einen „Mordbefehl“ der PKK gibt es nicht. Öcalan ist bereit, dies auf allen möglichen Wegen zu publizieren.

Wallraff könnte froh sein. Das Wort der PKK und Abdullah Öcalans zählen bei den Kurden, so daß auch Strafbedürfnisse einzelner – bei dem verleumderischen Inhalt von Cürükayas Buch immerhin denkbar – geziugt würden. Wallraff aber ist nicht froh. Er setzt an den Schluß seiner unfreundlichen Ausschlachtung der Gesprächsunterlagen eine Fiktion: Als

Öcalan schließlich die Besucher aus Deutschland zum Auto begleitete, habe er die Morddrohung erneuert. Mit diesem effektvollen Schluß endet der Text.

Wallraff wechselt aus der Figur des interviewführenden Journalisten, der belegen muß, was er berichtet, in die des Erzählers über, der dann in dieser wie in jeder Geschichte neben und hinter seinen Figuren steht und alles weiß.

Der Öcalan, den Wallraff produziert, spricht öffentlich so und insgeheim ganz anders. Wer Wallraff diesen Öcalan abnimmt, muß jede Äußerung des wirklichen Öcalans, dem Cürükaya solle nichts geschehen usw., nur als weiteren Beweis von Heimtücke einordnen.

Wallraff hätte sein Erzähltalent nie zu einer so unredlichen Mischung der Diskursebenen mißbrauchen dürfen. Die Zeit hätte eine derartige Tatsachenbehauptung nicht ohne durchschlagende, umstößliche Beweise verbreiten dürfen.

Wahrscheinlich ist Wallraff und der Redaktion der Zeit nicht klar, was sie anrichten. Vielleicht denken sie sogar, eine – wenn schon auch mit zweifelhaften Mitteln – geschärzte öffentliche Aufmerksamkeit schütze den Cürükaya und man könne hier gar nicht genug tun. Selbst auf der sicheren, geschützten Seite der BRD-Gesellschaft dahinlebend, können sie die gefährdete Situation der kurdischen Menschen nicht ausreichend verstehen.

Angenommen, in der öffentlichen Mei-

nung der BRD setzt sich die Behauptung fest: Wenn Cürükaya etwas zustößt, dann steckt die PKK dahinter! Damit wird Herr Cürükaya interessant für den türkischen Geheimdienst und die mit ihm verbundenen Banden, die die PKK und die kurdische Bewegung dadurch diskreditieren könnten, daß sie Herrn Cürükaya umbrächten. Damit wäre nicht nur die PKK diskreditiert, Cürükaya verleumderisches Buch bekäme auch noch den Charakter eines Vermächtnisses. Der türkische Staat und die mit ihm verbundenen Geheimdienste lassen täglich Oppositionelle verschwinden und bringen sie, oft auf bestialische Weise, um.

Gegen ein solches Verbrechen spräche höchstens die Gefahr der Entdeckung durch die deutsche Justiz und der dann mögliche Skandal. Wallraff hängt das Leben seines Freundes an den dünnen Fäden der Aufmerksamkeit der deutschen Polizei. Mit gefährlicher Naivität serviert er der Konterguerilla die Chance eines wirksamen politischen Verbrechens.

Wenn es möglich wäre, das geschickt gefügte Vorurteil zu dekonstruieren, der Fiktion, die sich zu einer bestürzenden Tatsache aufzulösen will, doch noch die Luft herauszulassen, wäre allen geholfen. Die Kontroverse in der PDS Baden-Württemberg ist nicht irgendein politischer Dutzendstreit, sondern politisch und moralisch dringlich; es geht um die Verantwortlichkeit linker Politik. maf

Eine Kontroverse in der PDS Baden-Württemberg

Das Menschenrecht auf Leben gilt für alle – auch für alle Kurdinnen und Kurden

Auf den Bericht über die Newroz-Veranstaltungen in Stuttgart und Sindelfingen in der letzten Ausgabe der „Kommunalen Berichte Stuttgart“ reagierte Richard Pitterle, Landesschatzmeister der PDS Baden-Württemberg, mit einem Brief, betreffend: „Auftritt bei der Newroz-Kundgebung“.

Er schreibt:

„Hallo Ulrike, ... Ich nehme an, daß Dir der beiliegende Artikel aus der „Frankfurter Rundschau“ bekannt ist, in dem das Schicksal von Selim Cürükaya dargestellt wird. Er wird für seine Kritik an Öcalan – wie Salman Rushdie – mit dem Tode bedroht. Mich interessiert: Hast du Deinen Auftritt in Stuttgart dazu genutzt, um mit einem Satz deutlich zu machen, daß das Menschenrecht auf Leben auch für Selim Cürükaya gilt? In Erwartung einer baldigen Antwort...“

Nach Rücksprache mit Richard Pitterle erfolgt hier die Antwort öffentlich.

Hallo Richard, darin stimme ich Dir zu, daß das Menschenrecht auf Leben auch

für Selim Cürükaya gilt, wie ich überhaupt der Meinung bin, daß die Menschenrechte für alle Menschen gelten müssen. Aber aus gegebenem Anlaß füge ich hinzu: auch für alle Kurdinnen und Kurden. Und das habe ich auch am 20. März gesagt. Worin ich Dir nicht zustimme, ist die Behauptung, daß Selim Cürükaya „für seine Kritik an Öcalan“ mit dem Tode bedroht sei bzw. überhaupt mit dem Tode bedroht ist. Deshalb habe ich darüber am 20. März nicht gesprochen.

Droht Cürükaya die Ermordung?

Du stützt Dich auf einen Artikel in der „Frankfurter Rundschau“, den ich vorher nicht kannte (Datum steht leider nicht dabei). Dieser Artikel berichtet über die Aussagen, die Selim Cürükaya in seinem Buch „PKK. Die Diktatur des Abdullah Öcalan“ bzw. gemeinsam mit Günter Wallraff auf der Pressekonferenz zur Vorstellung seines Buches machte. „Abweichler und mißliebige Kritiker werden standrechtlich erschossen“, heißt die Überschrift. Aber die journalistisch kor-

rekte „Frankfurter Rundschau“ relativiert diese Aussagen durch den nachfolgenden Satz: „Dies jedenfalls behauptet der im europäischen Untergrund versteckt lebende ehemalige PKK-Mitbegründer und einstige Öcalan-Kampfgefährte Selim Cürükaya auf einer Pressekonferenz.“ Die Vorsicht der „Frankfurter Rundschau“ ist aus verschiedenen Gründen verständlich.

In Vorbereitung der Buchvorstellung bringt „Die Zeit“ am 28. Februar einen vielbeachteten Artikel mit Auszügen über den Bericht Wallraffs von seinem Gespräch mit Öcalan Ende Dezember. Die entscheidenden Aussagen zu Cürükaya sind:

„Günter Wallraff: Ich bin als Freund von Selim Cürükaya hier. Kann er (gemeint ist Öcalan, d. Verf.) hier unter Zeugen versichern, daß der Mordbefehl gegen Selim Cürükaya aufgehoben wird? Abdullah Öcalan: (lacht lauthals) Ich sage nicht, daß er für uns sehr schädlich, sehr gefährlich ist. Wobei ich Respekt vor Günters Freundschaft habe, und wenn er

will, falls es einen Mordbefehl gibt, dann werden wir ihn auch begnadigen. Ich bin nicht so rigoros wie die Iraner. Das Problem Selim ist gelöst. Das ist ganz simpel. Wallraff: Wird das auch in kurdischen Zeitschriften erscheinen? Öcalan: Natürlich, natürlich. Es soll auch das Fernsehen kommen. Ich werde es dem ganzen Volk verkünden ...“

Am Ende schreibt Wallraff, durch die Schriftart wie in der kommentierenden Einleitung gekennzeichnet als seine eigene Wiedergabe – nicht als Zitat: „Auf dem Weg zum Wagen sagt er noch eher beiläufig: „Bringt beim nächsten Mal den Selim mit. Er hat unsere heiligsten Werte angegriffen. Wenn er das zurücknimmt und Selbstkritik übt, kann er wieder mit uns zusammen sein. Wenn nicht, kann ich auch nichts dafür.““ Wallraff behauptet also, außerhalb des offiziellen Gesprächs habe Öcalan seine Todesdrohung wiederholt.

Im „Neuen Deutschland“ vom 12. März ist dagegen zu lesen:

„Kambiz Behbahani widerspricht Wallraffs Darstellung eines Besuchs beim PKK-Chef“. Dort heißt es in dem Interview mit dem iranischstämmigen Menschenrechtler und Politiker der Bündnisgrünen: „Frage: Öcalan soll Selim aber Wallraff gegenüber indirekt mit einem Unfall gedroht haben. Behbahani: Ich habe alle Beteiligten gefragt. Nur der Dolmetscher und eine weitere Person konnten Öcalan in der besagten Situation, bei der Verabschiedung, überhaupt verstehen. Und nur einer der beiden behauptet, daß Öcalan so etwas gesagt hat, der andere bestreitet es.“

Über das Gespräch bei Öcalan gibt es auch eine übersetzte Tonbandniederschrift: Dort heißt es:

„G.W.: Wenn ein Buch existiert und wenn wegen dieses Buches ein Todesurteil verhängt wird, so mach ich mir das zu eigen. (Öcalan): Nein, nein. Mit Sicherheit existiert kein Todesurteil. Ich lache darüber.“

Cürükaya wird instrumentalisiert

Hallo Richard, ich finde es gut, genau hinzusehen, auch bei denen, mit denen man sich solidarisch fühlt. Aber ich glaube, in dem Fall hast Du nicht genau hingesehen, bei denen, die als „Natopartner“ und „traditioneller Freund“ der Türkischen Republik ein Interesse haben, den Befreiungskampf des kurdischen Volkes in ein schlechtes Licht zu rücken und denen das Buch von Cürükaya gerade in den Kram paßt. Ich nenne Dir noch einen Zeugen, der bestimmt nicht im Ruch steht, ein PKK-Freund zu sein, und über das Problem der verfälschenden Einseitigkeit bundesdeutscher Medien in einem Rahmen gesprochen hat, den man ge-



meinhin auch nicht zum PKK-Umfeld rechnet.

Im Dezember 1996 war in Bad Boll eine Tagung der Evangelischen Akademie. Dort hat Prof. Dr. Ronald Mönch, Rektor der Hochschule Bremen, in seinem Referat „Kritische Fragen an das deutsche Verständnis kurdischer Identität“ folgendes gesagt: „18 ... Selim Cürükaya, der häufig gesendete ‚Kronzeuge gegen den Terror der PKK‘, war als Verantwortlicher (der ‚PKK‘?) bis unmittelbar vor seinem Abtauchen in ein Kronzeugendasein in Deutschland der Scharfmacher (der ‚PKK‘), der zum ‚Krieg der Kurden gegen Deutschland‘ aufrief. Kein Wort des Vorbehalts, keine Recherche zu diesen ‚Kronzeugen‘, deren Fragwürdigkeit im Herbst 1996 jedem Kenner der Szene längst bekannt war. 19. Auffällig ist, mit wieviel unterschiedlichem Maß, wie unglaublich willkürlich kurdische Identität wahrgenommen wird: a) Selim Cürükaya, einer der finstersten Scharfmacher in der PKK in Deutschland 1992–1993, hatte offenbar ab Spätherbst 1992 schon seine Rückfahrkarte in die deutsche Sicherheit in der Tasche, als er Hunderte von Kurden gegen Deutschland aufzuwiegeln versuchte. Heute ist er ein von der Politik, von der Justiz, von den Medien (ZDF) hochwillkommener und geschätzter Kronzeuge. Ein wahrhaft erstaunlicher Rollenwechsel. Glauben wird dem geschenkt, der sich von der PKK distanziert; eine selbst recherchierte, eigenständige Urteilsfindung bleibt weitgehend auf der Strecke.“ (Nachzulesen in der epd-Dokumentation Nr. 12/97)

Vorschläge für eine föderative Lösung in Kurdistan

Es ist auch ärgerlich und paßt zu der Ausrichtung bundesdeutscher Medien an sogenannten außenpolitischen Interessen der BRD, daß andererseits wichtige politische Entwicklungen bei der kurdischen Befreiungsbewegung nicht wahrgenommen werden. Öcalan hat in dem Gespräch Ende Dezember Vorstellungen für eine föderative Lösung im Mittleren Osten entwickelt, mit denen der politische und

militärische Konflikt um Kurdistan gelöst und ein friedliches Zusammenleben der kurdischen Bevölkerung mit den anderen Ethnien ermöglicht würde. Auf die Fragen eines schwedischen Gesprächsteilnehmers hin hat Öcalan auch um die Vermittlung der skandinavischen Länder für einen derartigen Friedensprozeß gebeten und darauf hingewiesen, daß aufgrund ihrer geschichtlichen Verstrickung und ihrer engen Verbindung zur Türkei der Bundesrepublik Deutschland dabei eine zentrale Verantwortung zukommt. In den Medien wurde dieser wichtige Aspekt jedoch völlig beiseitegeschoben. Soll eine friedliche politische Lösung in Kurdistan zustandekommen, muß sich die deutsche und internationale Politik mit diesen Lösungsvorschlägen ernsthaft auseinandersetzen.

Für eine friedliche Lösung und die Rechte des kurdischen Volkes

Hallo Richard, ich finde es gut, daß sich die PDS für eine friedliche und gerechte Lösung in Kurdistan einsetzt. Im Bundestag treten die PDS-Abgeordneten mutig gegen die politische, wirtschaftlich und militärische Unterstützung der Türkei durch BRD auf, sie protestieren gegen Menschenrechtsverletzungen, die Zerstörung kurdischer Dörfer und die Vertreibung der kurdischen Menschen, die Unterdrückung der kurdischen Kultur, sie fordern die Aufhebung des PKK-Verbots und demokratische Rechte für die Kurddinnen und Kurden in Deutschland, um einen Dialog zur Problemlösung zu ermöglichen. Unterstützt Du diese Politik?

Auf der Kundgebung zum Newrozfest am 20. März in Stuttgart habe ich gefordert, daß das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes gemäß den UNO-Konventionen anerkannt wird, und zudem die Forderungen der Kurddinnen und Kurden unterstützt: daß sie ihre Sprache und Kultur ausüben können, daß an den baden-württembergischen Schulen muttersprachlicher Unterricht in Kurdisch gegeben wird, daß kurdische Familien ihren Kindern kurdische Namen geben können, daß die Kurddinnen und Kurden einen angemessenen Zugang zu den Medien erhalten und eigene Medien herausgeben dürfen, daß die Vereinsverbote aufgehoben werden, daß die juristische Verfolgung von Kurddinnen und Kurden aufgrund ihrer politischen Auffassungen beendet wird. Zu all diesen Punkten hätte ich gerne einmal ein einziges klares Wort von Dir gehört.

Ulrike Küstler, aus: *Kommunale Berichte Stuttgart, 8/97*

Broschüre zur faschistischen Platon-Rezeption

Im GNN-Verlag Schleswig-Holstein / Hamburg ist eine Zwischenprüfungsarbeit zum Thema „Die Rezeption des Platonischen Staatsideals in deutschen philosophischen Zeitschriften während des „Dritten Reiches““ als kleine Broschüre erschienen.

Im Vorwort heißt es:

„Die Fragestellung dieser Arbeit ist entstanden aus der Auseinandersetzung mit heutigen faschistischen und weit rechts anzuweisenden Tendenzen, bei der sich ergab, daß einige rechte Gruppierungen oder unabhängige Vordenker der extremen Rechten sich auf Platon berufen. Aus dieser Perspektive war der Ausgangspunkt die Frage danach, was Platon über den Staat geschrieben hat, ob die Rechten ihn willkürlich vereinnahmen und verfälschen, oder ob die Platonische Theorie mit rechtem Gedankengut zumindest partiell zu vereinbaren ist. Die sich daraus entwickelnde Auseinandersetzung mit der Platon-Rezeption im Nationalsozialismus ist die naheliegende Erweiterung des Ausgangsinteresses.“

Platon wird seit Jahrhunderten rezipiert, die von ihm formulierte Idee eines „idealen Staates“ wurde – und wird – zum Vorbild zwar unterschiedlicher, jedoch an einem Punkt identischer Staatsutopien: Sie alle vertrauen auf ein geistig und moralisch der „Masse“ überlegenes Führungspersonal für „ihren“ Staat und negieren damit die Selbstbestimmung eben jener „Masse“.

Somit kann es nicht verwundern, daß auch der deutsche Faschismus sich Platons annahm. Zu fragen ist: Wie tat er das? Wie baute er Platons Staatstheorie zu einer ideologischen Legitimation seiner selbst auf? Von Interesse sind in dieser Arbeit vor allem die Umgangsweisen der deutschen Fachphilosophie mit Platon. Es ist davon auszugehen, daß nicht nur Nazi-Philosophen den NS-Staat unterstützten, sondern letztlich alle, die weiter lehrten und philosophierten, ihren Anteil an der ideologischen Rechtfertigung des Nationalsozialismus hatten.“

Untersucht werden zehn Aufsätze in philosophischen Zeitschriften (darüber hinaus enthält die Broschüre eine Liste weiterer zum Thema erschienener Aufsätze aus der Zeit des Faschismus), deren Autoren, auf unterschiedliche Weise, an der Legitimation des Nationalsozialismus arbeiten. In ihrer Platon-Rezeption bilden sich die folgenden Schwerpunkte heraus: Legitimation und Verherrlichung des Staates sowie damit einhergehend die philosophische Grundlegung des Führerprinzips; die völkische, blut- und artgemäße Idee als Grundgedanke des deutschen Staates; den mit der völkischen Idee korrespondierenden Gedanken der

strengen Erziehung, die einer „Menschenzüchtung“ gleichkam; die Benutzung Platons zur Bekämpfung der Gegner des Nationalsozialismus.

Die in einem Eingangskapitel kurz skizzierte Platonsche Staatsauffassung gibt zur Legitimierung totaler staatlicher Machtentfaltung einiges her; so begründet Platon eine Herrschaft der Elite, eine Arbeitsteilung nach „Begabung“, die jeden an seinen „natürlichen“ Platz verweist, die Notwendigkeit von Auslese, den Vorrang des Staates gegenüber dem Individuum usw.

Gleichwohl machen die genannten Schwerpunkte deutlich, daß die Verfasser der untersuchten Aufsätze Platon zumindest teilweise grob in die faschistische Ideologie einpassen und direkt in den Dienst der faschistischen Sache stellen, etwa wenn er zum Vordenker eines völkischen Rassismus uminterpretiert wird. Der „völkische Gedanke“, die „ideologische Zentralfigur des einen ausgewählten Volkes, das seine Stärke und Weisheit aus seinen Genen bezieht, ist in mehreren der dieser Arbeit zugrundeliegenden Beiträge Dreh- und Angelpunkt. Diese Figur, verwoben mit der Staatsidee, macht geradezu den Platon aus, den die Philosophie während des Nationalsozialismus den Lesern zu präsentieren suchte.“

Ein einziger Aufsatz (Hans Kelsen, Die platonische Gerechtigkeit), 1933 erschienen, entwickelt eine Platon-Kritik, die ihre faschismuskritische Stoßrichtung kaum verbirgt.

Der Verfasser setzt sich kritisch mit der Forschung zur Philosophie im Nationalsozialismus, die erst seit einigen Jahren in Gang gekommen ist, auseinander, vor allem mit Auffassungen, daß die politische und die wissenschaftliche Tätigkeit der seinerzeitigen Philosophen wenig miteinander zu tun hatten und folglich getrennt zu beurteilen seien, mit Auffassungen, die die inhaltliche Legitimation des Nationalsozialismus durch Philosophie und Geisteswissenschaften ausblenden. Aus der Untersuchung der Aufsätze zur Rezeption des Platonischen Staatsideals zieht er den Schluß, daß die als Philosophen Tätigen mehr „einzu bringen“ hatten als beispielsweise Sportler, nämlich ihre spezifische Kompetenz zur theoretischen Legitimierung faschistischer Praxis. „Die besprochenen Artikel sind, mindestens teilweise, durchaus in die fachspezifischen Terminologien, Arbeitsweisen und Diskurse eingebunden. Das heißt, sie wurden nicht von außen aufkotzt – sie kamen aus dem Fach selbst.“

Frank Pieper, Die Rezeption des Platonischen Staatsideals in deutschen philosophischen Zeitschriften während des „Dritten Reiches“. A5, 47 Seiten, DM 3,- + Versand. Die Broschüre wird auch gegen Briefmarken im Wert von 5,- DM zugesandt: GNN-Verlag, Palmaile 24, 22767 Hamburg, Tel. 0 40/38 13 93, Fax 0 40/3 89 83 31

HUMANISTISCHE UNION fordert:

Reform des Religions- und Ethikunterrichts

Miteinander leben - miteinander lernen!

In einem Schreiben an die Kultus- und Bildungsminister der Bundesländer fordert die Bürgerrechtsorganisation HUMANISTISCHE UNION ein gemeinsames Unterrichtsfach für alle Kinder und Jugendlichen über Fragen der Ethik und Religionskunde.

Die Diskussion über einen lebenskundlichen Unterricht in Brandenburg und die Einführung einer „Praktischen Philosophie“ in Nordrhein-Westfalen decken erkennbar die brüchig gewordene Vormachtstellung der großen Kirchen auf. Gerade aufgeklärte Kirchenkreise wissen längst, daß die jetzige Konstruktion in die Sackgasse geraten ist. Verzweifelt versuchen die Bischöfe beider Konfessionen mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichts (Brandenburg) oder mit Hilfe einer Zwangsverpflichtung kirchenfreier Kinder zum Ersatzfach „Praktische Philosophie“ (NRW), die schwere Vertrauenskrisen ihres eigenen Religionsunterrichts zu vertuschen. Leider haben die meisten Politiker in den Ländern und im Bund aber noch immer Angst, die richtigen Schlüssefolgerungen zu ziehen und den Konflikt mit den Kirchen zu riskieren. Dabei hat es gerade das Brandenburger L-E-R-Modell verdient, bundesweite Nachahmung zu finden. Dieses Fach unternimmt den mutigen Versuch, alle Schülerinnen und Schüler unter Wahrung ihrer religiösen und weltanschaulichen Traditionen gemeinsam zu Toleranz und Dialogfähigkeit zu erziehen.

Der Staat nimmt nicht mehr Partei für eine kirchliche Minderheit, sondern für die Kinder und Jugendlichen und deren zeitgemäße Erziehung. Die überkommenen Modelle eines vorge schriebenen kirchlichen Religionsunterrichts mit einem Ersatzfach „Ethik“ sind demgegenüber pädagogisch schlechte und gesellschaftlich gänzlich überholte Konstruktionen. Die Kinder und Jugendlichen werden nach Konfessionen und Weltanschauungen voneinander getrennt. Jene Schüler, die keiner der beiden Großkirchen angehören, werden dann verlegenheitshalber in einen Sammelunterricht gesteckt, der dann für Moslems, Atheisten und Angehörige von Sekten eine Art Ersatzethik vermitteln soll. Die wechselseitige Sprachlosigkeit der Religionen und Kulturen in dieser Gesellschaft wird so in den Lehrplänen festgeschrieben.

*Jürgen Roth, Pressesprecher
HUMANISTISCHE UNION e.V.
Bräuhausstrasse 2,
80331 München,
e-mail: Humanist.Union@LINK-M.
Tel. 0 89/22 64 41 FAX 0 89/22 64 42*

19. April: Soziale Standards in Kommunen. Tagung der IG Arbeit, Gesundheit und Soziales, **Berlin**, Haus am Köllnischen Park, Saal 4, ab 10.00 Uhr
„1. Vor allem im Zuge der Standortdebatten sowie der haushaltspolitischen Auseinandersetzungen haben sich Auffassungen in breiten Teilen der Bevölkerung festgesetzt, die den Abbau sozialer Leistungen und Rechte als notwendiges, wenn auch mit Angst erbrachte „Opfer für die Zukunft“ wenigstens tolerieren.

Daß dies so ist, hängt auch damit zusammen, daß es Regierung und Unternehmern gelungen ist, die Menschen hinsichtlich der Maßstäbe und Ansprüche, die sie an soziale Leistungen, Rechte und Infrastruktur gestellt haben bzw. stellen tiefgehend zu verunsichern. V.a. die „Mißbrauchs“diskussionen und der Verweis darauf, daß woanders viel weniger an sozialen Leistungen „normal“ sei, machen diese Situation deutlich. Diese Verunsicherung ist wesentlich dafür verantwortlich, daß sich Angst und Wut über den Kurs von Bundesregierung und Unternehmern in verhältnismäßig geringem Maße in Aktionen, in solidarisches Handeln umsetzen. Erstrangige politische Aufgabe ist es daher, An-

sprüche auf Rechte, Leistungen und soziale Infrastruktur, wie sie aus den Lebensumständen der Menschen erwachsen, zu begründen, fixieren und zum Ausgangspunkt parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktionen zu machen.

2. Auf der kommunalen Ebene tritt die Verunsicherung v.a. in den Auseinandersetzungen um den Haushalt in Erscheinung. Kommunale VerantwortungsträgerInnen sehen sich zwischen dem Druck, soziale Standards zu sichern und auszubauen, gleichzeitig aber die Kommunen finanziell handlungsfähig zu halten.

Die Formulierung sozialer Ansprüche in sozialen Standards hat somit eine gesellschaftspolitische Doppelfunktion: Einerseits wird ... Selbstbewußtsein vermittelt, andererseits ... deutlich gemacht, wie hoch der ... Bedarf an Sozialleistungen in Kommunen ist, welche Ansprüche an die Verteilung von Haushaltssmittel damit begründet stehen, so eine Basis für das Zusammenwirken parlamentarischer und außerparlamentarischer Bewegungen geschaffen. Damit wird ein Zugang geschaffen, über den das ... Konzept einer Sozialen Grundsicherung weiter ausgebaut und fundiert werden kann.“ (aus d. Einladung)

Bis 27. April: Ausstellung „Das Kriegsgefangenenlager Sandborstel“ - Das Stalag X B Sandborstel war eines der größten Kriegsgefangenenlager im Deutschen Reich, in dem über eine Million Soldaten aus der Sowjetunion und vielen anderen Ländern gefangengehalten wurden. In den letzten Kriegstagen kamen Häftlinge aus dem KZ Neuengamme hinzu. Seit 1992 bemüht sich ein Verein darum, eine Gedenkstätte zu errichten. Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager (DIZ), Wiek rechts 22, 26871 Papenburg, Tel. 04961/91 63 06, Di-Fr u. So 10-17 Uhr

26./27. April: Grüner Länderrat in Magdeburg

26./27. April: Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der PDS in Erfurt. Hauptthema ist der Flächentarif und seine Bedeutung. Als Referenten werden u.a. erwartet: Michael Wendl, ÖTV-Landesvorsitzender Bayern, Bodo Ramelow, HBV-Landesvorsitzender Thüringen.

1. Mai: Beginn der Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung, die am 14. Juni in eine Großdemonstration in Amsterdam münden (siehe Seite 13).

3. Mai: Bundestreffen der AG LISA der PDS in Berlin, u.a. zu Antimilitarismus, Wahl der BundessprecherInnen u.a.

5. Mai: Europäischer Tag der Behinderten

8. Mai: Internationale Kundgebung auf dem Friedhof des ehem. KZ Esterwegen in Bockhorst bei Papenburg. Veranstalter: Deutsch-Niederl. Initiative 8. Mai. Redner sind: Koert Stek, Widerstandskämpfer und stellv. Bürgermeister der Gemeinde Reiderland, NL; H. Bröring, OKD Kreis Emsland sowie die ehemaligen Gefangenen Rik de Bondt (Belgien), Stanislaw Krzyzaniak (Polen) und Ludwig Baumann (Bremen). Das Kulturprogramm bestreitet Günter Gall (Osnabrück). Beginn 15 Uhr.

9.-11. Mai: Bundeskongreß der AG „Junge GenossInnen in und bei der PDS“ in Mag-

ADRESSE AUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis *Politische Berichte*, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; *Berlin*: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; *Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart*, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (*West*), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 116 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (*Ost*) s.o., „Aktuelles...“ **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem *Netzwerk Linke Kommunalpolitik* hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, *Hamburg*: GNN-Verlag, Palmalle 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 38 98 33.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).

Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der PB

4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)

(Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo)

Halb-/Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM/Jahr)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart